

Ausgabe 2012

Schönau nicht vergessen!

Eine Infobroschüre zum 15. Jahrestag
der rassistischen Ausschreitungen
in Mannheim-Schönau



Mai 2007, Komitee Schönau nicht vergessen!

Komitee Schönau nicht vergessen!

zu 4. Rassistische Gewalt gegen MigrantInnen und Flüchtlinge

„Wir hätten alle tot sein können“

Advije Umeri berichtet über Brandanschlag auf ihre Wohnung im Ludwigshafener Asylbewerberheim

VON UNSEREM REDAKTEUR
MICHAEL KONRAD

► Heute um 5 Uhr flog Advije Umeri mit ihrer Familie zurück in ihre Heimat. Vom Flughafen Hahn aus ging es in den Kosovo, nach Pristina. Heimkehr nach eineinhalb Jahren. Samstag war ihr vorletzter Tag in Deutschland. Im Asylbewerberheim in Ludwigshafen-Oppau feierte sie mit ihrem Mann Murem und den beiden Kindern den Geburtstag ihres Mannes und zugleich Abschied von einer Freundin und ihren drei Kindern. Kurz nach halb zwei am Sonntagfrüh zersplitterte die Scheibe in der kleinen Zwei-Zimmer-Wohnung im Erdgeschoss.

„Die Kinder haben geschrien, ich habe gesehen, wie die Haare meiner Freundin brannten und die Beine ihrer Tochter“, berichtet die 35-Jährige in leicht gebrochenem Deutsch. Das brennende Benzin aus dem Molotow-Cocktail ist auf ihre Freundin und deren Kinder gespritzt, die Flasche liegt auf dem Boden. Die Flammen an der Kleidung der Kinder erstickt die Gastgeberin mit der nassen Wäsche, die neben der Tür auf einem Wäscheständer hängt. „Ich habe das Benzin in der Flasche mit einer Flasche Wasser gelöscht – obwohl man das ja nicht soll“, sagt sie und schüttelt den Kopf.

Die 35-Jährige ist übermüdet, noch immer geschockt, gibt aber geduldig und gefasst Interviews, erzählt von

der Nacht zuvor, ihrer vorletzten in Deutschland. „Das war nicht ich, die da reagiert hat“, sagt sie und hält sich die Hände vors Gesicht. „Ich weiß nicht, wie ich das alles geschafft habe. Ich wusste nicht, was tun, und habe es einfach gemacht.“ Ihr Mann steht neben ihr und schaut sie an, nickt. Die Kleider der beiden riechen nach

Feuer, ein leichter Brandgeruch schwebt durch das gesamte Gebäude, in dem zurzeit etwa 20 Asylbewerber und Flüchtlinge leben. Es riecht nicht stärker, als wäre in der Küche das Essen angebrannt.

„Es hätte sein können, dass acht Menschen tot sind“, sagt Advije Umeri, die ihre Kinder am Sonntagmorgen

zu einer Bekannten gebracht hat. Sie sind wie sie und ihr Mann unverletzt geblieben. Ihre Freundin, mit der die Familie gefeiert hat, ist bei ihren Kindern in der Oggersheimer BG-Unfallklinik. Das elfjährige Mädchen hat schwere Verletzungen an den Beinen und am Unterleib, erzählt Advije Umeri, die anderen beiden, zwölf und 14 Jahre alt, haben leichtere Verletzungen an den Händen. „Wenn die Flasche explodiert wäre, wäre das wie eine Bombe gewesen.“

Von der Kriminalpolizei hat sie erfahren, dass in der Nähe des Asylbewerberheims zwei oder drei weitere Flaschen gefunden worden sind. „Die hätten das ganze Haus anstecken können“, sagt sie. Und: „Die haben das mit Plan gemacht.“ Wer „die“ sind, weiß Advije Umeri nicht. „Egal ob das Deutsche waren oder nicht, wir könnten jetzt alle tot sein“, wiederholt sie, und Tränen laufen ihr über das Gesicht.

„Bis jetzt habe ich immer gesagt: Vielen Dank, Deutschland! Vielen Dank für den Schutz!“ Die 35-Jährige macht eine Pause, schaut auf den Boden, dann wieder nach oben. „Und das sage ich jetzt immer noch. Vielen Dank!“ Advije Umeri will ihre Meinung über Deutschland, die Deutschen, über Ludwigshafen nicht ändern. Sie will nur den Menschen etwas sagen, die den Molotow-Cocktail in ihre Wohnung geworfen haben: „Bitte, machen Sie das nicht mehr, wer auch immer Sie sind!“



Der Flur im Erdgeschoss des Oppauer Asylbewerberheims: Mit den feuchten Wäschestücken von diesem Ständer löschte Advije Umeri die brennende Kleidung der drei Kinder, die bei ihr zu Gast waren. —FOTO: KUNZ

In der Nacht vom 27. auf den 28. Mai 2012 jähren sich die Ausschreitungen im Mannheimer Stadtteil Schönau zum 20. Mal. Mit dieser Broschüre will das „Komitee Schönau nicht vergessen“ einen Beitrag dazu leisten, jenes Ereignis der jüngsten Geschichte in das allgemeine Gedächtnis zurück zu rufen.

Die tagelangen Ausschreitungen von Anwohnern und Anwohnerinnen gegen die Flüchtlingssammelunterkunft in Mannheim Schönau stellen ein Exempel für den agierenden Rassismus dar, der damals in der Gesellschaft verbreitet war. Wenn auch in seinen Formen verändert, hat gesellschaftlich verbreiteter Rassismus nach wie vor Bestand und hat stetig neue Gewaltakte gegen Menschen zur Folge, die nicht eine bestimmte Normvorstellung von „deutsch“ erfüllen.

Die europäische Situation stellt sich heute anders dar als vor zwanzig Jahren: Die faktische Schließung der EU-Außergrenzen führt dazu, dass der rassistische Diskurs sich qualitativ neu geordnet hat. Nach wie vor kommt es immer wieder zu tätlichen Angriffen auf Migrant_innen und auch der Rassismus aus der sogenannten Mitte hat nun in der Abschottung nach außen seine zynische Vollendung gefunden.

Anfang der 90er-Jahre im deutschnationalen Taumel der sogenannten Wiedervereinigung schürten Politik und Medien die weit verbreitete Hetze gegen eine angebliche „Ausländerflut“. Der Hass entlud sich in dieser Zeit hier in der Region und bundesweit in einer Reihe rassistischer Ausschreitungen, Brandanschläge und Morde. Die Rhetorik der zuschauenden Öffentlichkeit bestätigte die Täterinnen und Täter in ihrer Selbstwahrnehmung als Vollstreckerrinnen und Vollstrecker der Mehrheitsmeinung. Sie änderte sich auch nicht, nachdem 1993 das - damals noch im Grundgesetz verankerte - Recht auf Asyl faktisch abgeschafft wurde, womit den Forderungen der Rassistinnen und Rassisten entsprochen war.

Die Ereignisse auf der Schönau stellen nur einen Höhepunkt in einer Kette rassistischer Gewalttaten dar, die wir in dieser Broschüre dokumentieren. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der rhetorischen Verschiebung bezüglich der Opfer und Täterinnen wie Tätern, die von den Medien, allen voran dem Mannheimer Morgen und der Stadtverwaltung unter dem damaligen Oberbürgermeister Gerhard Widder vorgenommen wurde. Von keiner dieser Seiten wurde je in irgendeiner Form eine Revision ihrer damaligen Standpunkte vorgenommen.

Erstellt wurde diese Broschüre 2005, als sich die Ausschreitungen zum 15. Mal jähren. Zu dieser Zeit hatte die Neonazigruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) schon sieben Morde begangen. Polizei und Verfassungsschutz konzentrierten sich bei den Ermittlungen auf die Familien der Opfer und deren Umfeld. Außerdem suchten die Ermittler Spuren im Drogen- und/oder Bandenmilieu. Eine rassistische Verkehrung von Opfern und Täterinnen und Tätern findet statt; kontinuierlich zieht sich diese Haltung durch die Berichterstattung und die politischen Reaktionen auf rassistische Gewalttaten.

Mittlerweile hat Mannheim einen neuen Bürgermeister. Doch auch Oberbürgermeister Peter Kurz hat bis heute kein angemessenes Statement und keine kritische Reflektion der damaligen Äußerungen veröffentlicht. Nach 20 Jahren wäre es an der Zeit, auch von Seiten der Stadtverwaltung die damaligen Vorfälle zu thematisieren und in ihren rassistischen Kontext einzuordnen. Gerade vor dem Hintergrund des andauernden Extremismus-Diskurses, der Rassismus und Gewalt falsch, nämlich an einem abgrenzbaren Rand der Gesellschaft verortet und damit als Problem ausblendet, ist es notwendig, sich an die rassistischen Angriffe zu erinnern, die von „ganz normalen“ Mannheimer BürgerInnen ausgeübt werden.

Zu Aufbau und Inhalt der Broschüre

Zunächst dokumentieren wir die Vorgänge auf der Schönau chronologisch. Dabei nehmen wir auch Bezug auf die Reaktionen des Mannheimer Morgens und der lokalen Politik. Die Darstellung des Widerstands gegen die öffentliche Meinung in Form von Demonstrationen und Kundgebungen, aber auch die Entstehung von antirassistischen Initiativen und Gruppen und interne Auseinandersetzungen sind ein weiterer Teil dieser Broschüre. Um die herrschende Wahrnehmung dieses Widerstands zu verdeutlichen, gehen wir dann auf die Darstellung der Demonstrationen im Mannheimer Morgen und auf die polizeiliche Repression ein. Abschließend wird die Entwicklung bezüglich der auf die Ereignisse auf der Schönau folgenden Gewalttaten gegen „Ausländer_innen“ und Asylbewerber_innen aufgezeigt.

Inhalt

1. Die Einrichtung des Sammelagers auf der Schönau
2. Chronologie der Ausschreitungen
3. Solidarisierung und Repression
4. Rassistische Gewalt gegen MigrantInnen und Flüchtlinge
5. Presseberichte und Flugblätter

1.

Die Einrichtung des Sammellagers auf der Schönau

Die Entscheidung in der Schönauer Gendarmeriekaserne ein Sammellager für Asylbewerber einzurichten, stieß von Anfang an auf Proteste von Seiten der AnwohnerInnen. Als „Argumente“ dienten den GegnerInnen die angeblich steigende Lärmbelastung ebenso wie der Verweis auf die sozial-strukturelle Schwäche des Stadtteils, die eine solche zusätzliche „Belastung“ nicht integrieren könne. Besonders interessant ist auch der Hinweis auf die unter Bevölkerung angeblich herrschende Angst vor rechtsextremen Ausschreitungen, die durch die Einrichtung eines solchen Lagers animiert werden könnten.

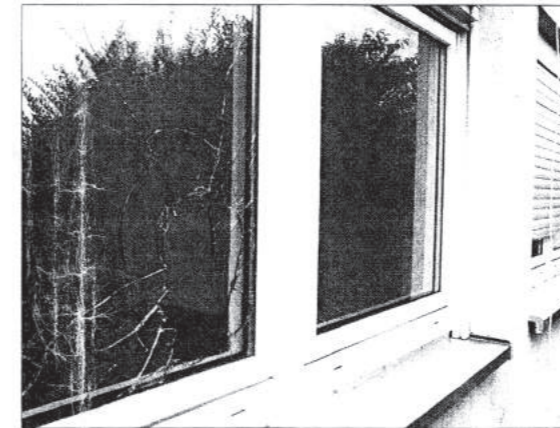
Die Schönauer Gendarmeriekaserne war von der US-Armee erst Ende November 1991 übergeben worden und schon am 15.01.1992 zogen die ersten 59 Flüchtlinge ein. Für Umbaumaßnahmen stand also kaum Zeit zur Verfügung (Vgl: Die ersten kommen Ende November, MaMo, 08.11.91). „So mussten die Flüchtlinge dort in Zwei-, Vier-, und Achtbettzimmern leben und hatten je einen halben Spind für sich. Sanitäre Einrichtungen waren knapp bemessen und anfangs nicht nach Geschlechtern getrennt. Einrichtungen für Kinder, deren vorrangige Einweisung gefordert worden war, gab es nicht und auch für den Schulbesuch existierte keine Regelung. Ebenso vermisst wurden Gemeinschaftsräume, Informationsmöglichkeiten und ein öffentliches Telefon. An den Fenstern fehlten Sichtschutz- bzw. Verdunklungsmöglichkeiten, Kühlschränke waren nicht vorhanden und nur wenige Kochplatten wurden vorher eingebaut. Das fertige Essen kam mit einem Kleinbus aus Heilbronn.“ (Möller, Matthias: „Ein recht direktes Völkchen? - Mannheim-Schönau und die Darstellung kollektiver Gewalt gegen Flüchtlinge.“ Trotzdem Verlag: Grafenau/Frankfurt a. M., 2007. S.38)

zu 4. Rassistische Gewalt gegen MigrantInnen und Flüchtlinge

Edigshafener Rundschau

Brandanschlag: Keine Hinweise auf Täter

Elfjährige Kosovo-Albanerin weiter mit schweren Verbrennungen in Klinik – Ermittlungsgruppe gebildet



Durch dieses Fenster an der Rückseite des Asylbewerberheims in der Edigheimer Straße wurde der Brandsatz geworfen.



Die Unterkunft der kosovarischen Familie in dem Heim wurde kaum in Mitleidenschaft gezogen, doch drei Kinder wurden zum Teil schwer verletzt.

—FOTOS KUNZ

Es gilt noch keine Hinweise darauf, wer für den Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in der Edigheimer Straße in Oppau am Sonntagmorgen verantwortlich sein könnte. Die Polizei ermittelt nach eigenen Angaben „in alle Richtungen“. Fremdenfeindliche Motive werden nicht ausgeschlossen, doch gibt es laut Polizei noch keine Spuren, die in diese Richtung deuten. Bei der Kripo wurde eine Ermittlungsgruppe gebildet.

Bei dem Anschlag wurde eine mit Benzin gefüllte und mit einem Brandsatz versehene Bierflasche durch das Fenster der Unterkunft einer vierköpfigen Familie aus dem Kosovo geworfen. In der Wohnung hielten sich neben Vater, Mutter und zwei Kindern noch eine Freundin der Familie, ebenfalls aus dem Kosovo, sowie deren drei Kinder auf: zwei Mädchen im Alter von elf und zwölf sowie ein Junge von 14 Jahren.

Die Elfjährige wird wegen schwerer Verbrennungen an den Beinen weiterhin in der BG-Unfallklinik in Oggers-

heim behandelt, ihre beiden Geschwister und die Mutter konnten noch am Sonntag wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. Die Mutter und ihre drei Kinder waren bei der Familie im Erdgeschoss zu Gast, die am heutigen Montag freiwillig ins Kosovo zurückkehrte. Das war bereits vor dem Anschlag geplant.

Bürgermeister Wilhelm Zeiser, der den Ort des Verbrechens am Sonntagmorgen besucht hatte, sagte der RHEINPFALZ: „Das ist eine unverständliche, sinnlose Aktion, bei der die Täter billigend in Kauf genommen haben, dass Menschen zu Schaden kommen oder umkommen.“ Zeiser zeigte sich beeindruckt von der Reaktion der Familie, in deren Unterkunft der Brandsatz geworfen wurde: „Sie wollten die Tat nicht überbewerten und sind nach wie vor dankbar, dass sie in Deutschland Schutz gefunden haben.“

Zu den möglichen Hintergründen der Tat äußerte sich auch Zeiser nur zurückhaltend: Dem ersten Eindruck nach könne es sich um eine Tat mit

rechtsextremistischem Hintergrund handeln, doch dürfe man nicht vorschnell urteilen. Mit Blick auf eine mögliche rechte Tätergruppe sagte Zeiser aber auch: „Es scheint so, als ob wir hier eine Zelle hätten.“ Doch ein entsprechender Nachweis beziehungsweise Beweise seien schwer zu erbringen.

Der Schauplatz des Anschlags im Norden der Oppauer Sportanlagen war gestern Anziehungspunkt für zahlreiche Medienvertreter, ein Fernsichtteam nach dem anderen machte sich auf den Weg in das Asylbewerberheim. Von außen deuteten nur ein rotweißes Absperrungsband und ein eingeworfenes Fenster an der Rückseite des Flachbaus darauf hin, dass es sich um den Schauplatz eines Anschlags handelte.

Eine Bewohnerin des Heims, die einen Stock über der Wohnung lebt, in die der Brandsatz geworfen wurde, berichtete der RHEINPFALZ von den Ereignissen in der Nacht zum Sonntag: „Ich habe einen Knall gehört und einen Feuerschein gesehen.“ Sie sei auf

den Flur gerannt und habe dort einen Jungen gesehen, der gerufen habe: „Bitte, bitte, hilf mir, meine Schwester ist ganz verbrannt!“ Daraufhin habe sie mit dem Handy Feuerwehr und Polizei informiert. „Es hat zehn Minuten gedauert, bis der Krankenwagen gekommen ist“, erinnert sich die Heimbewohnerin.

Die Polizei bittet die Bevölkerung um Mithilfe bei der Aufklärung des „feigen Anschlags“, wie es in einer Pressemitteilung heißt. Sie fragt: Wer hat am Sonntagmorgen gegen 1.40 Uhr oder früher Beobachtungen gemacht? Wer hat in der Edigheimer Straße Personen gesehen, die mit der Tat in Verbindung stehen könnten? Wer hat im Bereich der Bahngleise, von dem aus die Täter wohl den Brandsatz warfen und unerkannt flüchten konnten, etwas gesehen? Hinweise an die Kripo Ludwigshafen, Telefon 0621/ 963-11 67, Staatsanwaltschaft Frankenthal, 0 62 33/80-353, oder über das vertrauliche Telefon: 0621/ 56 44 00. (mk)

—Titelseite, Seite Hintergrund, Einwurf

2.

Chronologie der Ausschreitungen

Kommunal-Info Mannheim ★

Nr. 9/97

8. Jg. 24. 4. 1997

Arbeitsgemeinschaft Kommunal-Info

Einzelpreis: 0,75 DM

Brand(-anschlag?) in Ludwigshafen!

In Ludwigshafen hat es schon wieder in einer Unterkunft für Flüchtlinge gebrannt. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

Ein Bewohner konnte sich rechtzeitig vor den Flammen retten – er war gerade noch von einem Bewohner der angrenzenden Container-Unterkünfte gewarnt worden.

Der Brand war in einer Unterkunft in der Roonstraße - lt. Pressemitteilung der Polizei - gegen 19.30 Uhr am vergangenen Sonntagabend, am 20. April, ausgebrochen! Dieser Tag ist für alte wie neue Faschisten ein wichtiges Datum (Hitlers Geburtstag). Seit Jahren werden zu diesem Zeitpunkt in ganz Deutschland von Faschisten rassistische und faschistische Überfälle verübt, u.a. auch Brandanschläge auf Wohnungen und Unterkünfte von MigrantInnen, Flüchtlingen und Obdachlosen.

Dieser Hintergrund muß bei dem Brand in der Roonstraße berücksichtigt werden, zumal auf der Mauer unmittelbar vor der völlig ausgebrannten Flüchtlings-Baracke und der Wand eines in der Nähe gelegenen Schulgebäudes faschistische und rassistische Parolen und Hakenkreuze gemalt waren. Diese Parolen sind am gleichen Tag bzw. wenige Tage vorher von Faschisten gesprüht worden. Im Gegensatz zu der Version im MM vom 21. April sind diese faschistischen Schmierereien gerade nicht „älteren Datums“!

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist folgender:

Angesichts Tausender rassistischer und faschistischer Gewalttaten, darunter zahlreicher schwerer Brandanschläge gehen wir bei Bränden in Flüchtlings-Unterkünften und Häusern von MigrantInnen erstmal davon aus, daß es sich hier möglicherweise um eine rassistische Gewalttat handelt - im Gegensatz zu Justiz, Polizei und den meisten Medien! Und zwar so lange, bis zweifelsfrei das Gegenteil bewiesen ist. Warum sollen wir nicht denjenigen, die für den sich ausbreitenden Rassismus hauptverantwortlich sind, mißtrauen?

In Ludwigshafen hat die Polizei jetzt angeblich alles aufgeklärt: Brandursache soll ein technischer Defekt gewesen sein! Gerade von den Ermittlungsbehörden in

Ludwigshafen ist bekannt, daß ihre Aufklärungsquote von Brandanschlägen mit höchstwahrscheinlich rassistischem Hintergrund beschämend gering ist. Von den über einem Dutzend Brandanschlägen auf Geschäfte und Wohnhäuser hier lebender Menschen aus anderen Ländern und auf Unterkünfte von Flüchtlingen seit 1993 ist unseres Wissens bisher nur einer angeblich aufgeklärt. Alle anderen sind völlig unaufgeklärt!

Wir haben daher begründete Zweifel, wenn die Polizei jetzt äußerst schnell nach einem Tag „Ermittlungen“ - behauptet, die Brandursache sei ein technischer Defekt gewesen.

Wir fordern daher:

- die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungs-Kommission
- die Auflösung von Lagern und stattdessen menschenwürdige Wohnungen für alle
- ein entschlossenes Vorgehen von Polizei und Justiz gegen militante Nazis

I.Mai in Mannheim

Demonstration des Aktionsbündnisses I.Mai-Demo, 9.30 Uhr ab DGB-Haus, Hans-Böckler-Str., zur Kundgebung des DGB auf dem Marktplatz

Revolutionäre I.Mai-Demonstration des Schwarz-Roten Bündnisses Mannheim/Heidelberg, 11 Uhr ab Paradeplatz

- die unverzügliche Beseitigung rassistischer und faschistischer Sprühereien

Solidarität mit den Flüchtlingen!
Den antifaschistischen und antirassistischen Widerstand organisieren!
Kundgebung zu dem Brandanschlag in der Roonstraße
am Samstag, den 26. April, um 12 Uhr zwischen Hauptpost und Rathaus-Center in Ludwigshafen,
 ARI (Antirassistische Initiative), Mannheim, F.A.Z. (Für andere Zustände), Mannheim, Autonome Antifa Heidelberg



Die Außenmauer vor der völlig ausgebrannten Flüchtlingsbaracke ist mit mehreren faschistischen Parolen wie „Deutsche wehrt euch!“ und „Asylanten raus“ verschmiert worden. Warum haben die Behörden und die Polizei nicht früher schon die Entfernung dieser Parolen veranlaßt?

26.05. Gerücht der Vergewaltigung

Eine Anzeige einer jungen Frau, die von ihrem amerikanischen Freund vergewaltigt worden war, führte dazu, dass sich auf der Schönau das Gerücht verbreitete, einer der Asylbewerber habe eine Frau von der Schönau vergewaltigt. „Am Dienstag Abend (26.5.) rotteten sich deshalb ca. 150 zum Teil mit Stöcken bewaffnete Jugendliche vor dem Heim in der Absicht zusammen, es zu stürmen. Beim Eintreffen starker Polizeikräfte zerstreute sich die Gruppe jedoch fluchtartig. Auch am nächsten Tag kam es vor der Unterkunft zu einer ähnlichen Zusammenrottung, die Polizei war wie bereits am Vortag mit Hunden im Einsatz und drohte den Angreifenden mit Platzverweisen.“ (Möller: S.49f).

28.05.92

Nach einem Vortagsfest im Schönauer Siedlerheim rotteten sich gegen 20.00 Uhr etwa 150 Schönauer BürgerInnen vor der Unterkunft zusammen, belagerten diese, versuchten mehrmals sie zu stürmen und riefen rassistische Hassparolen. Die Menge vor dem Heim stieg stetig an und erreichte gegen 22.00 Uhr die Höchstzahl von 400 Personen. Dabei wurden auch Fensterscheiben in der Unterkunft eingeworfen. Verfasserinnen einer linken Dokumentation schätzen die Täter folgendermaßen ein: „Die Aktionen gingen nicht, wie noch in Hoyerswerda, von organisierten Faschisten aus. Der fast ausschließlich deutsche Spießher erhob sich ohne ‚Anleitung‘ von selber.“ (Koordinationskreis gegen Rassismus auf der Schönau: Dokumentation. Mannheim-Schönau: 26.05.-27.06.1992. Augenzeugen, Bilder, Chronologie, Flugblätter, Politikerbriefe, Presseartikel zu: Belagerung des Sammelagers für Asylsuchende, Polizeiterrror gegen AntirassistInnen, Aktionen... Mannheim. S. 21). Später am Abend kam auch Oberbürgermeister Widder auf die Schönau und versuchte dort, beschwichtigend auf die Masse einzuwirken. Mit den verängstigten Flüchtlingen wechselte er allerdings kein Wort.

29.05.92

OB Widder kündigte in einem Brief an alle Schönauer Maßnahmen gegen die angeblichen Belästigungen an, die von der Unterkunft ausgehen sollen, und mahnte die Bürger zu Besonnenheit. Er versicherte den BürgerInnen, es würden eine Reihe von Maßnahmen erörtert, die zu einer Entspannung (in deren Sinn) der Situation auf der Schönau beitragen sollten.“ (Brief Widder vom 29.05.92). Wer denkt, diese Zusicherung sei an die verängstigten Flüchtlinge gerichtet, liegt falsch. Der Brief geht weiter: „Zunächst wird dafür gesorgt, dass baldmöglichst der Anteil von Flüchtlingsfamilien mit Kindern deutlich erhöht wird und der Anteil von jungen Alleinstehenden gesenkt wird. [...] Als Sofortmaßnahme wird der Pförtnerdienst deutlich verstärkt. Dieser wird auch Sorge dafür tragen, dass Provokationen und Lärmbelästigungen seitens der Bewohner der Sammelunterkunft unterbleiben.“ (ebd.). Dieser Brief ist ein Beispiel für die Stimmung, die in der Folge der Ausschreitungen von den Medien (ganz vorne der Mannheimer Morgen) und der Stadtverwaltung verbreitet werden sollte. Als Opfer wurden nicht die an Leib und Leben bedrohten und oft sowieso schon traumatisierten Flüchtlinge begriffen, sondern die Schönauer Bürger, die erst die Last des Heimes und nun auch noch die der gewaltsamen Ausschreitungen zu tragen hätten. Diese Sichtweise konstruierte zum einen falsche Opfer und verwischte zum anderen die Täterschaft. In dieser Logik gab es keine Täter, die einzige aktive Gefahr ging angeblich von den Flüchtlingen aus. Die Schönauer standen als unpolitische, ein bisschen betrunkene Bürger da, die in einem Stadtteil leben, in dem Konflikte sowieso gerne mal mit den Fäusten ausgetragen werden. Diese Darstellung sollte die politische Brisanz der Vorfälle herunterspielen und vor allem immer wieder klarmachen, dass die Ausschreitungen längst nicht die Qualität derer in Rostock und Hoyerswerda gehabt hätten und mit diesen in keinerlei Verbindung stünden.

30.05.92 bis 02.06.92

Bis zum zweiten Juni versammelten sich allabendlich Menschen vor dem Heim und belagerten es. Am 02.06. berichtete der Mannheimer Morgen, mittlerweile seien „an den Fenstern des Heimes engmaschige Gitter angebracht“ worden (vgl. MaMo 02.06. Entspannte Lage auf der Schönau). Allerdings nicht zum Schutz der Flüchtlinge, sondern „damit etwaige Provokationen der Bewohner unterbleiben. Einige Schönauer hatten berichtet, dass sie von den Asylbewerbern angepöbelt und mit anzüglichen Gesten provoziert worden seien.“ (ebd.)

3.

Solidarisierung und Repression

Solidarisierungen mit den Flüchtlingen kamen fast ausschließlich aus den Reihen der radikalen Linken, wohingegen sich die bürgerliche Linke, wie Grüne und Jusos eher mit der Gefährdung der Bürgerrechte in Folge der Repressionen gegen die Solidaritätsdemonstrationen auseinandersetzte. In ihren Aufrufen wiesen diese Gruppen zwar auf den ansteigenden Ausdruck des Rassismus in Folge der Asylgesetzverschärfung hin, Anlass für eine Positionierung bot aber eher die Repression. Für die radikale Linke reihte sich Schönau in eine Reihe rassistischer Ausschreitungen ein, die in der Zeit zuvor schon zu Solidarisierungs-, aber auch zu Abwehraktionen führte. Der spezifisch neue Charakter der Ausschreitungen auf der Schönau, die rassistische Mobilisierung des deutschen „Spießers“ und eben nicht organisierter Nazis erkannten antirassistische und antifaschistische Gruppen, leiteten daraus aber unterschiedliche Motive der Übergriffe ab. Der größte und wichtigste inhaltliche Streit entbrannte wegen eines Flugblatts, welches die Ausschreitungen als falschen Ausdruck eines grundsätzlich gerechtfertigten Sozialprotests sah. Aus Frankfurt antworteten AntirassistInnen mit dem Flugblatt „Aufruf zur Vertreibung des deutschen Mobs aus den Straßen von Schönau“. Die Ausschreitungen seien keineswegs fehlgeleiteter Protest, sondern spezifischer Ausdruck des deutschen Rassismus. Wir gehen hier nicht näher auf die Thesen der Papiere ein, beide Flugblätter befinden sich im Dokumententeil und können so eigenständig nachvollzogen werden. Die Aktionen der Linken, die den Ausschreitungen folgten, hatten zwei zentrale Motive. Zum einen sollte den Flüchtlingen Solidarität entgegengebracht werden, hierzu setzte man sich mit den Lebensumständen in den Unterkünften auseinander. Es sollten aber ebenso konkrete Schutzmaßnahmen ergriffen werden, die Ausschreitungen verhindern können. Die Praxis, sich dem Mob entgegen zu stellen, hatte schon mehrfach zu einer Verhinderung von Übergriffen gegen MigrantInnen geführt und war in Folge des Nicht-Eingreifens der Polizei notwendig geworden (Aktionen dieser Art gab es 1992 zum Beispiel in Greifswald und Quedlinburg. Vgl. Ohne Autor: Gegen das organisierte Deutschtum! In: Radikal, 17. Jg 1992, H. 146, S. 37. Nach: Möller: S. 135). Eine solche Strategie wurde auch für die Schönau angedacht. Die erste Demonstration war auf der Schönau geplant und wurde von Polizei und Stadt verboten. Begründet wurde das Verbot mit der angeblichen Unmöglichkeit der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“. Oberbürgermeister Widder ließ auf der Schönau ein Flugblatt verteilen, indem er die Schönauer aufrief, Versammlungen fernzubleiben, Verständnis für Verkehrsbehinderungen bei Polizeikontrollen aufzubringen und Ruhe zu bewahren, begründet mit der Befürchtung, „reisende Gewalttäter“ kämen trotz Verbots auf die Schönau. Auch die räumliche Verlegung der

Demonstration in die Mannheimer Innenstadt brachte keine Legalisierung. Am 06. Juni 1992 fand die Kundgebung in der Innenstadt trotz Verbot statt. Die Polizei reagierte mit Prügel- und Schlagstockeinsatz. Interessant ist hier auch wieder die Berichterstattung vor allem im Mannheimer Morgen. Auf die Inhalte der Demonstration wird nur am Rande eingegangen und der Hauptteil bezieht sich auf prognostizierte Gewalt nicht von Seiten der Polizei, sondern der DemonstrationsteilnehmerInnen. Rezipiert wird die Demonstration als geplante Randalie und Zerstörungswut „angereister Autonomer“ aus dem ganzen Bundesgebiet. Die bundesweite Mobilisierung erscheint als Beweis dafür, das die TeilnehmerInnen keine „legitime“ Demonstration durchführen, sondern die Stadt in Schutt und Asche legen wollten. Laut der „Süddeutschen Zeitung“ nahmen an der auch in der Innenstadt verbotenen Demonstration 300-400 Personen teil. 142 wurden festgenommen, nachdem die Polizei die Kundgebung unter Knüppelinsatz „auflöste“. Im Mannheimer Morgen klingt das in etwa so: Einige Betrunkenen sind vor das AsylbewerberInnenheim gezogen und haben dumme Sprüche gemacht. Das alles, eigentlich ein harmloses Ereignis wird durch „linke Chaoten“ hochstilisiert, die Beweggründe für die Linken seien Lust an Gewalt und jede Gelegenheit werde gesucht, „um den Staat als Polizeistaat zu verunglimpfen“ (Mannheimer Morgen vom 09.06.1992). In Folge dessen sind sie auch die Schuldigen an den Gewalttaten der Polizei. So werden dann auch angeblich bei DemonstrantInnen gefundene Waffen gezeigt. Dass auf den Fotos der Demonstrationen nur Gewalt der PolizistInnen gegen DemonstrantInnen zu sehen ist und das Machtverhältnis eindeutig ist, stört bei der Darstellung scheinbar niemanden. Die Berichterstattung der folgenden Demonstrationen schlägt in dieselbe Kerbe. Allerdings werden kritische LeserInnenbriefe häufiger. Die überzogene Gewalt der Polizei sowie die falsche Berichterstattung im Mannheimer Morgen ging einigen LeserInnen zu weit und veranlasste einige politische Parteien wie Jusos und Grüne, aber auch politische Initiativen zu Stellungnahmen und eigenen Aufrufen für eine erneute Demonstration am Samstag, dem 13. Juni 1992. Die Berichterstattung des Mannheimer Morgens folgte der vorherigen Ausrichtung. Festzuhalten bleibt: Die Kritik an den Verhältnissen, die solchen Rassismus erzeugen, und die bedingungslose und praktische Solidarität blieb der radikalen Linken vorbehalten, die bürgerliche Linke schaltete sich ein, als sie die Freiheits- und Abwehrrechte gegen den Staat gefährdet sah. Für die regionale Szene ergaben sich aus den Aktionen einige neue Gruppen, die sich mit Rassismus theoretisch und praktisch auseinandersetzten. So entstand zum Beispiel das Antirassistische Telefon, bei dem sich Menschen melden konnten, die sich in einer Bedrohungssituation befanden.

zu 4. Rassistische Gewalt gegen MigrantInnen und Flüchtlinge

Defektes Stromkabel ließ Asylunterkunft brennen

Abgebrannte Baracke wird von Lubege aufgegeben

Von unserem Redaktionsmitglied Frank S. Klinnert

Das Feuer in der Asylbewerber-Unterkunft in der Roonstraße, bei dem am Sonntagabend niemand verletzt worden war, ist auf einen technischen Defekt zurückzuführen: Er trat in der elektrischen Zuleitung für eine Zimmerbeleuchtung auf. Dadurch geriet ein Raum in der Nähe des Seiteneingangs in Brand, ermittelte gestern ein Sachverständiger.

In der ebenerdigen Wohnanlage, dort waren die 13 algerischen Bewohner allesamt nicht zu Hause gewesen, hatte Zugluft für einen Kamineffekt gesorgt, durch den sich das Feuer in Windeseile und mit großer Sogwirkung durch das 40 Meter lange und elf Meter breite Gebäude gefressen hatte. So stand die Unterkunft, die eigentlich für 24 Asylbewerber gedacht war, bei Eintreffen der Feuerwehr bereits voll in Flammen. Die Feuerwehr war mit zwei Löschzügen und 29 Mann von 19.36 bis etwa 20.30 Uhr im Einsatz gewesen und

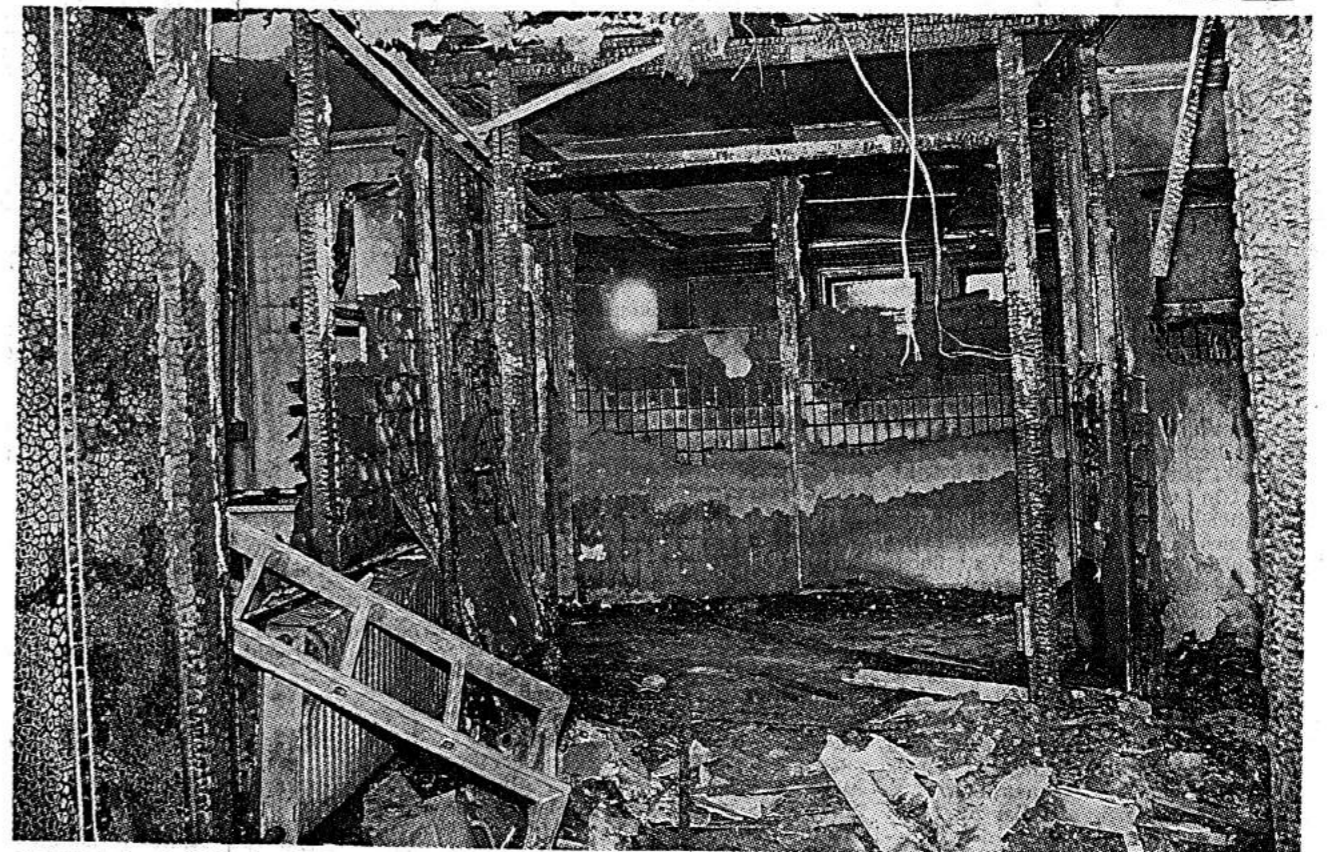
dann von der Freiwilligen Feuerwehr Mitte abgelöst worden. 22 Polizeibeamte hatten zudem den Brandort weiträumig abgesichert.

Wie der Geschäftsführer der für die Asylunterkünfte zuständigen Lubege, Ulrich Gaißmayer, mitteilte, werde das Haus, dessen Brandschaden auf rund 300 000 Mark von der Polizei geschätzt worden war, nicht mehr renoviert. Alle längs der Roonstraße befindlichen Unterkünfte für Asylbewerber würden ohnehin in kurzer Zeit aufgegeben, weil sie den Planungen für das Rheinufer Süd im Wege ständen.

Die jetzt durch das Feuer obdachlos gewordenen Asylbewerber seien teils auf die neben dem abgebrannten Gebäude befindliche Unterkunft, teils in andere für Asylbewerber vorgesehene Quartiere verteilt worden.

Die Lubege, so Gaißmayer, will übrigens die dort an den Mauern befindlichen fremdenfeindlichen Sprüche und aufgesprühnten Hakenkreuze entfernen lassen, die laut Polizeiangaben älteren Datums sind. Gaißmayer will weiter prüfen lassen, ob die Lubege dort eigentlich dafür zuständig sei. Diese hatten anfangs zunächst den Verdacht nahegelegt, daß das Feuer auf eine Brandstiftung zurückzuführen sei.

Mannheimer Morgen 22.4.97



Ein technischer Defekt in der Zuleitung für eine Zimmerbeleuchtung war der Auslöser des Feuers in der Asylunterkunft an der Roonstraße im Stadtteil Süd, bei dem am Sonntagabend kein Mensch verletzt worden war. Bild: Meinberg

4.

Rassistische Gewalt gegen MigrantInnen und Flüchtlinge

Mannheimer Morgen 21.4.1997

Feuer in Asylantenheim: Gottlob keine Verletzten

Polizei hält Brandstiftung für sehr wahrscheinlich

Von unserem Redaktionsmitglied
Rainer Klein

Zunächst einmal dies: Gottlob ist niemand verletzt worden. Ein Brand zerstörte gestern abend in der Roonstraße im Stadtteil Süd eine langgestreckte Unterkunft für Asylbewerber. Um 20.30 Uhr hatte die Berufsfeuerwehr die Flammen unter Kontrolle, und die Kripo konnte rein in die Baracke. Bei Redaktionsschluss erklärte ein Polizeisprecher, Brandstiftung sei „sehr wahrscheinlich“ die Ursache des Feuers. Dafür spreche, daß das Gebäude in voller Ausdehnung in Flammen stand, als die Feuerwehr eintraf. Zugleich betonte die Polizei aber auch: „Es gibt derzeit keine Hinweise auf eine fremdenfeindliche Straftat“.

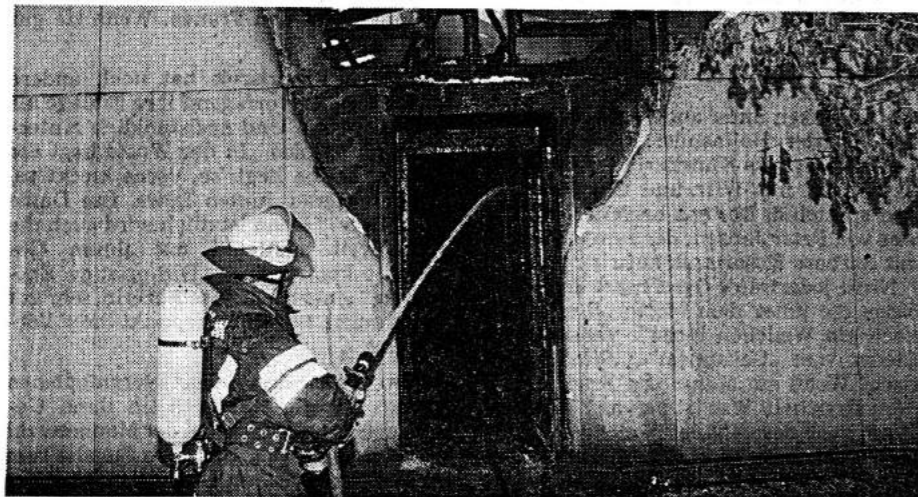
Die Bewohner der Baracke waren draußen, als die Feuerwehr kam. Vor Ort war gestern abend die Berufsfeuerwehr mit zwei Löschzügen und fast 30 Mann. Ein Feuerwehrmann blickte bestürzt auf die Mauer, die die Baracke und weitere Container von der Straße trennt. Darauf sind Sprüche mit fremdenfeindlicher Aussage zu lesen, zum Beispiel: „Deutsche wehrt Euch“, und da sind auch Hakenkreuze hingesprüht. Diese Sprüche sind nach Polizeiangaben älteren Datums.

Vor Ort war Lugebe-Geschäftsführer

Ulrich Gaißmayer, der sich darum bemühte, daß die zwölf oder 13 Asylbewerber, deren Räume völlig ausgebrannt sind, wieder ein Dach über den Kopf bekommen. Gaißmayer ging davon aus, daß in den Containern nebenan für kurze Zeit genügend Raum frei ist. Eine dauerhafte Unterbringung soll heute besprochen werden. Der Schaden an dem Gebäude wurde gestern Abend auf 300 000 Mark geschätzt.

Die Asylbewerber kommen nach Gaißmayers Aussage aus unterschiedlichen Ländern. Zwei Männer, die in den Containern neben der ausgebrannten Baracke leben, berichteten, sie hätten den Brand erst bemerkt, als die Polizei oder die Feuerwehr vor Ort gewesen sei. Alarmiert wurde die Berufsfeuerwehr um 19.33 Uhr, und sie ist ja am Kaiserwörthdamm gar nicht weit weg postiert. Um 19.36 Uhr war sie in der Roonstraße. Binnen 50 Minuten hieß es: Feuer aus, die Freiwillige Feuerwehr Mitte kam gegen 20.30 Uhr dennoch zur Ablösung.

Nach Gaißmayers Schilderung soll die Baracke, in der es bereits einmal gebrannt hat, aufgegeben werden. Die Spurensicherung konnte gegen 20.30 Uhr mit der Arbeit beginnen. Zu diesem Zeitpunkt waren zwei Asylbewerber auf dem Präsidium, um ihre Beobachtungen zu schildern.



In der Roonstraße brannte gestern abend eine Baracke aus, in der Asylanten untergebracht waren.
Bild: Meinberg

In den 90er Jahren hat es in Deutschland eine rapide Zunahme rassistischer Gewalt gegen MigrantInnen und Flüchtlinge gegeben, ausgelöst wiederum durch einen neuen Taumel von Nationalismus und Chauvinismus nach der so genannten Wende und dem Zusammenbruch der autoritären sozialistischen Systeme in der DDR und den anderen Staaten des nicht-kapitalistischen Blocks. Die rassistische Gewalt wurde nicht nur von Nazis verübt, sondern auch von PolizistInnen und GrenzschützerInnen, etwa bei Razzien in den Abschiebeknästen oder bei Abschiebungen. Gewalt wurde, wenn auch indirekt, aber auch durch die Entscheidungen von PolitikerInnen, Gerichten und Behörden (insbesondere Ausländerbehörden) ausgeübt. Der institutionelle Rassismus erschuf ein ganzes System der Stigmatisierung, (tendenzieller) Entrechtung und Ausgrenzung. Die Medien lieferten vor allem im Vorfeld der faktischen Abschaffung des Asylrechts im Jahre 1993 die passenden Bedrohungsszenarien und phantasierten, die so genannte „Asylantenflut“ sei nicht mehr verkraftbar. Dadurch wurde der latente Rassismus in einem Großteil der Bevölkerung aktiviert und manifestiert. Dieser entlud sich dann beispielsweise in den Pogromen in Hoyerswerda, Rostock oder auch den tagelangen Ausschreitungen gegen die BewohnerInnen des Asylbewerberheims in Mannheim-Schönau. An den rassistischen Gewalttaten war zwar nur ein vergleichsweise geringer Anteil der bundesdeutschen Bevölkerung unmittelbar beteiligt, aber diejenigen Menschen, die sich mit den angegriffenen Flüchtlingen und Migrantinnen aktiv solidarisierten, waren nicht zahlreich genug, um das sich ausbreitende Klima von Rassismus und den Ausbau des institutionellen Rassismus nennenswert zu behindern oder gar zu stoppen. Die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen auf teilweise äußerst brutale rassistische Angriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund folgten bestimmten Handlungsmustern. Der rassistische Charakter dieser Angriffe wurde oft geleugnet oder verharmlost. Die Opfer wurden immer wieder zu Tätern gemacht. Beim furchtbaren Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Lübeck im Jahre 1996 starben 10 Menschen. Obwohl die in Nazistrukturen eingebetteten Täter schon bekannt waren und es klare Indizien für ihre Täterschaft gab, wurde ein Überlebender als Täter präsentiert. Monatelang wurde gegen einen Bewohner des Heims ermittelt, der verdächtigt wurde, den Brand gelegt zu haben. Dieses Verfahren, die Opfer zu Tätern zu machen, ist in rassistischen Gesellschaften ein typisches, besonders perfides Instrument, das häufig bewusst eingesetzt wird. Bei den Gewalttaten, die besonders menschenverachtend, hinterhältig und feige waren, fallen die Brandanschläge auf, die im Schutze der Dunkelheit auf Flüchtlingsunterkünfte verübt wurden. Sie waren spektakulär, erregten Aufsehen und sie wurden auch von den Herrschenden zur demagogischen Rechtfertigung

ihrer so genannten „Asylrechtsreform“ instrumentalisiert. Dabei wurde argumentiert, um den „echten“ Flüchtlingen Schutz auch vor rechtsextremistischer Gewalt gewähren zu können, sei eine Asylrechtsänderung nötig, da es unumgänglich sei, die Zahl der AsylbewerberInnen zu begrenzen. Der „Asylmissbrauch“ müsse aufhören, dann gebe es weniger Probleme mit der „einheimischen“ Bevölkerung und die Fremdenfeindlichkeit werde zurückgehen. Die „Reform“ des Asylrechts wurde in dieser Argumentation als notwendige Maßnahme dargestellt, um letztlich das Zusammenleben von Flüchtlingen und Deutschen zu verbessern. Die Relativierung und Verharmlosung der rassistischen Taten durch deutsche Gerichte und die relativ niedrigen Strafen für die Täter folgen der erläuterten Methode der Darstellung der Täter als Opfer und der Subjektivierung der Schuld. Die Ermittlungsverfahren der Polizei kamen auffällig häufig zum Schluss, es handelte sich um Einzeltäter oder die Täter seien nicht ganz zurechnungsfähig gewesen, hätten Alkohol getrunken, sich nur einen Spaß geleistet oder sich geärgert. Letzteres war zum Beispiel die offizielle Motivationsversion eines Brandanschlags in Lampertheim im Februar 1992 auf ein Haus, in dem Flüchtlinge wohnten. Dabei starben ein Ehepaar und ihr kleines Kind. Schließlich waren die Brandschutzmaßnahmen meist mangelhaft. Häufig fehlten Feuerlöscher, Flurtelefone oder Notrufanlagen in den Unterkünften der AsylbewerberInnen.

In Ludwigshafen wurden von 1992 bis 1994 besonders viele Brandanschläge verübt – wesentlich mehr als in Mannheim, obwohl Mannheim fast doppelt so viele Einwohner hat. Es liegt nahe, zu vermuten, dass der Grund hierfür in den stärker ausgebildeten Nazistrukturen in Ludwigshafen zu suchen ist. Glücklicherweise kam in Ludwigshafen kein Mensch durch einen Brandanschlag zu Tode. Beim letzten größeren Brandanschlag – im Jahre 2000 – auf eine Asylbewerberunterkunft in Ludwigshafen-Oppau konnten die Bewohner den Brand selbst löschen. Es wurden Brandsätze durch ein Fenster geworfen, wodurch ein junges Mädchen schwere Brandverletzungen erlitt. Dies war der dritte Brandanschlag auf dasselbe Heim im Laufe einiger Jahre. Weiterhin gab es einen Brandanschlag auf ein Hochhaus, der möglicherweise ebenfalls rassistisch motiviert war. In dem Haus wohnten nur AsylbewerberInnen. Auch ein Haus, dessen Bewohner sich zusammen mit ihren UnterstützerInnen monatlang gegen die von der Stadt verfügte Vertreibung gewehrt hatten, wurde Ziel eines Brandanschlags. Die Reaktionen der PolitikerInnen, der Medien und der Öffentlichkeit richteten sich nach dem jeweilig aktuellen Diskurs. Nach der Solidaritätsdemonstration in Folge des Brandanschlags in Oppau 2000 an der sich (im so genannten „Antifa-Sommer“) um die 1000 Menschen beteiligten und zu der auch bürgerliche Linkliberale

aufgerufen hatten, verdeutlichten einige AntifaschistInnen ihre Ablehnung des institutionellen Rassismus, indem sie bei der Rede des auf der Abschlusskundgebung auftretenden Staatssekretär des Inneren die Bühne besetzten. Der für die Flüchtlinge zuständige Bürgermeister in Ludwigshafen verglich wegen der von ihm wahrgenommenen Gewalt gegen den Staatsrepräsentanten die antirassistischen und antifaschistischen DemonstrantInnen mit den rechtsextremistischen Gewalttätern.

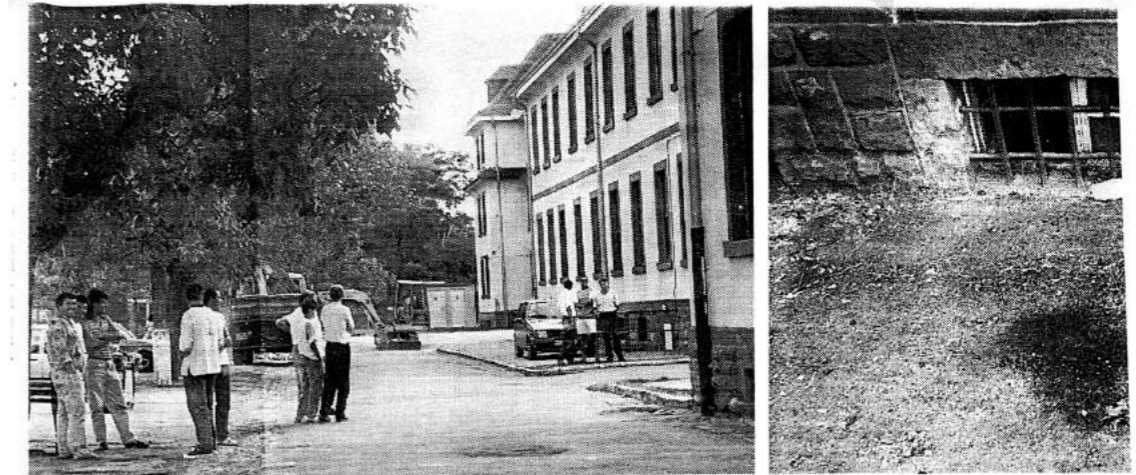
Die Gewalt gegen Flüchtlinge geht ebenso vom gewaltmonopolistischen Staat aus. Die seit Jahren sorgfältig erstellte Statistik der Antirassistischen Initiative (ARI) Berlin belegt das eindeutig. Im Zeitraum vom 1.1.93 bis zum 31.12.2006 kamen in der BRD 351 Flüchtlinge durch staatliche Maßnahmen ums Leben – durch rassistische Übergriffe oder bei Bränden in Unterkünften starben 80 Flüchtlinge. Daraus ergibt sich als Fazit: Wenn wir den Rassismus abschaffen wollen, dann müssen wir auch die gesellschaftlichen Bedingungen, die dem institutionellen und staatlichen Rassismus zugrunde liegen, überwinden!

Mannheim im Frühjahr 2007

Komitee Schönau nicht vergessen!



zu 4. Rassistische Gewalt gegen MigrantInnen und Flüchtlinge



UNBEKANNTE verübten in der Nacht zum Donnerstag einen Brandanschlag auf die Asylbewerberunterkunft in der ehemaligen Ge
Benzin gefüllten Flaschen traf die Rückseite des Gebäudes. Wachmänner hatten das Feuer rasch gelöscht.

Molotowcocktails auf Asylbewerberheim

Unbekannte verübten Brandanschlag auf Gendarmeriekaserne – Sonderkommission ermittelt

Von unserem Redaktionsmitglied Gaby Booth

Unbekannte Täter warfen in der Nacht zum Mittwoch, gegen 2.10 Uhr, drei Molotowcocktails gegen die in der Gendarmeriekaserne untergebrachte Asylbewerberunterkunft in der Schönauer Lilienthalstraße. Verletzt wurde glücklicherweise niemand, es entstand geringer Gebäudeschaden. Daß nichts Schlimmeres passierte, ist den Wachleuten des privaten Sicherheitsdienstes von Raab und Karcher zu verdanken, die die Flammen sofort löschen konnten. Diese beiden Wachmänner konnten in der Dunkelheit beobachten, wie mindestens drei Täter zeitgleich drei Flaschen vom Zaun an der Gebäuderückseite in Richtung Haus warfen. Zwei der Brandsätze zerschellten im Vorfeld der Unterkunft, eine dritte mit Benzin gefüllte Flasche landete am Sockel des Hauses und richtete geringen Schaden an.

Bis Redaktionsschluß lagen der Polizei keinerlei Verdachtsmomente vor. „Wir ermitteln in alle Richtungen“, äußerte sich Pressesprecher Klaus Pietsch. Eine zehnköpfige Sonderkommission nahm die Ermittlungen auf. Fremdenfeindliche, auch rechtsradikale Motive für diesen Anschlag sind nicht auszuschließen, zumal in diesen Tagen auch in anderen Städten Deutschlands des Todestages von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß die rechte Szene aktiv werden läßt. Die Polizei sucht dringend Zeugen, die Mittwochabend bzw. in der Nacht auffällige Personen im engeren Umfeld der Lilienthalstraße beobachtet haben. Informationen können unter Telefonnummer 06 21/17 40 oder über das Vertrauliche Telefon 06 21/10 43 43 gegeben werden.

Die über 200 Bewohner der Asylbewerber-

unterkunft haben von dem Anschlag in der Nacht zum Donnerstag nicht viel mitbekommen. Seit die Gendarmeriekaserne im Mai 1992 Ziel von Ausschreitungen war (wir berichteten), hatte die Stadt eine Rund-um-die-Uhr-Bewachung angeordnet, die sich im nun aktuellen Fall bewährte. Nachdem aufgeführte Schönauer Bürger am Himmelfahrtstag 1992 vor der Gendarmeriekaserne Randalen machten und die Situation zu eskalieren drohte, hatte die Stadt den privaten Wachdienst engagiert.

In den vergangenen Jahren war es drinnen wie draußen im großen und ganzen ruhig geblieben. Das bestätigten gestern auf Anfrage der Theologe Hermann Rütermann, Vorsitzender des Flüchtlingskreises Mannheim „Fremde brauchen Freunde“ ebenso wie Stadträtin Regina Trösch als Vorsitzende des Beirats der Landesunterkunft für Asylbewerber. Diesem Arbeitskreis gehören neben Heimleiter Manfred Benz u. a. Bezirksbeiratsmitglieder, Vertreter der Kirchen und des Regierungspräsidiums an. Beide Organisationen haben als Anliegen das Konfliktpotential zwischen der Schönauer Bevölkerung und den über 200 Flüchtlingen in dem Kasernengebäude zu entschärfen. Über drei Jahre war dies auch gelungen. Kinder wurden in die Schulen, Jugendliche in sportliche Aktivitäten oder Schachgruppen integriert, das Verständnis für die unterschiedliche Mentalität wuchs. Der gestrige Anschlag sei vor diesem Hintergrund völlig unerklärlich „und macht mich traurig“, reagierte Stadträtin Trösch.

Etwa ein Drittel der Flüchtlinge in der Gendarmeriekaserne sind Kinder. Das Gros der Bewohner sind Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus dem Kosovo, Serbien, Kroatien, Bosnien. „Unter diesen Gruppen gab es keine Probleme“, berichtete Heimleiter Manfred Benz. Auch christliche Türken, Asylbewerber aus Sri Lanka, Algerien, insgesamt vierzehn Nationen sind hier vertreten.

Bauchweh bereitet Beobachtern Schönauer Ereignisse allerdings die immer näher an die Kaserne heranrückende Bebauung. Bis auf etwa 25 Meter ist die Bebauung – meist Sozialwohnungen – an die Rückseite des Kasernengebäudes vorgeschoben, einige Wohnungen sind bereits bezogen. Da müsse nun wieder um mehr gegenseitiges Verständnis geworben werden, ist sich Beiratsvorsitzende Regina Trösch sicher. Für September ist daher bereits auch ein Fest der Begegnung geplant.

Kommunal-Info Mannheim Nr. 15/94 5. Jahrg. 21.7..1994

Zu den fremdenfeindlichen Vorfällen im Waldhof vom 25. Mai

Im Gebiet um den Freien Weg auf dem Waldhof wohnen etwa 3 000 Menschen: Sinti und Roma, MigrantInnen und größtenteils Deutsche. Die Familien bekommen die Wohnungen aufgrund von Zuweisungen des städtischen Wohnungsamtes, die Häuser gehören der stadteigenen GBG (Gemeinnützige Bau Genossenschaft).

Dieses Viertel gilt offiziell als sog. Sozialer Brennpunkt. Früher standen hier die Benz-Baracken, benannt nach der in der Nähe gelegenen Fabrik der Firma Daimler-Benz. Die Baracken-Siedlung war 1928 erbaut worden. Die Bezeichnung „Benz-Baracken“ stigmatisiert noch heute die dort lebenden Familien — „Barackler“ werden sie noch immer in Mannheim genannt. Die nach dem Abriß der Benz-Baracken errichteten Wohnungen sind Einfachst-Wohnungen: Ohne Zentralheizung, mit Außenfluren versehen, von denen aus unmittelbar die Wohnräume betreten werden.

Die Stadtverwaltung konzentriert hier seit Vorkriegszeiten am Stadtrand — wie auch andernorts üblich — Menschen, die von diesem Gesellschaftssystem ausgegrenzt sind und zu sog. Sozial-Schwachen formiert werden. Die Folge ist eine Ghettoisierung mit den bekannten Erscheinungen von Ausweglosigkeit, Alkoholismus und alltäglich handfesten Auseinandersetzungen untereinander. Die Stadt kümmert sich um die hier lebenden Menschen kaum: Vor drei Monaten wurde im Viertel eine Sozialstation mit 12 Stellen geschlossen.

Leider werden in dieser autoritätsfixierten Ellenbogen-Gesellschaft Opfer häufig auch zu TäterInnen gegenüber denen, die noch weiter unten, faktisch auf der untersten Stufe der sozialen Hackordnung, sich befinden: Das sind die MigrantInnen und Flüchtlinge: Diese werden immer mehr entrechtet, kriminalisiert und demagogisch zu Sündenböcken erklärt für Wohnungsmangel

4 KIM 15/94

und Arbeitslosigkeit. Tatbestände von gesellschaftlichen Mißständen, die auch immer mehr Deutsche betreffen — was aber ganz sicher nicht den Nicht-Deutschen angelastet werden kann. Rassistische Demagogie ist wesentlich ein Ablenkungsmanöver der Herrschenden, um von den wahren Ursachen gesellschaftlichen Elends abzulenken und das Herrschaftssystem zu festigen.

Faktische Abschaffung des Asyls, menschenverachtende Abschiebungen — organisiert und durchgeführt als institutionalisierte Menschenhatz — Verweigerung von doppelter Staatsbürgerschaft und Wahlrecht und die Zunahme nationalistisch-völkischer Demagogie der herrschenden Parteien — all dies schafft ein Klima, das rassistische Aktionen begünstigt, ja herausfordert. Kommt es dann zu einem rassistischen Vorfall, setzt dann sofort die Verharmlosung von offizieller Seite her ein — von Stadtverwaltung und Polizei und folgerichtig auch in der hiesigen Monopolpresse, dem sich seriös gebenden Hetzblatt des Mannheimer Morgen.

Wie bekannt haben im Mannheim-Waldhof benachbarten Stadtteil Schönau vor zwei Jahren Deutsche eine Woche lang eine Unterkunft für AsylbewerberInnen belagert und die dort lebenden Menschen in Angst und Schrecken versetzt. Die Gegen-DemonstrantInnen wurden kriminalisiert und von der Polizei verprügelt, die rassistischen Hetzer aber wurden nicht strafrechtlich belangt. Alle Ermittlungen wurden eingestellt und die Akten vernichtet. Der Polizeisprecher setzte noch eins drauf und erklärte dümmlich: Wir wollen doch keine angetrunkenen Bürger kriminalisieren! Dies ist ein Freibrief für neue rassistische Angriffe!

Auch in Mannheim-Waldhof war eine rassistische Stimmung und eine Bedrohungssituation für die dort lebenden türkischen Familien vorhanden: Mit Knüppeln bewaffnete Deutsche schrien türkischen BewohnerInnen zu: „Wir werden

Benzin in eure Wohnungen schütten und euch verbrennen“(!) Drei bedrohte Familien wollen auf keinen Fall in den Freien Weg zurück. Sie haben Angst, daß Deutsche ihr Leben wieder bedrohen.

Sicher war es vor zwei Jahren auf der Schönau anders. Aber die rassistische Stimmung, die Ausländer-Raus-Mentalität, die feige Gewalttätigkeit, das war doch sehr ähnlich. Der Polizeisprecher spielt schon wieder die tatsächliche Gefahr, der Nicht-Deutsche durch Deutsche ausgesetzt waren, herunter. Die Ermittlungen hätten „keinen ausländerfeindlichen Hintergrund“ ergeben, es habe sich um „normale Familienstreitigkeiten“ gehandelt.

Die betroffenen türkischen Familien und das ART sehen das ganz anders. Sie haben anlässlich einer Pressekonferenz am 25.6.94 folgende Forderungen aufgestellt:

— Sofortige Bereitstellung von Ersatzwohnraum für die evakuierten türkischen Familien. Die Wohnungen dürfen hinsichtlich Ausstattung, Größe und Miethöhe nicht ungünstiger sein als die im Freien Weg.

— Ersatz des materiellen Schadens durch die Stadt

— Wiedereröffnung der Sozialstation

— Restlose Aufklärung der rassistischen Vorgänge und Bestrafung der Schuldigen.

— Längerfristig ein sozialpolitisches Konzept der Stadtverwaltung, das die Bedürfnisse und realen begründeten Ängste der nicht-deutschen Bevölkerung ernst nimmt und Bedingungen schafft, die ihren Schutz und die Respektierung ihrer Menschenwürde garantieren.

Nachdem die geflüchteten türkischen Familien bei Verwandten im Jungbusch unter engsten Wohnbedingungen Zuflucht gefunden haben, scheint jetzt der Familie in der prekärsten Situation endlich geholfen zu werden. Lily vom Wohnungsamt sagte zu, daß die Familie nach den Ferien entsprechenden Ersatzwohnraum auf dem Waldhof bekommen würde. Anscheinend hat die Öffentlichkeitsarbeit von ART und die Intervention der Grünen hier seine Wirkung gehabt.

Antirassistisches Telefon (ART)

Die ersten kommen Ende November

216 Asylbewerber auf die Schönau

Katja P. 21.94

Bereits Ende November werden die ersten Asylbewerber in die freigewordene Gendarmeriekaserne auf der Schönau einziehen. Insgesamt sollen hier 216 Menschen untergebracht werden. Dies gab der Vizepräsident des Regierungspräsidiums Karlsruhe, Dr. Hans Scheurer, auf der Sondersitzung des Bezirksbeirats Schönau bekannt.

Auf der ruhig und sachlich verlaufenen dreistündigen Veranstaltung, die von Oberbürgermeister Gerhard Widder geleitet wurde, stellte das Land seine Pläne für eine Sammelunterkunft in der Kaserne vor. Die jetzt gefundene Lösung ist nach den Worten Scheurers ein Kompromiß. Der Oberbürgermeister habe eine Ballung von Asylbewerbern hier stets abgelehnt: „Die Stadt war sehr streng mit uns“, formulierte Scheurer.

Gegenüber früheren Plänen ist der Umfang der Sammelunterkunft reduziert worden. Statt der befürchteten 300 bis 400 Asylbewerber werden es nur 216. Das größte Gebäude des Kasernenkomplexes, das linke Haus, wird mit 150 Asylbewerbern belegt, aber nur zur Hälfte. Die andere Hälfte, mit neu zu ziehenden Wänden abgetrennt, steht künftig sozialen Einrichtungen des Stadtteils zur Verfügung.

Im mittleren Gebäude werden keine Asylbewerber wohnen, hier sollen lediglich die Speise- und Betreuungsräume liegen; etwa 50 der 216 Bewohner werden Kinder sein. Das rechte, kleinste Gebäude wird mit 66 Asylbewerbern belegt. Sie kommen Ende November als erste. Scheurer versprach die Einrichtung eines Hausmeister-Wachdienstes rund um die Uhr

sowie eine Betreuung der Asylbewerber durch zwei Sozialarbeiter.

Die Bezirksbeiräte und Bürger lehnten die Pläne ab; die Schönau habe bereits große soziale Probleme wie eine komplizierte Sozialstruktur, Alkoholismus und eine ausgedehnte Drogenszene zu verkraften, nun kämen die Asylbewerber noch hinzu. Andere Stadtteile würden dagegen geschont.

Die Bürger argumentierten jedoch nicht nur die möglichen Probleme durch die Asylbewerber selbst; vor allem befürchteten sie, daß durch die Belegung des Gebäudes mit Asylbewerbern Rechtsradikale und Rowdys angezogen werden. „Viele warten nur darauf, bis das Ding kommt, um dann Randalen zu machen“, erzählte ein Zuhörer. Gefährlich werde die Situation dadurch, daß die Schönau über kein Polizeirevier verfüge (das nächste ist in Sandhofen), sondern nur über einen bis 16 Uhr besetzten Polizeiposten. Polizeihauptkommissar Hans Beutel sah jedoch mit Unterstützung durch die benachbarten Reviere die Sicherheit gewährleistet. Schon jetzt hat die Polizei ein wachsames Auge auf alle Asylbewerber-Unterkünfte. Beim Brandanschlag in der Industriestraße schnappte sie auf diese Weise sofort die Täter.

Ein Zuhörer warf den Politikern aller Parteien vor, „total abgehoben“ zu diskutieren. Daraus, daß sich bei solchen Veranstaltungen kaum jemand getraue, seine ablehnende Meinung offen zu sagen, sollten sie nicht auf Zustimmung schließen: „Es brodeln kräftig in der Bevölkerung“, meinte er. „Nur dann, wenn es wie in Bremen kracht (gemeint war der Wahlerfolg der DVU), dann guckt ihr erstaunt und wundert euch.“

tin

Erfolgreiche Jugendarbeit vor dem Aus?

Asylbewerber sollen in Schönaus Freizeitheim Sport treiben

Von unserer Mitarbeiterin
Eva Ehret

Verunsichert sind auf der Schönau deutsche und ausländische Eltern, die ihre halbwüchsigen Kinder im dortigen Jugendfreizeitheim bislang gut aufgehoben wußten. Aufs höchste besorgt sind auch die Betreuer: sie fürchten um das inzwischen wieder gute Image ihres Hauses und haben Angst davor, daß ihre erfolgreiche Arbeit nun vor dem Aus steht.

Grund für die Unruhe: Asylbewerber, die in der nahegelegenen Gendarmeriekaserne untergebracht sind, möchten im großen Mehrzwecksaal des Jugendhauses Sport treiben. Die Pädagogen und Sozialarbeiter des Freizeitheimes haben über die Anfrage des Ausländerbeauftragten der Stadt nachgedacht, bevor sich die strikt ablehnende Haltung bei ihnen verfestigte. „Das Nein ist uns sehr schwer gefallen“, versichert Bildhauer Dieter Lahme, Mitarbeiter und – in dieser Angelegenheit – Sprecher des Jugendhaus-Teams. Nachdem der vom Caritas-Verband zur sporadischen Betreuung der Asylbewerber abgeordnete Sozialarbeiter einen Antrag auf Benutzung der Sporthalle gestellt hatte, begründeten die Jugendheim-Pädagogen ihre Ablehnung in einem Brief an das Jugendamt, den Träger des Schönauer Freizeitheims. Darin stellten sie klar, daß das bislang so erfolgreiche Konzept der langfristigen emanzipatorischen Arbeit mit deutschen und ausländischen Jugendlichen zusammenbrechen werde, wenn das Amt über die Köpfe des Betreuer-Teams hinweg den Asylbewerbern das Haus öffnen sollte.

Drogenproblem

Problem Nummer eins sind die Drogen. Obwohl das Jugendfreizeitheim direkt gegenüber der Straßenbahn-Endhaltestelle liege, einem belebten Umschlagplatz für Rauschgifte aller Art, sei das Haus „drogenfrei“, so Dieter Lahme. Das war nicht immer so, aber vor fünf Jahren gingen die Jugendheim-Betreuer dazu über, Hausverbote gegen diejenigen auszusprechen, die mit Rauschgift erwischt wurden. So gewannen sie das Vertrauen der Schönauer Eltern. Die Asylbewerber, die in Nachbarschaft zum Freizeitheim leben, sind – wie die Betreuer von einem in der Drogenszene beschäftigten Sozialarbeiter (Streetworker) wissen – aufs engste mit der Rauschgiftszene verzahnt. Die Pädagogen des Jugendhauses befürchten, daß die Drogen nun quasi durch die Hintertür wieder ins Haus gelangen, wenn es für die Asylbewerber geöffnet wird.

Neugierige Teenies

Besonders sensibel reagieren die Eltern der elf- bis 15jährigen Mädchen auf eine potentielle Gefährdung ihrer Sprößlinge. Die Tatsache, daß die Neugier ihre Töchter des öfteren vor die Kaserne (statt ins

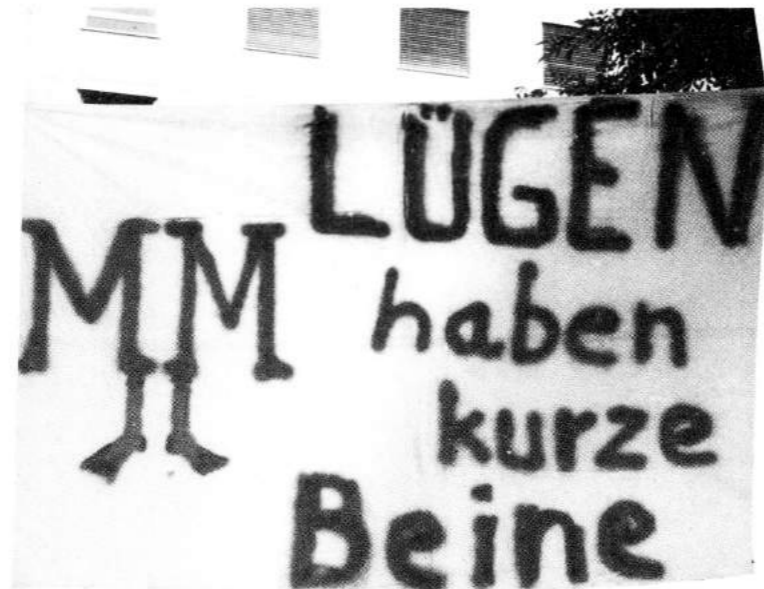
Jugendfreizeitheim) lockte, führte bei ausländischen wie deutschen Familien zu Verunsicherung und Angst mit dem Resultat, daß die Mädchen „Hausarrest“ bekamen. Erst nachdem die Jugendheim-Betreuer mit den Eltern geredet und ihnen garantiert hatten, daß die Kinder innerhalb des Hauses in guten Händen seien, durften die Teenies wieder an den Freizeitprogrammen teilnehmen. Lahme, seine Kolleginnen und Kollegen sind sich aber sicher, daß sich das sofort wieder ändern würde, wenn die Asylbewerber ins Haus kämen. „Dann ist unser Image im Eimer“, befürchtet das Team

Zu wenig Betreuer

Derzeit sind in der Landesunterkunft 57 Männer untergebracht, in Kürze wird die Kaserne mit 218 Asylbewerbern voll belegt sein. Keiner von ihnen wird länger als sechs Wochen hier bleiben. Wenn die Übernahme der Betreuung durch den Caritas-Verband vertraglich geregelt ist, sollen sich zwei Sozialarbeiter um die Männer kümmern. Daß die Situation für die Bewohner der Gendarmerie-Kaserne trostlos ist, sieht das Jugendhaus-Team sehr wohl. Für die Betreuung der Asylbewerber die unter Hoffnungslosigkeit, Angst und Langeweile litten, so Dieter Lahme, müßten weit mehr Personen, darunter auch Dolmetscher, eingesetzt werden. Eine ausreichende personelle Grundausstattung sollte eigentlich gesichert sein, bevor man Asylbewerber aufnehme, meint Lahme.

Daß der Caritas-Sozialarbeiter morgens, wenn im Jugendhaus noch kein Betrieb herrscht, mit den Männern Sport treiben will, mindert die Befürchtungen der Pädagogen nicht. Die Halle bietet Lahme zufolge jede Menge „tote Briefkästen“, wo Drogen versteckt werden könnten. Der Saal wird nicht nur zum Sport genutzt, hier treffen sich an zwei Morgen in der Woche zu einem Nähkurs türkische Mütter, deren Kinder in dieser Zeit von einer Fachkraft betreut werden. Außerdem finden in dem Raum Puppenspiele statt zu denen auch Kindergärten und Schuler kommen.

Stolz ist man im Freizeitheim, daß es gelungen ist, ausländische Jugendliche zu integrieren und es darüber hinaus zu schaffen, daß auch Zugehörige ethnische Gruppen, die sich politisch spinnfein sind, miteinander auskommen. Wie gefährdet dieses mühsam ausbalancierte Gleichgewicht ist, zeigte sich, als sich kurz nach Erstbelegung der Kaserne um die Weihnachtszeit letzten Jahres Asylbewerber, darunter Kurden und Jugoslawen, unter die jugendlichen Stammesbesucher mischten. Nicht nur, daß die Männer im Alter zwischen 28 und 45 Jahren zu alt für ein Jugendhaus waren, es kam so gleich zu Polarisierungen und handfeste Krächen auch zwischen Burschen, die sich zuvor gut verstanden hatten. Inzwischen ist es den Betreuern des Jugendfreizeitheims gelungen, diese Besuche der Asylbewerber abzustellen.



Brandstifter in Friesenheim

Über 100 000 Mark Schaden an drei Tatorten - Belohnung ausgesetzt

Bei drei Brandstiftungen in Friesenheim ist in der Nacht zum gestrigen Dienstag Sachschaden in Höhe von weit über 100.000 Mark entstanden. Die Täter versuchten unter anderem ein türkisches Lebensmittelgeschäft in der Eschenbachstraße anzuzünden. Für Hinweise, die zur Aufklärung der Brandserie führen, lobte die Staatsanwaltschaft gestern eine Belohnung von 5000 Mark aus.

Zu Tätern und Tatmotiv hatten die Ermittlungsbehörden gestern noch keine konkrete Spur. Möglicherweise seien die kurz nacheinander festgestellten Brände jedoch von dem selben Täter gelegt worden, erklärte ein

Polizeisprecher. Dennoch könne hinsichtlich des Feuers an dem türkischen Geschäft ein fremdenfeindlicher Hintergrund nicht ausgeschlossen werden.

Begonnen hatte die Brandserie in der Sternstraße, wo die oder der Täter gegen 1.15 Uhr eine Matratze in eine Telefonzelle geschleppt und angezündet hatten. Da ein „beherzter Passant“ die Matratze aus dem Telefonhäuschen herausgezogen habe, sei in diesem Fall jedoch lediglich ein Schaden von 1000 Mark entstanden.

Eine halbe Stunde später brannte in der Bauernwiesenstraße ein dort geparkter Kleinaster. Die Täter hatten nach Polizeiangaben offenbar

umherliegendes oder herangeschlepptes Sperrmüllmaterial unter dem Motor des Fahrzeugs angezündet. Die Flammen hätten auch auf das Gebäude übergegriffen, vor dem der Laster abgestellt war. Bewohner des Anwesens seien jedoch nicht verletzt worden. Aufgrund der enormen Hitzeentwicklung seien auch bei zwei weiteren Häusern zahlreiche Fenster zersplittert. Den Sachschaden bezifferte die Polizei mit „weit über 100.000 Mark“.

Dritter Brandort war gegen 2.40 Uhr der türkische Laden in der Eschenbachstraße. Dort hätten die Täter Holzkisten, die vor einer sogenannten Blindtür lagerten, angesteckt. Die Tür sei abgebrannt, der Sachschaden beläuft sich auf 100 Mark.

Die Ermittlungsbehörden wandten sich gestern mit der Bitte um Mithilfe an die Bevölkerung. Interessiert sind Polizei und Staatsanwaltschaft an der Beantwortung folgender Fragen:

- Wer hat verdächtige Beobachtungen im Bereich der Stern-, Eschenbach- und Bauernwiesenstraße gemacht, die mit den Bränden in Zusammenhang stehen könnten?

- Wer kann Hinweise auf die Täter oder ein Tatmotiv geben?

Hinweise sind an das Polizeipräsidium Rheinpfalz (0621/5613-167), das Vertrauliche Telefon des Präsidiums (0621/564400) oder die Staatsanwaltschaft Frankenthal (06233/80359) möglich. (ros)



Deutliche Ruß- und Rauchspuren: Dieses Haus in der Bauernwiesenstraße in Friesenheim wurde in Mitleidenschaft gezogen. (Foto: Kunz)

Presseerklärung zum Brandanschlag auf die Unterkunft für Asylsuchende in Ludwigshafen-Oppau in der Nacht vom 13. auf den 14. Januar 1994

Die Erklärungen von Polizei, Stadtverwaltung und dem Oberbürgermeister Dr. Schulte von Ludwigshafen, bezüglich des Brandanschlages auf die Unterkunft der AsylbewerberInnen in Ludwigshafen-Oppau, widersprechen den Informationen, die das Antirassistische Notruf- und Infotelefon Mannheim erhalten hat.

In den Medien wird behauptet, der Brand sei aufgeklärt und das Werk eines betrunkenen und "spontanen Einzeltäters" mit einem "kranken Hirn" (Zitat von OB Schulte).

Unserer Information nach wurden drei Personen zum Zeitpunkt des Brandes vor Ort bemerkt, die anschließend flüchteten. Wie sollte auch eine einzelne Person mehrere Matratzen, die vor dem Haus als Sperrmüll lagerten, unbemerkt in den Treppenaufgang geschleppt und angezündet haben und dann zunächst unbemerkt geflüchtet sein. Dazu muß berücksichtigt werden, daß die Matratzen anscheinend gezielt dort plaziert wurden, wo sich Feuermelder und Feuerlöscher befanden, die durch die schnelle Brand- und Rauchentwicklung unzugänglich und unbenutzbar wurden.

Bereits in der Vergangenheit sind menschengefährdende Brandanschläge in Ludwigshafen - in einem Jahr ca. zehn - in Mannheim und der Region gar nicht oder deren Hintergründe nicht vollständig aufgeklärt worden. Es entsteht der Eindruck, daß Polizei und verantwortliche Behörden alle Hinweise auf organisierte faschistische Gruppen in unserer Region, die mit vorsätzlichen Mordanschlägen Flüchtlinge und andere gesellschaftliche Minderheiten terrorisieren, verschleiern wollen.

Wir stellen fest:

Der der Öffentlichkeit präsentierte angebliche schnelle Fahndungserfolg läßt zu viele Fragen offen. Tathergang und Hintergründe dieser gemeinen und menschenverachtenden Tat sind nicht aufgeklärt.

Daher fordern wir:

- Justiz und Polizei müssen weiterhin die Aufklärung dieses aktuellen Brandanschlages und der Brandanschläge in der Vergangenheit intensiv betreiben.
- Die Stadtverwaltung Ludwigshafen muß wirksamer als bisher für die Sicherheit der Flüchtlinge - sie sind besonders gefährdet - sorgen.
- Die Öffentlichkeit darf nicht länger desinformiert - sie muß wahrheitsgetreu informiert werden.

Solidarität mit den Flüchtlingen!

Mannheim, den 16.1.1994

Antirassistisches Notruf- und Infotelefon Mannheim, Tel.: 0621/ 1 56 41 41, c/o Pumuckl, L 14, 6, 68161 Mannheim

*Wachst du die im Gemeinderat vertretenen
Parteien sowie Herrn Stadtrat etc*

Erklärung Widder vom 29.5.92

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Schönau,

in den letzten Tagen gab es wiederholt Ansammlungen berunruhigter Bürgerinnen und Bürger vor der Landesunterkunft für Asylbewerber in der Lilienthalstraße. Offensichtlich waren hierfür in starkem Maße Gerüchte ursächlich, nach denen es Straftaten von Asylbewerbern gegen Bewohner ihres Stadtteils gegeben haben soll. Insbesondere war von einer versuchten Vergewaltigung einer 16 Jahre alten, auf der Schönau wohnenden, Jugendlichen durch einen afrikanischen Asylbewerber die Rede. Tatsächlich hat aber die Kriminalpolizei einen 26jährigen, ebenfalls auf der Schönau aber nicht in der Landesunterkunft wohnhaften Zivilamerikaner als Tatverdächtigen ermittelt.

In einer heute von mir einberufenen Besprechung mit dem Land (Regierungspräsidium Karlsruhe) wurde eine Reihe von Maßnahmen erörtert, die zu einer Entspannung der Situation auf der Schönau beitragen sollen. Zunächst wird dafür gesorgt, daß baldmöglichst der Anteil von Flüchtlingsfamilien mit Kindern deutlich erhöht wird und der Anteil von jungen Alleinstehenden gesenkt wird. Durch die aktuelle Zugangssituation bei der zentralen Anlaufstelle in Karlsruhe mußte in den letzten Wochen vorübergehend eine größere Anzahl alleinstehender junger Männer untergebracht werden. Dies wird jetzt wieder korrigiert.

Als Sofortmaßnahme wird der Pfortnerdienst deutlich verstärkt. Dieser wird auch Sorge dafür tragen, daß Provokationen und Lärmbelästigungen seitens der Bewohner der Sammelunterkunft unterbleiben. Bewohner der Sammelunterkunft, die gegen die Anweisungen verstossen, müssen die Sammelunterkunft unverzüglich verlassen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich bitte Sie eindringlich, sowohl in Ihrem eigenen Interesse, als auch im Interesse des Stadtteiles und unserer Stadt insgesamt um Besonnenheit. Sie dürfen versichert sein, daß Stadtverwaltung, Regierungspräsidium und Polizei alles tun werden, um die Ruhe und Sicherheit auch künftig zu gewährleisten. Lassen Sie sich keinesfalls zu unüberlegten Handlungen provozieren oder gar mitreißen. Die Polizei wird auch weiterhin rund um die Sammelunterkunft präsent sein. Ich empfehle Ihnen dringend: Bleiben Sie evtl. Ansammlungen vor der Unterkunft fern! Bei aller Besonnenheit polizeilichen Handelns kann nicht ausgeschlossen werden, daß bei einem notwendigen Einschreiten auch Unbeteiligte betroffen sein können.

Indem ich auf Ihr Verständnis setze, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Gerhard Widder
Gerhard Widder
Oberbürgermeister

Plötzlich im Mittelpunkt

Seit Tagen zieht Schönau Aufmerksamkeit auf sich

Einige angetrunkene Jugendliche haben es geschafft: Mannheims nördlicher Stadtteil Schönau steht plötzlich im Mittelpunkt des Interesses. Durch die Ausschreitungen am 26. Mai und zwei Tage später am Himmelfahrtstag vor dem Asylbewerberheim in der Gendarmeriekaserne kam gleichzeitig eine Stimmung zutage, die in dem Stadtteil breitere Kreise erfaßt als nur eine Gruppe von jungen Störenfriedern.

Nachdem die US-Armee die Gendarmeriekaserne in der Lilienthalstraße im Sommer letzten Jahres geräumt hatte, richtete das Land in dem Gebäudekomplex eine Sammelunterkunft für mehr als 200 Asylbewerber ein. In solchen Heimen werden die Ausländer untergebracht, die in der Bundesrepublik Asyl suchen und nach festgelegten Quoten auf die Länder verteilt werden. Hier verbringen sie in der Regel zwei bis vier Wochen und werden dann an die Gemeinden weitergegeben.

Noch bevor die ersten Asylbewerber im Januar Schönau erreichten, hatte sich in dem Stadtteil Protest geregt. Zahlreiche Bewohner und Bezirksbeiräte argumen-

tierten, der Stadtteil habe genug Probleme mit Wohnungsnot, Ausländerdichte, Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Ihre Befürchtung: Durch die Unterbringung der Asylbewerber würden weitere Schwierigkeiten auf die Schönau abgeladen.

Die Abneigung gegen die Einrichtung steigerte sich, als die ersten Fremden in den Straßen Schönaus auftauchten. Inzwischen muß es, so bestätigte auch Heimleiter Benz, auch zu Provokationen seitens der Insassen der Landesunterkunft gekommen sein. Einige Schönauer erzählen von anzüglichen Gesten aus den Fenstern des Heimes, vermerkt ist auch bei der Polizei ein Diebstahl im Lebensmittelladen an der Endhaltestelle der Straßenbahn. Hinzu kamen Gerüchte von angeblicher Vergewaltigung eines Mädchens durch einen Asylbewerber. Die Polizei bezeichnete die Gruselgeschichte später als falsch.

Dennoch zogen einige Jugendliche vor die Unterkunft und drohten den Bewohnern Gewalt an. Das verhinderte zwar die Polizei, doch seitdem findet die Schönau keine Ruhe. Die Lilienthalstraße wird allabendlich gesperrt, die Unterkunft von starken Polizeikräften geschützt. Die Stadt verbot Demonstrationen in der Umgebung.

Lokalkommentar

Schlafende Hunde?

3p. 5. 92

Seit Tagen kommt die Schönau nicht zur Ruhe. Es gärt und brodelt im Stadtteil. Die Ergebnisse der Landtagswahl waren schon alarmierend genug. Die Stimmung ist gereizt. Gerüchte laufen um und heizen dumpfe Aggressionen auf. Zielscheibe ist vor allem die Gendarmeriekaserne, die als Durchgangslager für Asylbewerber dient. Die Schönau ist ein Pulverfaß, das jederzeit explodieren kann.

Jedoch: Offiziell will man es nicht so recht wahrhaben. Als am Dienstag mit Baseballschlägern bewaffnete Trupps nach der Schönau zogen, meldete die Polizei verharmlosend: „Die Beamten redeten auf die Jugendlichen ein und konnten sie überzeugen, die Stätte zu verlassen.“

Am Mittwoch dasselbe Theater. Rückfrage bei der Polizei: Keine besonderen Vorkommnisse. Am Donnerstag schließlich: Ein großes Waldfest mußte wegen Randalen abgebrochen werden. Die Polizei wußte angeblich nichts, obwohl sie am Tatort war. Es gab Zusammenrottungen in der Nähe der Kaserne, Zwischenfälle konnten durch mit hessischen, rheinland-pfälzischen und ande-

ren Einsatzzügen verstärkte Polizeitruppen vermieden werden.

Aber auch das war der Polizei am nächsten Tag nur eine nebulös formulierte 17-Zeilen-Nachricht wert, ohne exakte Zahlen, ohne die harten Fakten, kaum mehr als sie sonst für jeden Bagatell-Unfall aufwendet. Die Polizei, dein Freund und Schweiger?

Bis jetzt hat ja die massive Präsenz der Beamten präventiv Wirkung gezeigt. Sie hat Schlimmeres verhüten können. Das verdient Anerkennung.

Aber es hat keinen Sinn, die Probleme auf der Schönau unter den Teppich zu kehren, zu beschwichtigen und so zu tun, als sei in dem „mutigen kleinen Stadtteil“ (so eine Betreuergruppe der Gendarmerie-Kaserne) alles Friede, Freude, Eierkuchen. Die Verhältnisse zu beschönigen, gar eine Nachrichtenzensur auszuüben – und das ist es beinahe, was die Polizei zur Zeit dort praktiziert – ist die falsche Politik. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit. Schließlich gibt es genug Augenzeugen.

Das Argument, man könne damit schlafende Hunde wecken, zieht nicht. Die Hunde schlafen schon längst nicht mehr.

MacBarchet

Kommunal-Info Mannheim 2/94

„Spontane Einzelaktionen“? Die rassistischen Brandstifter schlagen zu

In der Nacht von Donnerstag, den 13.01.94 gegen 2.00 Uhr wurde ein Brandanschlag auf das Asylsuchendenheim in Ludwigshafen-Oppau verübt. Im Hauseingang des Heimes wurden mehrere Matratzen angezündet. Dabei erlitten mehrere Menschen Rauchvergiftungen und wurden verletzt. Die Angaben über die genaue Zahl schwanken zwischen vier und acht Personen.

Lediglich aufgrund der frühzeitigen Entdeckung des Feuers konnte Schlimmeres verhindert werden. Der Fluchtweg über die Treppe war durch die Flammen versperrt. Nur durch den Sprung aus den Fenstern im 1. Stock konnten sich die Bewohnerinnen und Bewohner in Sicherheit bringen.

Angesichts der Tatsache, daß diese Menschen beinahe verbrannt wären, ist es völlig unverständlich, daß der Haftbefehl gegen den mutmaßlichen Brandstifter – nach Angaben der Polizei ein 34-jähriger, einschlägig vorbestrafter Mann – nicht wegen versuchten Totschlags oder Mordes, sondern Körperverletzung und Brandstiftung erlassen wurde. Diese Tatsache ist ein weiterer Beleg dafür, daß rassistischen Angriffe durch Justiz, Politik und Medien verharmlost werden.

Daß rassistische Übergriffe im letzten Jahr um die Hälfte zurückgegangen sei-

en, wie in dieser Woche von der Bundesregierung behauptet wurde, trifft zumindest für Ludwigshafen nicht zu. Allein innerhalb einer Woche war dies – nach der Brandstiftung in der Welsersstraße – schon der zweite Brandanschlag. Im Verlauf des letzten Jahres wurden uns in Ludwigshafen mindestens zehn Anschläge mit fremdenfeindlichem Hintergrund bekannt. Von diesen ist unseres Wissens bisher kleiner vollständig aufgeklärt worden. Im Gegenteil: Die verantwortlichen Politiker der Stadt versuchen, die Vorfälle zu verharmlosen. Sie erklären vollmundig, für die Sicherheit der Asylsuchenden sei bestens gesorgt. Öeider könne nicht verhindert werden, daß Einzeltäter spontane Aktionen verüben (so OB Schulte am 13.11.94 im Rundfunk). In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, daß antirassistisch engagierte Gruppen schon mehrfach bemängelt haben, daß selbst minimalste Sicherheitsmaßnahmen in vielen Unterkünften fehlen, wie z.B. Feuermelder, Feuerlöscher, Telefone. Diese Situation wird dadurch noch verschärft, daß Asylsuchende gerade in Ludwigshafen aus sozialen Zusammenhängen im Stadtteil in abseits liegende Containerlager eingewiesen werden.

Angesichts diese jüngsten Brandan-

schlages fordern wird die Stadtverwaltung erneut auf, diese Sicherheitsmängel unverzüglich zu beheben. Gleichzeitig fordern wir die Bevölkerung auf, nicht mit Gleichgültigkeit auf diese Gewalttaten zu reagieren, sondern dafür zu sorgen, daß sich nicht die rassistischen Täter sicher fühlen, sondern die möglichen Opfer. Solidarität mit den Flüchtlingen!

Antirass. Notruf- und Infotelefon Mannheim, 15.1.94



Protest in Oppau

Am Samstag führten ca 50 Menschen in Oppau vor dem Rathaus eine Protestversammlung gegen den Brandanschlag und gegen das Verhalten der städtischen Behörden durch.

Anschließend begaben sie sich gemeinsam mit einigen der in dem Heim wohnenden Asylsuchenden zu der Stätte des Brandanschlags. Das Heim liegt abseits am Ortsrand von Oppau in einem Gewerbegebiet am Ende einer Straße, die anschließend in freies Feld übergeht. Für „Betrunkene“ kein Ort, an dem man „zufällig“ vorbeikommt.

Die dort anwesenden Asylbewerber beklagten eindringlich, daß die Stadt Ludwigshafen sich weigere, ein paar tausend Mark für ein Münztelefon auszugeben.

(tht)

KIM 3



an den Wänden des Treppenhauses, erste Reparaturarbeiten und zwei Frauen, die mit einem Kinderwagen das Gebäude assen: Eine Mischung aus Entsetzen und Normalität bot sich gestern im Asylbewerberheim in Oppau. (Foto: Kunz)

Feuer in Asylheim

Wachsam sein

Wieder ein Brand - wieder waren Ausländer betroffen. Doch diesmal hat die Polizei noch in Tatortnähe den mutmaßlichen Täter festgenommen. Der erste Verdacht, die organisierte rechtsradikale Szene könnte hinter der Brandstiftung stecken, hat sich nicht bestätigt. Aber: 1985 hatte der Mann nach Behördenangaben schon einmal Feuer in einem von Ausländern bewohntes Haus gelegt, die Leute aber noch gewarnt. Die Oppauer Fall ging gimpflich ab. Hätten die Bewohner die Tür abends abgeschlossen, wäre der Mann gar nicht ins Haus gekommen. Wachsamkeit und mehr Notrufmelder sind in den rund 40 Ludwigshafener Asylunterkünften nötig. (mo)

Die Rheinpfalz
15.1.94

Presseerklärung

der Hausversammlung und des Initiativkreises Welsersstraße (Ludwigshafen)

Wir, die BewohnerInnen der Welsersstr. 24 und die Mitglieder des Initiativkreises Welsersstraße möchten Sie anlässlich des Kellerbrandes am vergangenen Freitag, dem 7.1.94 über das Ergebnis unserer Hausversammlung informieren:

Wir vermuten, daß es sich bei diesem Brand um Brandstiftung handelt, was auch die Polizei für möglich hält (vgl. Rheinpfalz vom 8.1.94).

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Stadtverwaltung ihrer Verantwortung und ihrer Pflicht für den Schutz der Menschen, die sie in der Welsersstr. 24 untergebracht hat, zu sorgen, nicht ausreichend nachgekommen ist.

Vor dem Hintergrund zahlreicher rassistischer Morde und Brandanschläge - sie gibt es auch in Ludwigshafen - gegen Flüchtlinge, ImmigrantInnen und Wohnungslose, halten wir es für unverantwortlich und nicht mehr länger hinnehmbar, wenn in der Welsersstr. 24, einem *im Eigentum der Stadt* befindlichen Haus minimale Sicherheitsvorkehrungen fehlen.

Mit Befremden haben wir festgestellt, daß vor ca. 2 Wochen eine NOTRUFANLAGE im Treppenhaus ausgebaut wurde - zu welchem Zweck?

Seit Mitte vergangenen Jahres hat die Stadtverwaltung nichts unversucht gelassen, um die Situation der Menschen in der Welsersstr. 24 anzuspannen. Fast 2 Jahre lebten dort in einer Hausgemeinschaft 11 Flüchtlingsfamilien - insgesamt 48 Personen (Kinder und Erwachsene) - friedlich zusammen. Trotz entschiedener und andauernder Proteste der BewohnerInnen und ihrer UnterstützerInnen hat die Stadtverwaltung mit massiven Mitteln, u.a. durch den Einsatz der Polizei, dafür gesorgt, die Familien aus ihren Wohnungen zu entfernen und in Container und Sammelunterkünfte am Rande der Stadt zwangs"umzusetzen". Nur dem nicht gerade flüchtlingsfreundlichen Verwaltungsgericht Neustadt ist es zu verdanken, daß noch 3 Flüchtlingsfamilien zumindest bis zum Abschluß des Klageverfahrens gegen die Stadt in ihren Wohnungen bleiben dürfen.

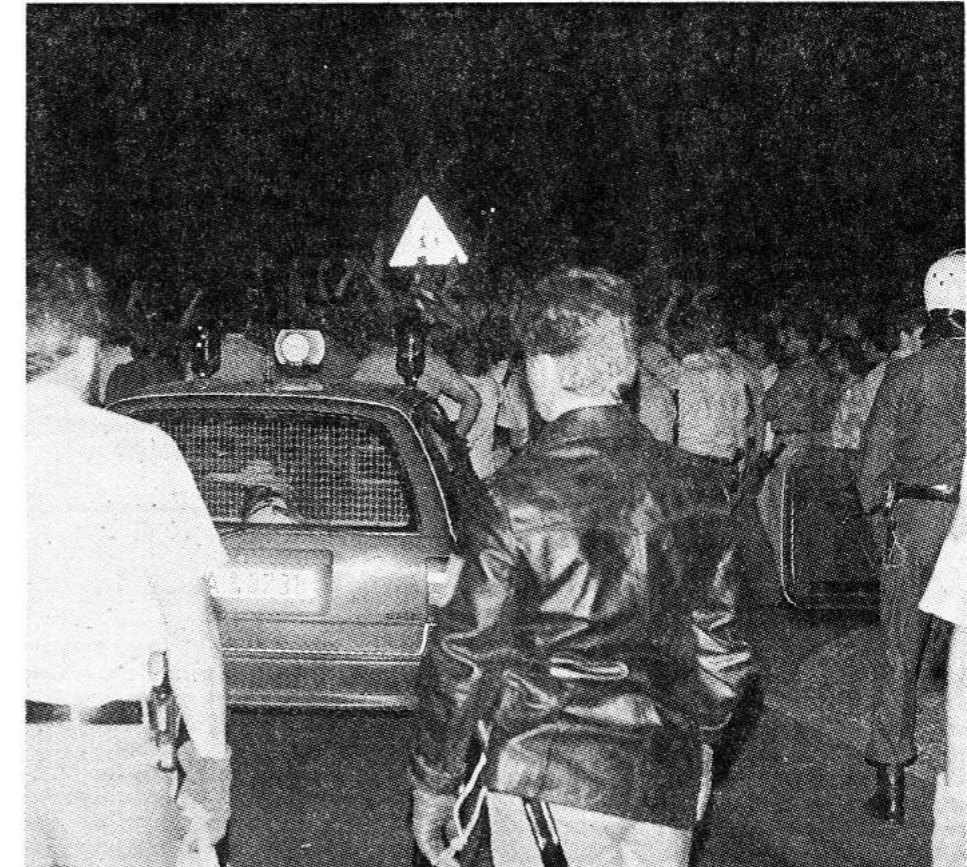
Und jetzt stellt sich die Stadtverwaltung taub, wenn die BewohnerInnen die mangelnde Sicherheit im Haus schon monatelang beklagen!

Wir nehmen die Untätigkeit der Stadtverwaltung nicht mehr länger hin und fordern, daß innerhalb einer Woche, bis spätestens 17. Januar folgende, die Sicherheit der BewohnerInnen gefährdende Mängel behoben sind:

1. Die Haustür muß repariert werden, so daß sie verschließbar ist und unerwünschte Personen nicht in das Haus eindringen können.
2. Jede Bewohnerin, jeder Bewohner muß für Haus- und Wohnungstür Schlüssel haben. Für eine Wohnung im dritten Obergeschoß muß eine Klingel angebracht werden.
3. Die Alarmanlage muß unverzüglich wieder eingebaut werden.
4. Im Erdgeschoß und in den drei Obergeschoßen müssen Feuerlöscher installiert werden, insgesamt vier.
5. Der Brand-Keller muß von der Stadt gesäubert werden. Die zum Keller führende Holztür muß durch eine Brandschutztür aus Stahl - entsprechend den üblichen Sicherheitsvorschriften - ersetzt werden.
6. Infolge des Kellerbrandes schließt eine Kellerluke nicht mehr. Sie muß neu verankert bzw. ersetzt werden.
7. Im Treppenhaus ist eine Diele durchgetreten. Auch diese Gefährdung muß behoben werden.

Wir erwarten, daß die aufgezählten Mängel unverzüglich behoben werden, so daß ein minimaler Schutz für die BewohnerInnen sichergestellt ist.

Ludwigshafen, den 9.1.1994



Verstärkung aus den benachbarten Bundesländern mußte die Polizei anfordern, um der aufgebrachten Menge vor einer Unterkunft für Asylbewerber im Mannheimer Norden Herr zu werden. Bild: Cerny

Ma Mo 50/30.5.92

Drohungen gegen Asylbewerber

Polizei in Mannheim verhindert Übergriffe

Von unserem Redaktionsmitglied Jan Cerny

Mannheim. Nur durch einen Großeinsatz konnte die Polizei Übergriffe auf eine Unterkunft für Asylbewerber im Mannheimer Stadtteil Schönau verhindern. Vor dem Heim hatten sich am späten Donnerstagabend an die 400 Menschen versammelt, unter ihnen zahlreiche angegründete Jugendliche, die den Asylbewerbern mit Gewalt drohten. Die Polizei hatte sie zwar erwartet, doch angesichts der Menschenmenge forderte sie Verstärkung aus Rheinland-Pfalz und Hessen an. Eine ganze Hundertschaft hielt die aufgebrachte Menge in Schach.

Unterdessen versuchte Oberbürgermeister Widder die Menschen zu beruhigen

und sie zum Verlassen der Stätte zu bewegen. Seine Bemühungen waren umsonst. Am Ende mußte die Polizei die Randalierer zurückdrängen und die Umgebung des Heimes abriegeln. Über 20 Jugendliche wurden in Gewahrsam genommen, einige kamen erst am nächsten Morgen frei.

Ausgelöst wurden die Feindseligkeiten durch haltlose Gerüchte, wonach einer der Asylbewerber eine 16jährige Schönauerin vergewaltigt haben soll. Wie die Polizei gestern mitteilte, handelte es sich um ein Mädchen, das für einen farbigen Zivilamerikaner „anschaffte“ und von dem mehrmals vergewaltigt worden war.

Da dies nicht der erste Zwischenfall war, fährt die Polizei seitdem ununterbrochen Streife in der Umgebung des Heimes.

MaMo 03./31.5.1992

Gerüchte um Vergewaltigung

Stadträtin Trösch: „Die wollen ein Opfer sehen“

Die offenen Feindseligkeiten gegen die Asylbewerber in der Gendarmeeriekaserne auf der Schönau dauern seit Dienstag an. Den Anlaß für den unverhüllten Haß lieferte ein kurierendes Gerücht, wonach ein afrikanischer Asylbewerber ein 16jähriges Mädchen vergewaltigt haben soll. Nach Erkenntnissen der Polizei handelt es sich eindeutig um Unsinn.

Holger Ohm, Pressesprecher der Polizei: „Das Gerücht ist falsch, einige Bewohner saßen einer Vermischung von Halbwahrheiten und Spekulationen auf. Tatsächlich habe die Kriminalpolizei in den letzten Tagen gegen einen 26jährigen farbigen Zivilamerikaner ermittelt, der bei seiner Festnahme die Personalien eines existierenden Ghanesen angegeben hatte. Der Mann kommt jedoch aus dem Stadtteil Brooklyn in New York, USA.“

Den Ermittlungen zufolge lebte die 16jährige Schönauerin die letzten acht Monate mit dem Amerikaner. Beide hatten keine feste Wohnung, kamen zumeist bei Bekannten unter, zuletzt im Insterburger Weg auf der Schönau. Gegenüber der Polizei gab das Mädchen an, sie hätte für den Mann in der Innenstadt als Prostituierte anschaffen müssen. Er habe sie auch mehrmals vergewaltigt. Anlaß für die Auseinandersetzung sei, daß sie sich von ihm trennen wollte.

Bei der Vernehmung durch die Polizei erzählte der Mann eine völlig andere Version der Ereignisse. Die Kriminalpolizei ist dabei, mehr Licht in die Tatumstände zu bringen. Jedenfalls ist für sie klar, daß kein Asylbewerber mit dem Leid des Mädchens etwas zu tun hat.

Unterdessen versuchen Politiker, Poli-

zei und einige engagierte Schönauer Bürger, die Wogen in dem Stadtteil zu glätten. Stadträtin Regina Trösch, die selbst bei der Auseinandersetzung zwischen den Jugendlichen und der Polizei am Donnerstagabend dabei war, befürchtet, daß einige aufgebrauchte Schönauer ein Opfer unter den Asylbewerbern sehen wollen. Für sie ist die Sache noch lange nicht ausgestanden. Sie will nun verstärkt darauf drängen, daß die Schönau nicht allein mit ihren Problemen gelassen wird. Die Stadträtin, die auch Mitglied eines Beirats ist, der sich des Zusammenlebens der Schönauer mit mit Asylbewerbern annimmt, ist jetzt erst recht „wild entschlossen“, sich für das Miteinander zu engagieren.

Franz Drechsler von der Siedlergemeinschaft Schönau spürt, daß die Spannung seit Wochen in der Luft liegt. Er selbst will beruhigend auf die Menschen einwirken. „Ich hoffe, daß am Ende die Vernunft siegt“, so Drechsler.

Dieselbe Hoffnung hegt auch Oberbürgermeister Gerhard Widder, der sich ebenfalls in der turbulenten Nacht auf lange Diskussionen mit den Bürgern in der Lilienthalstraße einließ. Als sie dann von der Polizei zurückgedrängt wurden, mischte er sich sogar unter sie, um zu einem geordneten Rückzug beizutragen. Über ein Polizeimegaphon versprach er, sich persönlich der Problematik um das Asylantenheim anzunehmen. Vor allem beschwor er die Schönauer „im eigenen Interesse Besonnenheit zu wahren und keine Gewalt in dem Stadtteil zuzulassen“. Gestern richtete Widder nach einer Besprechung mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe, das das Heim mit Afrikanern und Albanern belegt, einen offenen Brief an die „Lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Schönau“ (siehe nebenstehenden Kasten). jan

Rheinpfalz Nach Hochhaus-Brand Kind in Lebensgefahr

27.9.93

Sechs Mieter teilweise schwer verletzt - Polizei: Keine Hinweise auf ausländerfeindlichen Hintergrund

Bei einem Brand im 13. Stock des Hochhauses in der Yorkstraße 28 sind gestern morgen sechs Ausländer teilweise schwer verletzt worden. Die Polizei geht von Brandstiftung aus.

Die Behörden schlossen zunächst eine „ausländerfeindliche Straftat“ nicht aus. Am Abend erklärte jedoch ein Polizeisprecher, nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen deute bei dem Brand nichts auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund hin. Die Ermittlungen liefen jetzt „in eine andere Richtung“. Bei den Ermittlungen wurde nach Polizeiangaben von Beginn an auch geprüft, ob möglicherweise private Auseinandersetzungen die Ursache für eine eventuelle Brandstiftung sein könnten.

Unter den verletzten Hausbewohnern, allesamt Sinti und Roma rumänisch-polnischer Abstammung, sind ein fünfjähriges Mädchen und seine Eltern, die mit schwersten Brandverletzungen in die Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik eingeliefert wurden. Den Zustand des Mädchens bezeichnete die Polizei gestern abend als sehr kritisch. Das Kind habe Verbrennungen dritten Grades und eine Rauchvergiftung erlitten, es schwebt nach Angaben der Klinik in Lebensgefahr. Die Eltern des Mädchens, ein 28jähriger Mann und seine 25jährige Ehefrau, wurden durch das Feuer an Händen und Füßen schwer verletzt, die Frau mußte auf die Intensivstation der Unfallklinik eingeliefert werden. Drei weitere Personen wurden wegen Rauchvergiftungen im Krankenhaus ambulant behandelt.

„Ein großes Gebrülle“

Nach Darstellung der Polizei war das Feuer im 13. Stockwerk des Hochhauses kurz nach 8 Uhr in einem Flur ausgebrochen, von dem fünf Wohnungen abgehen. In dem Stockwerk wohnen deutsche und ausländische Mietparteien. Nach Angaben von Hausbewohnern lag das Brandzentrum direkt vor der Wohnungstür der schwerverletzten Sinti und Roma-Familie. Die Brandursache stehe noch nicht fest, die Ermittlungen dauerten an, sagte gestern ein Polizeisprecher. Nach seiner Darstel-



Vor den Wohnungstüren war im 13. Stock des Hochhauses das Feuer ausgebrochen. Bei ihrer Flucht durch den brennenden Flur wurden sechs Bewohner teilweise schwer verletzt. (Foto: Kunz)

lung muß allerdings davon ausgegangen werden, daß das Feuer gelegt worden ist. Die Ermittlungsbehörden vermuten weiterhin, daß der oder die Täter mit einem Brandbeschleuniger - beispielsweise Benzin - für die rasche Entwicklung des Feuers gesorgt haben.

Die sechs verletzten Hausbewohner erlitten die teilweise lebensgefährlichen Brandwunden offensichtlich beim Versuch, aus dem Stockwerk zu flüchten. Feuerwehr und Polizei gehen davon aus, daß den sechs Mietern nichts passiert wäre, wenn sie in ih-

ren Wohnungen geblieben wären. Der Flur sei zwar total ausgebrannt, die fünf angrenzenden Wohnungen seien aber durch das Feuer nicht beschädigt worden.

Als erster am Brandort war der Hausmeister des von der Kurpfälzischen Wohnungverwaltung (Mannheim) betreuten Hochhauses. Er war durch das Feuermeldesystem des Gebäudes alarmiert worden. „Es war ein großes Gebrülle, man konnte nichts erkennen“, berichtete der Hausmeister, der den Brand mit einem Feuerlöscher versuchte einzudämmen. Die

restlichen Löscharbeiten übernahm dann die Feuerwehr, die mit zwei Zügen und 18 Mann insgesamt eineinhalb Stunden im Einsatz war. Den durch die Ruß- und Qualmentwicklung entstandenen Sachschaden beziffert die Feuerwehr mit rund 40.000 Mark. Zur medizinischen Versorgung der Verletzten waren Notarztwagen aus Ludwigshafen, Mannheim und Frankenthal angefordert worden.

In dem 23stöckigen Hochhaus in der Yorkstraße wohnen insgesamt rund 350 Menschen. (ros) Δ Weiterer Bericht: Südwest-Seite.

Kommunal-Info Mannheim Nr.18/93 4.Jaahrg. 2.9.1993

Neue „Bürgerinitiative“: Die Hetze gegen Asylsuchende geht weiter

Im Wochenblatt vom 25.8.1993, das kostenlos in alle Briefkästen gesteckt wird, wird über eine Bürgerinitiative berichtet, deren einziges Ziel es ist, eine Belegung der Ludwig-Frank-Kaserne mit AsylbewerberInnen zu verhindern.

Jetzt wird auch verständlich, warum in der Veranstaltung der CDU in der Ludwig-Frank-Kaserne am 24.8.93 von den PodiumsteilnehmerInnen Bloemcke, Baumbusch, Heus-Best und Rupp ein Statement besonders wichtig war: „Wir hoffen und werden uns dafür einsetzen, daß es nicht nötig ist, Asylanten in die freiwerdende Kaserne unterzubringen.“

Es gilt, im Vorfeld der Kommunalwahlen 1994, die rechtsorientierten BürgerInnen der Neckarstadt nicht zu vergrämen — schließlich gibt es schon 1100 unterstützende Unterschriften.

Letztendlich geht es dieser Bürgerinitiative mit ihrem Sprecher *Edgar Müller* nur um eine Hetze gegen Flüchtlinge in der BRD, denn wer sich mit den Tatsachen der Nutzung der Kaserne nach dem Abzug der Bundeswehr vertraut macht, erkennt, daß es das „Problem Asylanten“ so nicht geben wird.

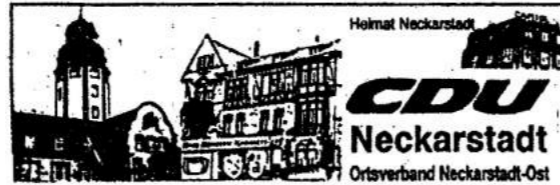
— Die Bundeswehr zieht frühestens Ende 1994 / Anfang 1995 aus der Kaserne

ab. Falls die NATO das Gelände nicht benötigt, erhält das Land Baden-Württemberg die Priorität für eine zivile Nutzung, die dann auf eine noch auszuhandelnde Art und Weise an die Stadt Mannheim übergeht.

— Bis dahin wird es wahrscheinlich in der BRD keine legalen Flüchtlinge und AsylbewerberInnen mehr geben, weil die Abschaffung des Asylrechts ihre Wirkung zeigen wird. Und für die dann illegal hier lebenden Flüchtlinge wird die Stadt Mannheim sicherlich keine Unterkünfte zur Verfügung stellen.

— Die Planung sieht vor, den Großteil der Kasernenunterkünfte in StudentInnenwohnheim (ca. 800 Plätze) umzubauen und die frei werdenden Flächen als Neubaugebiet mit Mischwohnungen (ca. 700 Wohneinheiten) auszuweisen. Lediglich zwei Wohntrakte, von den PlanerInnen „wohlüberlegt“ am äußersten Rand des Gebietes ausgesucht, sind für AsylbewerberInnen vorgesehen — „falls es nötig wäre“.

Warum gründet sich bereits jetzt schon eine BürgerInneninitiative „gegen die Unterbringung von Asylanten“, wo doch alles noch so unklar ist? Warum können sich gerade bei diesem Thema die scheinbar so politikverdrossenen



Thema: "Ludwig-Frank-Kaserne" - BUNDESWEHR zieht aus und ASYLANTEN ein? - NEIN!
 Kommen Sie zu unserer Diskussions- und Informationsveranstaltung am Dienstag, 24. Aug. 1993, 18.30 Uhr
 Treffpunkt an der Kaserne, Ulmenweg 55

Rheinpfalz 27.9.93

Brand in Hochhaus

Von Rolf Schlicher

Es wird noch ermittelt. Doch vieles deutet darauf hin, daß der Brand im 13. Stock des Yorkstraßen-Hochhauses gelegt worden ist. Tragisch: Den sechs Verletzten wäre vermutlich nichts passiert, wenn sie in ihren Wohnungen geblieben wären. Doch die sechs Mieter wollten sich im nahen Treppenhaus in Sicherheit bringen. Durch das Feuer im Flur in Panik versetzt, flüchteten sie mitten in die Gefahr hinein. Ein perfides Verbrechen, sollte sich der Verdacht auf Brandstiftung bewahrheiten.

Nach den bisherigen Ermittlungskennntnissen kann ausgeschlossen werden, woranfangs noch gedacht worden

war: Die Tat hat offenbar keinen fremdenfeindliche Hintergründe.

Wenn man so will, der einzig positive Aspekt an diesem Brand. Denn die Liste der Anschläge auf Ausländer in Ludwigshafen ist ohnehin schon lang genug. Im Dezember 1992 brennt ein türkisches Lebensmittelgeschäft in der Carl-Bosch-Straße und anschließend ein türkisches Reisebüro in der Ganderhofstraße. Im Februar und Mai werden auf türkische Geschäfte in der Schulstraße, und in der Frankenthaler Straße, im Juni dann auf einen türkischen Laden in der Bannwasserstraße Brandanschläge verübt. All diese Anschläge sind bisher nicht aufgeklärt - dies muß beunruhigen.

MaMo 03./31.5.1992

Polizei im Großeinsatz schützt Asylbewerber

Auf der Schönau brodelt Unmut

Von unserem Redaktionsmitglied Jan Cerny

Seit Tagen fährt die Polizei Sonder-Einsätze, um das Asylbewerberheim in der Gendarmeriekaserne vor Übergriffen zu schützen. In der Nacht zum gestrigen Freitag erreichten die Randalen einen vorläufigen Höhepunkt. Nachdem sich vor dem Heim an die 400 Menschen versammelt hatten, forderte die Mannheimer Polizei mehr als 50 Mann Verstärkung aus den benachbarten Bundesländern an, darunter auch Hundeführer aus Heidelberg, Darmstadt und Pforzheim. Wohl nur so konnte eine Eskalation der Gewalt verhindert werden.

Noch nach Mitternacht standen sich in der Lilienthalstraße in der Nähe zur Katowitzter Zeile zwei Fronten gegenüber. Auf der einen Seite zumeist angetrunkene Jugendliche, die in Richtung Gendarmeriekaserne feindliche Parolen an die Adresse der Asylanten grölten, ihnen gegenüber eine geschlossene Reihe von behelmten Polizisten mit Schlagstöcken in den Händen. In der Luft lag Spannung, wenige Minuten zuvor war aus der Ansammlung der Jugendlichen eine Flasche geworfen worden, sie traf einen Polizisten.

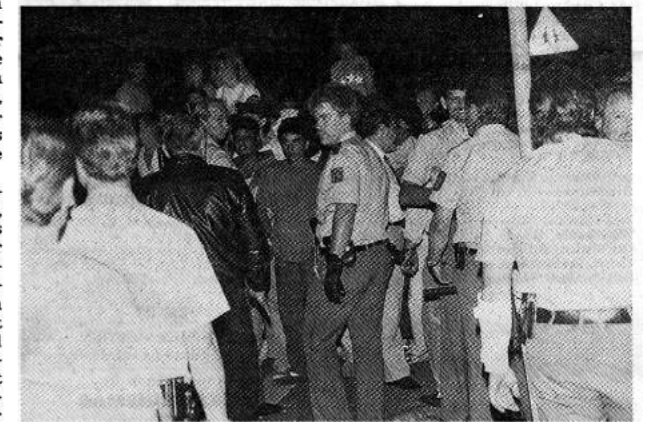
Kurze Zeit später erscholl das Kommando zum Eingreifen. Die Beamten stürzten sich auf den harten Kern der Randalierer und nahmen etwa zwei Dutzend von ihnen fest. Einige von ihnen blieben bis zum Morgen in Gewahrsam. Die Menge löste sich dann langsam auf, zurück blieb eine Polizeieinheit und eine mit Scherben übersäte Lilienthalstraße. Gegen 0.30 Uhr rückte eine beim Stadtreinigungsamt angeforderte Kehrmaschine an. Angefangen hatte die Auseinandersetzung am Abend des Feiertags Christi Himmelfahrt. Beim Waldfest der Schönauer Siedergemeinschaft kam es - niemand weiß genau warum - zu einer üblen

Schlägerei, erst der Polizei gelang es, die Streithähne zu trennen. Daraufhin erklärten die Organisatoren das Fest für beendet. Bis dahin hatte aber schon ein Gerücht die Runde gemacht, wonach ein Bewohner des Asylbewerberheimes ein 18-jähriges Mädchen vergewaltigt habe (siehe nebenstehenden Bericht).

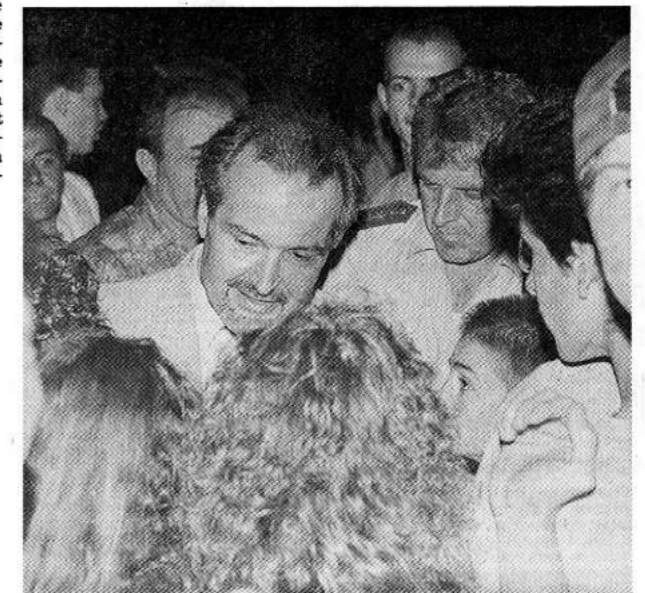
Zahlreiche bereits stark angetrunkene Jugendliche zogen vom Festgelände direkt zur Gendarmeriekaserne. Dort gesellten sich Anwohner zu ihnen, am Ende standen an die 400 Menschen vor dem Heim, unter ihnen zahlreiche Schaulustige, zum Teil sogar Mütter mit kleinen Kindern. Inzwischen hatte die Polizei unter der Führung von Kriminaldirektor Manfred Leopold alle verfügbaren Kräfte zusammengezogen. Nach und nach trafen weitere Mannschaftswagen aus Baden, von der Autobahnpolizei, aus Ludwigshafen, Darmstadt und Frankfurt ein, das Heim wurde hermetisch abgeriegelt, die anliegenden Straßen gesperrt.

Unterdessen versuchte Stadträtin Regina Trösch die Leute dazu zu bewegen, nach Hause zu gehen. Entnervt gab sie es nach einer Stunde auf. Kein Erfolg war auch Oberbürgermeister Widder beschieden, der herbeieilte und auf die Leute einredete: „Lassen sie es nicht zu, daß sich auf der Schönau Gewalt ausbreitet“. Statt Verständnis schlugen dem OB Pfeife und Haßtiraden gegen Asylbewerber entgegen. Und mit der Ankündigung, er selbst werde sich des Problems um das Asylbewerberheim annehmen, ertotete Widder Hohngelächter. Statt sich zurückzuziehen, feuerten einige Burschen Feuerwerkskörper ab.

Die Polizei riegelte die Lilienthalstraße ab, dennoch gelang es mehreren Gewalttätigern, den Zaun zur Gendarmeriekaserne zu durchschneiden. Die Polizei sicherte das Heim aber ab, noch bevor es zu Handgreiflichkeiten kommen konnte. Am Ende konnte sich Polizeipräsident Knut Feldmann vor Ort davon überzeugen, daß in der turbulenten Nacht niemand verletzt wurde. Für die Polizei endet die Sache damit freilich nicht. In den nächsten Tagen steht das Heim unter ständiger Bewachung.



Erst durch den massiven Einsatz der Polizeikräfte aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen gelang es, die Menschenmasse von der Asylbewerber-Unterkunft zurückzudrängen und die Lilienthalstraße abzusperren. Am Ende des Einsatzes wurden gut zwei Dutzend Jugendliche in Gewahrsam genommen.



Mitten in die aufgebrachte Menge wagte sich Oberbürgermeister Widder, um sich die Klagen der Schönauer über die Asylbewerber anzuhören. Dabei erfuhr das Stadtoberhaupt unter anderem, daß die Bewohner der Sammelunterkunft in der Gendarmeriekaserne aus den Fenstern die Schönauer provozieren. Nach einer stundenlangen Diskussion und dem Versprechen, sich um die Probleme zu kümmern, bat Widder die zumeist jungen Menschen, die Lilienthalstraße zu verlassen. Als die Polizei die Menge zurückdrängte, blieb Widder unter den Bürgern.

Trierischer Volksfreund 27.9.1993

Brand in Wohnhaus: Kripo schließt Anschlag nicht aus

Polnische Familie bei Feuer in Ludwigshafen verletzt

LUDWIGSHAFEN. Bei einem Brand in einem Ludwigshafener Hochhaus sind am Sonntag morgen sechs Menschen verletzt worden. Wie die Polizei mitteilte, brach das Feuer im Flur des 13. Stockwerks zwischen zwei Wohnungen aus. Ein polnisches Ehepaar und seine fünfjährige Tochter erlitten Verbrennungen.

Der Zustand des Kindes sei kritisch. Drei andere Erwachsene kamen mit Rauchvergiftungen da-

von. Alle Verletzten wurden in Krankenhäuser gebracht. Die Brandursache war zunächst noch unklar. Die Polizei hielt Brandstiftung aber für wahrscheinlich. Da in dem Haus viele Ausländer wohnen und das Feuer neben der Wohnung der polnischen Familie ausbrach, sei eine ausländerfeindliche Straftat nicht auszuschließen, hieß es. Konkrete Hinweise hierfür lägen jedoch nicht vor. Der Sachschaden belaufe sich auf rund 20 000 Mark.

1.6.92
Asylbewerberheim nach wie vor belagert

Mannheim. (gespi - Eigener Bericht) Die Auseinandersetzungen um die Asylbewerber-Unterkunft Gendarmeriekaserne im Mannheimer Stadtteil Schönau hielten auch am Wochenende an. Rund um das Sammellager herrschte regelrechter Belagerungszustand. Immer wieder kamen aufgebrachte Bürger in der Nähe des Wohnheims zusammen, das von starken Polizeikräften abgeschirmt wurde. Am Freitagabend nahm die Polizei 28 Personen vorübergehend in Gewahrsam, tags darauf wurden vier Festnahmen verzeichnet. Am Samstagabend demonstrierten rund 200 meist junge Leute gegen Rassismus und für ein freies Asylrecht. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle. Am Sonntagmorgen steckten Unbekannte in der Nähe der Kaserne eine Wiese in Brand, das Feuer konnte rasch gelöscht werden.

1.6.92
Weiterhin Belagerung

Polizei muß Asylbewerberheim auf der Schönau beschützen

Am Wochenende dauerten auf der Schönau die Auseinandersetzungen um das Asylbewerberwohnheim Gendarmeriekaserne an. Die Polizei sperrte das Heim in der Lilienthalstraße weiträumig ab und nahm 32 Personen vorübergehend fest.

In der Nacht zum Samstag hatten sich - wie in den Tagen zuvor - Hunderte von aufgebrachten Schönauern in der Lilienthalstraße versammelt und belagerten die von starken Sicherheitskräften abgeriegelte Kaserne. Als die Menge der Aufforderung der Polizei, sich aufzulösen, nicht nachkam, griffen die Ordnungshüter gegen 22 Uhr zu und nahmen 28 Personen vorübergehend in Gewahrsam. Danach wurden an der Parsevalstraße weitere Absperrgitter zum Schutz des Wohnheims aufgestellt.

Am Samstagabend demonstrierten rund 150 meist junge Leute vor der Grenadierkaserne gegen Rassismus und für das Recht auf Asyl. Währenddessen scharten sich an den Polizeiabsperrungen Schaukünstler und Anwohner zusammen. Glücklicherweise kam es zu keinen Zwischenfällen; lediglich vier Schönauer wurden vorübergehend festgenommen. Die Polizei vermied eine drohende Konfrontation, indem sie beide Gruppierungen strikt voneinander trennte.

Unermüdlich versuchten die Beamten, die in der Luft liegende Spannung abzubauen, redeten beschwichtigend auf die meist jugendlichen Schönauer ein. „Die Asylanten schlagen sich von meinen Steuergeldern den Bauch voll“, fluchte einer von ihnen. „Und ich hab kaum was zu

beißen.“ - „Man muß ja Angst haben, seine Kinder künftig an der Kaserne vorbeizuschicken“, fürchtete eine ältere Frau den Anstieg krimineller Delikte. Überall standen Grüppchen zusammen, wurde heftig diskutiert.

Derweil unterhielten sich die Demonstranten vor der Kaserne mit den Asylbewerbern, die sich hinter dem Absperrzaun versammelten und sichtbar erfreut auf das Gesprächsangebot reagierten. „Ich verstehe das nicht“, rief ein Mann, der offensichtlich aus Bosnien geflüchtet war, vom Zaun herüber, „ich komme aus einem Land, in dem Krieg herrscht, und hier ist auch Krieg.“

Per Megaphon versicherten die Demonstranten den Asylbewerbern ihre Solidarität: „Wir meinen, alle Flüchtlinge sollten hier bleiben dürfen. Dies ist ein reiches Land.“ Heute um 20 Uhr wolle man sich im Forum der Jugend an der Neckarpromenade treffen, um eine Demonstration vorzubereiten. Mit der Zusicherung, wiederzukommen, löste sich die Zusammenkunft unter dem Applaus der Kaserneninsassen auf. „Habt vielen, vielen Dank“, rief einer aus einem Fenster herunter. Nach 22.30 Uhr zogen sich auch die Schönauer Anwohner zurück. Gespannte Ruhe machte sich breit.

Gegen 3.15 Uhr dann entfachten unbekannte Täter einen Brand auf einer Wiese unweit der Neubausiedlung an der Parsevalstraße, etwa 300 Meter von der Kaserne entfernt. Das Feuer verursachte keinen nennenswerten Schaden und konnte gleich gelöscht werden. Die Polizei prüft nun, ob die Brandstiftung mit den Unruhen um die Asylbewerber-Unterkunft in Zusammenhang steht. gespi

Entspannte Lage auf der Schönau

Nach mehreren turbulenten Nächten vor dem Asylbewerber-Heim in der Lilienthalstraße auf der Schönau hat sich die Lage entspannt. Zwar war die Polizei in der Nacht zum Montag immer noch mit starken Kräften präsent, doch außer einigen Neugierigen kam es zu keiner großen Ansammlung von Menschen mehr. Dennoch bleibt das Heim weiterhin unter Schutz. Nach Angaben der Polizei waren bei den Aktionen in den vorangegangenen Nächten zwei Personen verletzt worden, eine wurde von einem Polizeihund gebissen.

Unterdessen wurden an den Fenstern des Heimes engmaschige Gitter angebracht, damit etwaige Provokationen der Bewohner unterbleiben. Einige Schönauer hatten berichtet, daß sie von den Asylbewerbern angepöbelt und mit anzüglichen Gesten provoziert worden seien. jan

1.6.92
Neue Unruhen um Mannheimer Asylheim

Mannheim. (jan - Eigener Bericht) Nur mit großen Schwierigkeiten verhinderte die Polizei im Mannheimer Stadtteil Schönau eine wilde Schlägerei an der Landesunterkunft für Asylbewerber. An dem Heim hatten sich am späten Dienstagabend zwei jeweils etwa 100 Mann starke Gruppen versammelt, die sich lautstark beschimpften. Die einen protestierten gegen die Unterkunft, die anderen solidarisierten sich mit den bedrängten Asylbewerbern. Dabei waren auch ange-reiste, militante Trupps, die eine Auseinandersetzung provozierten. Die Polizei schritt ein, dabei wurde ein Beamter mit einem Stock niedergeschlagen. Er erlitt schwere Kopfverletzungen. Inzwischen ließ Oberbürgermeister Widder die Straße sowie alle Zufahrten zu dem Heim absperren.

Brandanschläge in Ludwigshafen 25.000 DM Belohnung

1. Samstag, 26.12.92, 03.30 Uhr
Carl-Bosch-Straße-türkisches Geschäft
2. Samstag, 26.12.92, 04.00 Uhr
Ganderhofstraße-türkisches Reisebüro
3. Sonntag, 14.02.93, 06.30 Uhr
Schulstraße-türkisches Geschäft
4. Montag, 03.05.93, 00.55 Uhr
Frankenthaler Straße-türkisches Geschäft
5. Mittwoch, 30.06.93, 00.30 Uhr
Bammwasserstraße-türkisches Geschäft

Für Hinweise, die zur Aufklärung eines der Verbrechen führen, ist jeweils eine Belohnung

von **5000,-DM** ausgelobt!
Staatsanwaltschaft Frankenthal 06233/80353
Polizeipräsidium Ludwigshafen 0621/5613-172
Vertrauliches Telefon (deutsch) 0621/564400
Vertrauliches Telefon (türkisch) 0621/ 568470

Die Zuerkennung und Verleihung der Belohnung erfolgt unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Sie ist aus dem Primärprozess entfernt und steht für Beamte, so dem Bestraflichen die Verfügung von Straftaten gibt.

V.L.B.P.: Prozessstelle Polizeipräsidium Ludwigshafen a.H.

Ludwigshafen'deki Kundaklama Olayları
25.000 DM
Mükafat Verilecektir

1. 26.12.92 Cumartesi günü saat 03.30 da
Carl-Bosch-Straße'deki Türk dükkanı
2. 26.12.92 Cumartesi günü saat 04.00 da
Ganderhofstraße'deki Türk sayahat bürosu
3. 14.02.93 Pazar günü saat 06.30 da
Schulstraße'deki Türk dükkanı
4. 03.05.93 Pazartesi günü saat 00.55 de
Frankenthaler Straße'deki Türk dükkanı
5. 30.06.93 Çarşamba günü saat 00.30 da
Bammwasserstraße'deki Türk dükkanı

Bu olaylardan birisinin aydınlanmasına yarayan ipuçları verenlere beher **5000,- DM** mükafat verilecektir!

Frankenthal Savcılığı 06233/80353
Ludwigshafen Polis Müdürlüğü 0621/5613-172
Mahrem Telefon (Almanca) 0621/564400
Mahrem Telefon (Türkçe) 0621/568470

Mükafatların hakodiligi ve dağıtılış şekline karşı yasal itiraz yolu açık değildir. Ödül yalnızca özel şahıslara verilir, suç kovuşturma mesleğinde çalışan memurlara bidenmez.

Ludwigshafen a.Dh. Polis Müdürlüğü, Basın Bürosu

ANTIRASSISTISCHES NOTRUFTELEFON

Seit einigen Wochen laufen in Mannheim die Diskussionen um die Einrichtung eines antirassistischen Notruf-/Infotelefon. Die Notwendigkeit eines solchen Telefons liegt angesichts der zunehmenden rassistischen Überfälle auf Flüchtlinge und Migrant:innen auf der Hand. In Berlin, Frankfurt, Hamburg und Delmenhorst gibt es bereits ein solches Telefon, seine Funktion wird in der antirassistischen Arbeit als sehr wichtig eingeschätzt. Im Januar wollen wir in Mannheim damit anfangen.

WAS WOLLEN WIR MIT EINEM SOLCHEN TELEFON?

Das antirassistische Telefon soll folgende Funktionen haben:

• ALARMTLEFON

bei Übergriffen gegen Flüchtlinge und Migrant:innen soll über das Telefon schnell informiert und mobilisiert werden können;

• Möglichkeit der

GEGENÖFFENTLICHKEIT,

d.h. Infos z.B. über den "alltäglichen Rassismus" können dort "deponiert" werden, sollen ausgewertet und im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit dokumentiert werden;

• ANLAUFSTELLE FÜR FLÜCHTLINGE UND ANDERE AUSLÄNDERINNEN,

die von der repressiven Betreuungspraxis und dem behördlichen Rassismus der staatlichen Institutionen betroffen sind. Damit meinen wir hptsl. das Öffentl. machen von Behörden-schweinierei/Unterstützungspraxis und Hilfe in Einzelfällen, soweit es in unseren Möglichkeiten liegt.

• AUFBAU VON STADTTEILGRUPPEN

Damit wollen wir a) die dezentrale Betreuung von Asylunterkünften und Wohnungen sowie eine besser funktionierende Alarmpolizei erreichen und b) über die Stadtteilgruppen die Verbindung zum Notruftelefon gewährleisten

• Gleichzeitig wünschen wir uns dadurch eine bessere **Vernetzung** und breiteren **Austausch des Informations- und Wissenstandes** antirassistisch/antifaschistisch arbeitender Gruppen/Menschen.

WIE SOLL DAS TELEFON FUNKTIONIEREN?

Das Telefon sollte so oft als geht besetzt sein – wie oft wir das hinkriegen, hängt natürlich von der Anzahl der Unterstützer:innen ab, die bereit sind, Telefondienst zu machen. Wichtig finden wir vor allem die Wochenenden, erfahrungsgemäß läuft da am meisten ab.

In der Anfangszeit wollen wir 7 Schichten in der Woche machen, d.h.

Donnerstag	18.00 - 24.00
Freitag/Samstag	18.00 - 6.00 (2 Schichten)
Samstag/Sonntag	18.00 - 6.00 (2 Schichten)
Sonntag	18.00 - 24.00
Montag	18.00 - 24.00

Um den Organisationsaufwand des Telefondienstes zu minimieren, würden wir es am besten finden, wenn:

a) **bestehende Gruppen bzw. die o.g. Stadtteilgruppen** komplett eine Schicht verantwortlich abdecken, d.h. sich für einen Tag entscheiden und die Organisation, wer von ihnen dann am Telefon sitzt für diesen Tag selbst übernehmen

b) **Einzelpersonen** die sich daran beteiligen wollen, sich mit Freundinnen/Freunden, Leuten die in der Nähe wohnen, in Kleinstgruppen selbst organisieren, d.h. die darin zusammengeschlossenen Leute sollen dann ebenfalls den Telefondienst an einem Tag eigenverantwortlich übernehmen und organisieren.

FINANZEN:

Wir rechnen mit ca. 500,- DM festen Kosten pro Monat, die wir über Spenden reinkriegen müssen.

Wir brauchen noch möglichst viele Leute, die sich an diesem antirassistischen Notruftelefon beteiligen und zwar als politisch breites Bündnis.

Falls ihr Interesse habt, schreibt uns einfach an oder aber schickt den Zettel an: Antirassistisches Notruftelefon (ART), c/o PUMUCKL, L 14,6, 68 MA 1

Ich möchte weitere Infos über das Telefon

Ich möchte zum nächsten großen Treffen im Januar eingeladen werden

Ich würde das Telefon unterstützen und zwar

Telefondienst Geldspenden

Ich möchte in die Alarmpolizei aufgenommen werden

Meine Adresse ist:

Telefon: _____

MORGEN

Nr. 128 / Donnerstag, 4. Juni 1992

Reisende Gewalttäter erreichten Schönau

Krawalle am Asylbewerber-Heim fordern erste Opfer

Von unserem Redaktionsmitglied
Jan Cerny

Nach zwei ruhigen Nächten vor dem Asylbewerber-Heim in der Lilienthalstraße brach in späten Abendstunden des Dienstags die brutale Gewalt offen aus. Die schweren Auseinandersetzungen wurden diesmal von angereisten Schlägertrupps vom Zaun gebrochen, die mit Leuchtspurmunition gezielt auf die Polizeibeamten schossen. Ein Polizeimeister aus Feudenheim erlitt durch einen Stockschlag schwere Kopfverletzungen.

Nach Angaben von Augenzeugen hatte der Abend zunächst friedlich begonnen. Gegen 19 Uhr zog vor der Gendarmeriekaserne eine etwa 30köpfige Mahnwache auf – die aus Mannheim kommende Gruppe nannte sich „Pro Asyl“ – und entrollte Transparente mit Aufschriften wie „Weg mit dem rassistischen Bürgermob“. Das wollten die Schönauer offenbar nicht auf sich sitzen lassen. Knapp zwei Stunden später versammelten sich rund 100 Einheimische vor dem Heim. Bis dahin wuchs auch die Gruppe um die „Pro Asyl“-Demonstranten auf die gleiche Zahl an.

Die beiden Gruppen beschimpften sich lautstark und heftig. Zu diesem Zeitpunkt sickerte durch, daß auch Schlägertrupps aus Frankfurt, Hamburg und Bremen angereist waren, die der linksextremen Szene zuzuordnen sind. Sie wollten eine offene Schlacht provozieren. Tatsächlich bahnten sich erste Handgreiflichkeiten an. Die Polizei fuhr mit starken Kräften – etwa hundert Mann – dazwischen und drängte beide Gruppen auseinander.

Dabei schlug ein Frankfurter Gewalttäter einen Polizeibeamten mit einem Stock nieder. Der Schläger wurde sofort festgenommen. Der Schutzmann kam mit mehreren Prellungen und Schürfwunden ins Krankenhaus und ist dienstunfähig. Gleich darauf überwältigte die Polizei einen weiteren Rabauken, der mit einer Leuchtspurpistole geschossen haben soll.

Tatsächlich hatte er eine Abschußvorrichtung sowie weitere Munition bei sich.

In dem Durcheinander schnappte auch ein Polizeihund nach einer Frau von der Heimwache. Sie hatte ihren Arm aus dem Tor gestreckt, um einem Asylbewerber den Weg hinein zu bahnen, dabei wurde sie von dem Hund in den Unterarm gebissen.

Die Lage beruhigte sich erst zwei Stunden nach Mitternacht. Bis dahin kam es an der Kattowitzer Zeile und in den angrenzenden Straßen immer wieder zu Provokationen durch die angereisten Chaoten. Die Polizei nahm zwei fest, darunter einen 21jährigen Bremer, der schon zur Festnahme ausgeschrieben war. Insgesamt, so schätzt ein Beamter, bestand der harte Kern der Randalierer aus etwa 40 Schlägern, zumeist Reisenden in Sachen Gewalt.

Unterdessen breitet sich in dem Heim Angst aus. Gestern kehrte eine Familie mit zwei kleinen Kindern gar nicht erst in die Unterkunft zurück. Heimleiter Benz berichtete, daß von den rund 200 Mittagessen etwa die Hälfte weggeworfen werden mußte, weil sich die Bewohner kaum mehr ins Haus trauen. Von den Ängsten wird er heute abend nach 18 Uhr auch im Rhein-Neckar-Fernsehen in der Sendung „RNF-Hintergrund“ erzählen. Chefredakteur Bert Siegelmann lud zu der Runde auch Schönauer Bürger und Polizei ein.

Von einer neuen Qualität der Auseinandersetzung spricht Oberbürgermeister Gerhard Widder. In einem Gespräch mit der Polizei und Vertretern der Fachämter erklärte er, daß die Unterkunft in der Lilienthalstraße zum Anziehungspunkt auswärtiger militanter Kräfte geworden sei.

„Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit“ hat Widder angeordnet, die Lilienthalstraße zwischen der Sonderburger Straße und der Kattowitzer Zeile für alle Verkehrsteilnehmer zu sperren. Gleichzeitig wurden gestern ab 18 Uhr alle Seitenstraßen und Gehverbindungen abgesperrt. Die Umleitung ist ausgeschildert. Schließlich verbot der Oberbürgermeister mit sofortiger Wirkung alle Demonstrationen und Kundgebungen in der Lilienthalstraße.

MORGEN

Nr. 129 / Freitag, 5. Juni 1992

Asylbewerberwohnheim auf der Schönau

Dauerregen kühlte Gemüter ab

Massive Polizeikontrollen auf der Schönau überraschten angereiste Chaoten

Von unserem Redaktionsmitglied Jan Cerny

In der Nacht zum Donnerstag sollte es im Umfeld der Asylbewerber-Unterkunft in der Lilienthalstraße zu schweren Krawallen kommen. Darauf hatten es offenbar militante Autonome angelegt, die aus dem Frankfurter Raum angereist waren.

Die Polizei empfing sie mit massiven Kontrollen, dabei beschlagnahmte sie Schlagringe, Kupferstangen und Feuer-



Die ersten militanten Störer aus dem Frankfurter Raum reisten am frühen Abend an. Bild: Neusch

werkskörper. Fünf Personen wurden in Gewahrsam genommen. Dennoch kam es zu einer lautstarken Kundgebung, Krawalle blieben allerdings aus.

„Das ist die Hilfe des Himmels“, meinte ein Polizist im strömenden Regen an den Metallgittern, die den Zugang zur Lilienthalstraße von der Sonderburger Straße blockierten. Der Oberbürgermeister hatte die Straße ab 18 Uhr „für alle Verkehrsteilnehmer“, also auch für die Fußgänger, absperren lassen. In der vorausgegangenen Nacht waren die ersten auswärtigen Chaoten aufgetaucht, während des Donnerstags wurde ruchbar, daß sie erneut und zwar verstärkt anreisen wollen. Auch die Polizeitaktiker hatten sich auf die Nacht vorbereitet. Die Devise hieß: massive Kontrollen der angereisten Störer und verhindern, daß sie mit Schönauern zusammentreffen.

Tatsächlich tauchten gegen 19 Uhr die ersten Fahrzeuge mit Kennzeichen aus Frankfurt, Hanau und Aschaffenburg auf, darunter auch VW-Busse, voll besetzt mit jungen Frauen und Männern. Ohne Widerstand ließen sie ihre Personalien überprüfen. Bei der Durchsicht der Fahrzeuge stießen die Polizisten auf ein Auto mit fünf Personen, deren Mitbringsel ihre Absichten allzu deutlich verrieten: Schlagringe, Schlagstöcke und Feuerwerkskörper. Die fünf wurden festgenommen, die Gegenstände beschlagnahmt.

Und während der Regen stetig zunahm, wuchs die Ansammlung an der östlichen Absperrung der Lilienthalstraße auf rund 150 Personen, zumeist auswärtige Demonstranten, die lautstark ihre Solidarität mit den Asylbewerbern bekundeten. Bis dahin bildeten sich auch am anderen Ende der abgesperrten Straße, in der Kattowitzer Zeile, kleine Gruppen von Jugendlichen aus der Schönau, die sich in ihren Gesprächen in der Abneigung gegen die Asylbewerber bestärkten und ansonsten abwarteten.

Eine geraume Weile geschah nichts. Dann wurde es aber offenbar den Frankfurtern zu langweilig, sie versuchten plötzlich über die Grünanlage entlang der Lilienthalstraße auf das abgesperrte Gebiet zu gelangen, wurden aber von der Po-

lizei in Schach gehalten. Plötzlich peitschen dumpfe Schüsse durch die Nacht. Es blieb ungeklärt, wo und woraus geschossen wurde.

Die inzwischen durchnässten Frankfurter liefen auf die Kattowitzer Zeile, wohl um ihr Mütchen an den Schönauern zu kühlen. Auch dort empfing sie eine Polizeikette. Da entschied die Einsatzleitung, eine nächtliche Demonstration durch Schönauer Straßen zuzulassen. In einem dicht geschlossenen Block und zum Teil vermmummt, von der Polizei hermetisch umringt, zogen die Demonstranten durch die Memeler Straße und den Karlsberger Weg wieder auf die Sonderburger Straße. Dabei skandierten sie Parolen von internationaler Solidarität, schimpften auf Nazis und lieferten sich mit einzelnen Schönauern am Straßenrand scharfe Wortgefechte.

Am Ende wurde deutlich, daß die Polizeitaktik aufgegangen war. Kurz vor Mitternacht versank die Schönau in nächtlicher Ruhe. Die Frankfurter Kolonne hatte sich zerstreut. Mit ihnen auch die fünf Festgenommenen, denen die Polizei noch eine Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht nachschickt. Nicht bekannt ist, ob sich unter den Angereisten auch der Schläger vom Vortag befand, der einen Polizisten mit einem Stock niedergeschlagen hatte. Der Haftrichter hatte ihn wieder freigelassen. Der Rowdy wird wegen eines besonders schweren Falles des Landfriedensbruchs, des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und des Vergehens gegen das Waffengesetz angezeigt.

Gestern richtete Oberbürgermeister Widder an die „Lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Schönau“ erneut einen Brief. Darin wirbt er um Verständnis für die anhaltende Sperrung der Lilienthalstraße. Zugleich appellierte er an die Bürger, „auch in Ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse“ jeglichen Ansammlungen fernzubleiben. Der Polizei bescheinigt Widder „besonnene Einsätze“ und bedankt sich bei den Schönauern für das Verständnis, das sie dem Einschreiten der Ordnungskräfte entgegenbringen. Es werde auch weiterhin alles unternommen, um die Situation zu entspannen.

Anzeigenblatt Kreis südliche Bergstraße 19.11.1992

Tod einer Asylbewerberfamilie Anfang des Jahres in Lampertheim

Es war doch Brandstiftung

Als am 31. Januar 1992 in der Nacht ein Asylantenwohnheim in der Ernst-Ludwig-Straße lichterloh brannte, da war in Lampertheim klar: Brandstiftung! In den nächsten Tagen beeilten sich Kripo und Staatsanwaltschaft, glaubhaft zu versichern, daß der Tod einer Asylantenfamilie, die bei dem Brand ums Leben kam, nicht auf Absicht zurückzuführen war.

Nach neunmonatigen Ermittlungsarbeiten der Heppheimer Kripo und der Darmstädter Staatsanwaltschaft aber ist das vor einigen Tagen in der Kreisstadt präsentierte Ergebnis eindeutig: Es war doch Brandstiftung! Ein politisches Motiv steckt jedoch

nicht dahinter.

Folgende Version wurde bei einer Pressekonferenz präsentiert.

Die Tat habe sich im Anschluß an eine Zechtour ereignet. Die geständigen jungen Männer hätten die tragischen Folgen nicht beabsichtigt. Bei dem Feuer in der Asylbewerberunterkunft waren ein 29 Jahre alter Ceylonese, seine drei Jahre ältere Ehefrau und ihr 13 Monate altes Baby umgekommen.

Nach den Ermittlungen der Polizei hatten die drei heute 22 und 21 Jahre alten Deutschen aus dem Raum Lampertheim an jenem Abend einen befreundeten Asylbewerber besuchen wollen, der im Heim wohnte und sich mit ihnen zur Zechtour verabredet hatte, jedoch nicht gekommen war. Er öffnete auch nicht, als einer der jungen Männer an seine Tür klopfte.

Darüber offenbar erzürnt, schlug einer der drei vor „ein Feuerchen zu legen“, griff einen herumliegenden Lappen und zündete ihn an. Ein anderer fiel ihm jedoch in den Arm, löschte den Lappen und warf ihn in einen Abfalleimer, wo er höchstwahrscheinlich weiterschwelte und so den Brand auslöste.

Sprecher von Polizei und Staatsanwaltschaft beschreiben die drei Deutschen als „einfach strukturiert“. Eine Überprüfung habe keinerlei Kontakte zu politisch radikalen Kreisen ergeben. Da die jungen Männer einer geregelten Beschäftigung nachgingen und in festen Verhältnissen lebten, bestehe keine Fluchtgefahr.

Sie seien nach ihrer Vernehmung auf freien Fuß gesetzt worden. Juristisch sei die Tat bei allen dreien wohl als fahrlässige Brandstiftung mit Todesfolge zu werten, worauf im Höchstfall fünf Jahre Haft stünden. Für die jungen Männer komme auch das Jugendstrafrecht in Betracht.

5.

Presseberichte und Flugblätter

zu 4. Rassistische Gewalt gegen MigrantInnen und Flüchtlinge

IM WESTEN NICHTS NEUES? DIE REALITÄT SIEHT ANDERS AUS...

9. September 1989

50 Skinheads und Neonazis greifen eine antifaschistische Kundgebung auf dem Paradeplatz in Mannheim an. Sie wurden von Mitgliedern der NPD, DVU und Republikanern mit Freikarten für ein Fußballspiel für diesen Überfall angeworben.

5. Oktober 1989

Vier politisch engagierte Leute werden auf dem Heimweg vor der Kneipe "Crazy Corner", Ecke Berlinerstraße/Jägerstraße von mehreren Skinheads mit "Sieg Heil" und "Rotfront verrecke"-Rufen angepöbelt, zusammengeschlagen und mit Schlagringen verletzt.

5. Oktober 1989

Eine Gruppe von ca 10 Skinheads überfallen Besucher vor der Diskothek "LOFT". Mehrere der Gäste müssen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Angestellten dieser Disco werden die Reifen zerstochen.

7. Oktober 1989

Auf dem Nachhauseweg aus einer Ludwigshafener Gaststätte werden drei Personen von Gästen des "Crazy Corners" überfallen. Zu Siebt treten und schlagen sie auf die Opfer ein. Starke Prellungen, Platzwunden und eine gebrochene Rippe sind die Folgen davon.

20. Oktober 1989

Auf nächtlicher Straße wird einem Besucher des "Old Vienna" in Mannheim eine Bierflasche im Gesicht zerschlagen. Er erleidet schwere Schnittverletzungen. Einer der drei oder vier Täter trug eine Jacke mit der Aufschrift "Es lebe der Faschismus".

21. Oktober 1989

Nach einem Reage-Konzert wird ein Besucher in der Nähe des Haus der Jugend in Ludwigshafen von zwei Rechtsradikalen angegriffen. Die Kopfverletzungen sind so stark, daß er im Krankenhaus operiert werden muß und ihm eine Metallplatte eingesetzt werden muß.

Regelmäßig werden die im HdJ stattfindenden Punk-Konzerte gestört. Besucher werden von rechten Skins brutal zusammengeschlagen, bis die Polizei eintrifft ist alles gelaufen.

zu 2. Chronologie der Ausschreitungen

MANNHEIM

Seite 22

MORGEN

Freitag, 5. Juni 1992 / Nr. 129

Im Brennpunkt:

Den Schwarzen Peter weitergeben

Schönauer Vereinsvorsitzende nahmen zu den Vorfällen Stellung

Auf die vielen Pokale ihres Ring- und Stemmclubs, die im Siedlerheim hinter Glas glänzen, sind sie stolz wie überhaupt auf ihr reges Vereinsleben, den Chor und das „Forum Brunnen“, auf das viele Grün und die hübschen Neubauten im Vorort.

Das ist doch was, da wurden doch Werte geschaffen. Ihre Welt wollen sich die Schönauer jetzt nicht von Randalierern und Krawallmachern kaputt machen lassen: „Wir kämpfen und arbeiten dafür!“ protestierte nun August Mehl, erster Vorsitzender der Interessengemeinschaft von 26 Schönauer Vereinen.

Mit Betroffenheitsmienen saßen sie in ihrem Siedlerheim und entsagten wegen der traurigen Vorfälle pietätvoll dem Genuß von Alkohol. Die Vereinsvorsitzenden wollten der Presse Rede und Antwort stehen und haben selbst noch keine Antwort auf die Fragen, die sich vor der Gendarmeriekaserne stellen.

Man wolle doch nur Ruhe und Frieden haben und habe ja überhaupt nichts gegen Ausländer: „Wir gehen beim Türken einkaufen, beim Griechen essen und lassen beim Italiener die Haare schneiden!“ Und nun stehen sie plötzlich da, als häßliche Schönauer und wissen nicht, wie ihnen geschieht.

„Aufs Schärfste“ verurteilte August Mehl denn auch die Gewalttäter, die den

Zoff anzetteln, und distanziert sich von allen, „die Haß und Gewalt gegen Ausländer säen“.

Aber dann müsse ja auch mal gesagt werden, daß die Bonner viel Mist gebaut hätten mit ihrer schrankenlosen Asylpolitik. 35 644 Flüchtlinge allein im Mai – „wo soll dies noch hinführen?“ fragt Mehl und erahnt die Richtung. Der Bürger erwarte Lösungen, wenn nichts geschähe, „dann stehen vielleicht bald nur noch die Mauern der Gendarmerie-Kaserne“.

Es folgt ein Sachstandsbericht von Polizei-Revierführer Beutel, ein Orakel, daß es die nächsten Monate so brisant weitergehen werde, von Bezirksbeirat Uwe Mauch, Schuldzuweisungen an die Medien, die alles auch noch aufgebauscht und verfälscht hätten, Erklärungsmodelle nach dem Strickmuster „wenn der Krawall-Bazillus mal drin ist“ – und auch Vorwürfe an die Verwaltung, die hätte wissen müssen, was sie tut. Allen Warnungen zum Trotz setzte sie in diesen Stadtteil, an diese Ecke eine Landesunterkunft, das habe nicht gutgehen können. Und außerdem: Familien einzuquartieren hatten Stadt und Land hoch und heilig versprochen. Nun ist die Kaserne aber hauptsächlich mit jungen alleinstehenden Männern belegt.

Doch auch Konstruktives brachten die Schönauer ein, suchten nach Möglichkeiten, die Spannungen zu entkrampfen.

Wobei insbesondere die Pfarrer Horst Rückemann und Matthias Schippke an die positiven Gefühle appellierten und an die Herzensbildung („Die Fähigkeit dazu ist da“). Brücken zu bauen, zum Beispiel zwischen Kaserne und Kerschensteiner-schule, schlug Uwe Mauch als einen ersten Schritt vor. Damit auch die Jungen verstünden, daß keiner umsonst seine Heimat und sein Haus verlasse. räu

In der „Nahaufnahme“ geht Kurpfalz-Radio heute auf den Streit um die Asylantenunterkunft in der Gendarmerie-Kaserne Schönau um 10.05 Uhr ein. Im Saal der evangelischen Stephanus-Gemeinde diskutieren Anwohner, Betreuer der Asylbewerber, Oberbürgermeister Gerhard Widder, Vertreter von Kirchen und Polizei die aktuelle Lage. Dabei suchen sie nach Möglichkeiten, wie das friedliche Zusammenleben wieder gewährleistet sein kann und wie man Krawallmacher isolieren könnte. Die Sendung wird auf UKW 104,1 MHz live ausgestrahlt.



Nur den Fasnachtsprinzessinnen hoch droben an der Wand des Schönauer Siedlerheims ist das Lächeln noch nicht vergangen: Krisensitzung der Kultur- und Interessengemeinschaft. Bild: Neusch

Probleme en bloc und im Detail

Sozialdaten zum Stadtteil / Arbeitervorort mit wunden Punkten

Siedlerfleiß in Reih und Glied, Schaffen, Sparen, Eigenheim bauen und Garten pflegen, dafür ist ein Teil der Schönauer bekannt. Der andere, im nördlichen Bereich jenseits der Lilienthalstraße steht gerade und grau für Probleme.

Hier konzentriert sich in trostlosen GBG-Betonblocks aus den 50er und 60er Jahren Jugendarbeitslosigkeit. Hier hängen sie rum, die vielen Kids ohne Schulabschluß und sind schnell drin im Drogenele und Alkoholsumpf.

Ein Vorort der Gegensätze. Für viele der 14 384 Bewohner (Stand 30. April 92) immer noch ihr lebens- und liebenswerter Arbeitervorort, den sie auch gerne mit 2721 ausländischen Mitbürgern (17 Prozent) teilen. Für die anderen aber auch das Ghetto, wo sich die totale Perspektivlosigkeit eingemietet hat. In den Billigblocks zwischen Marienburger- und Tilsiter Straße wohnt Tristesse Tür an Tür mit Aggression, totaler Niedergeschlagenheit und jener Hau-Drauf-Mentalität, die nun unheilvoll zuschlug. Ein sozial stark belastetes Wohnquartier, das weiß auch das Sozialamt nicht erst seit den Krawallen rund um die Asylbewerber-Kaserne.

Wie in anderen Brennpunkten liegen die Sozialhilfezahlen auf der Schönauer weit überm Mannheimer Durchschnitt. 1800 Personen beziehen dort draußen am Rande der Stadt Stütze, das sind 1000 Familien und Singles, die als Fälle registriert sind. Zehn Prozent aller Schönauer leben also von der Fürsorge, in Mannheim sind's durchschnittlich nur vier Prozent. Schlußlichter sind die Nordlichter was das Bildungsniveau anlangt. Viele brechen ihre Schulkarriere vorzeitig ab, nur ganz wenige schaffen den Hochsprung zur Uni: Der Akademikeranteil erreicht in Schönauer Nord mit 1,6 Prozent den absoluten Tiefstand von Mannheim (dicht gefolgt von der Hochstätt, die mit 1,7 Prozent Platz zwei belegt). Zum Vergleich: Im Villenviertel Oststadt Nord haben 25,1 Prozent der Bewohner mit Uni-Abschluß von Anfang an die besseren Karten. Mit Schwierigkeiten aller Art müssen sich die Jungs und Mädchen von den Blocks von Kindesbeinen an herumschlagen. Im Sozialatlas des Stadtjugendamtes belegt das Viertel jedenfalls einen negativen Rang zwei hinter dem sozialen Brennpunkt Hochstätt. Was die Jugendstraffälligkeit betrifft, sind die Schönauer sogar führend: Von 1000 Teenagern zwischen 14 und 20 Jahren standen im Jahr 1985 58 vor Ge-

richt. Mal weil sie ein paar totchice Turnschuhe geklaut hatten, mal wegen eines Bruchs, allzu viele mußten aber auch wegen Drogendelikten vor den Kadi. Jedes Kind dort draußen weiß, wo die harten Sachen gedealt werden, etliche hängen an der Nadel, einige müssen daran sterben, das tödliche Thema beschäftigte Verwaltung und Politiker bereits in nicht-öffentlichen Sondersitzungen.

In diesem rauhen Klima halten Familienbande oft nicht so viel aus wie anderswo, Bindungen werden erst gar nicht eingegangen oder schnell wieder gelöst und so muß denn das Jugendamt hier die meisten Amtspflegeschaften und -vormundschaften für den Nachwuchs unverheirateter Mütter übernehmen. Von 1000 Kindern im Stadtteil unter 18 Jahren trägt bei 207 Buben und Mädchen das Amt mit an der Verantwortung.

Bei den Landtagswahlen vom April schnitten die Sozialdemokraten in der traditionellen SPD Hochburg Schönauer mit 48,3 Prozent immer noch vergleichsweise gut ab. Aber daß Unzufriedenheit mit den großen Volksparteien dort draußen nagt, ließ sich am Anteil der Republikanerwähler ablesen. 16,6 Prozent der Schönauer gaben den rechten Repts ihre Stimme.

Schönauer-Krawalle bleiben ohne strafrechtliche Folgen

„Angetrunkene, aufgebrachte Bürger“ sollten nicht kriminalisiert werden / 25. 3. 92

Gegen die Schönauer, die am 28. Mai 1992 vor dem Asylbewerberheim aufmarschiert waren und die dort lebenden Menschen massiv bedroht hatte, hat es keine Strafverfahren gegeben. Es habe sich nicht um Gewalttäter, sondern um „angetrunkene aufgebrachte Bürger“ gehandelt, betonte Polizeipressesprecher Volker Dressler vor der Presse.

Eingeladen hatten Polizei und Staatsanwaltschaft als Reaktion auf eine Anfrage des Flüchtlingskreises Mannheim, der von der Anklagebehörde wissen wollte, inwieweit die damals festgenommenen Personen strafrechtlich verfolgt wurden.

Staatsanwalt Hans-Heiko Klein, der die Ermittlungen im Zusammenhang mit den „Schönauer Krawallen“ geleitet hatte, hatte eine ausführliche Stellungnahme zugesagt. Polizei und Staatsanwaltschaft baten nun gemeinsam zu einem Pressegespräch. Die Anklagebehörde war dabei vertreten durch ihren Pressesprecher, Oberstaatsanwalt Franz-Josef Denz, der mit Dressler in allen Punkten übereinstimmte.

Zur Erinnerung: Nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen hatte Oberbürgermeister Gerhard Widder Solidaritätskundgebungen der Mannheimer Gruppe „Pro Asyl“ und angereicherter Sympathisanten verboten. Am 6. Juni kam es in der Innenstadt zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten, teilweise aus der linken Autonomenszene, und der Poli-

zei. An diesem Tag und eine Woche später nahmen die Ordnungshüter nahezu 300 Demonstranten und „potentielle Gewalttäter“ fest. Gegen 48 von ihnen wurden Strafverfahren wegen Vergehen gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Die Prozesse endeten vor dem Amtsgericht teilweise mit Freisprüchen und Einstellungen, teils mit Verurteilungen zu Geldstrafen.

Wie Volker Dressler auf der Pressekonferenz mitteilte, wurden gegen die Initiatoren der Krawalle, jene ausländerfeindlichen Schönauer, keine Strafverfahren in Gang gesetzt. Bei ihnen habe es sich um betrunkene, aber nicht gewalttätige Bürger gehandelt, die man nicht habe „kriminalisieren“ wollen. Durch den Einsatz der Polizei seien Übergriffe auf die Heimbewohner verhindert worden. Es sei niemand zu Schaden gekommen. 27 Provokateure und Aufwiegler habe man lediglich nach Polizeirecht aus Sicherheitsgründen in Gewahrsam genommen. Auf Anzeigeerstattung habe man verzichtet, so Dressler.

Deshalb habe es auch keine Protokolle und keine Zeugenvernehmungen gegeben. Die Staatsanwaltschaft habe einen Ergebnisbericht erhalten. Das Polizeirecht gebiete, die Daten von in Gewahrsam genommenen Personen nach einer gewissen Zeit zu vernichten, was inzwischen geschehen sei. Der Staatsanwaltschaft wurden die Unterlagen nicht übermittelt. Dressler verwahrte sich gegen den „versteckten Vorwurf“, die Polizei sei auf dem rechten Auge blind.

An Leib und Leben bedroht

Zum Thema: Schönauer-Krawalle bleiben ohne strafrechtliche Folgen 9./10. 4. 92

Manchmal bin ich nicht sicher, ob das Gelesene Verwunderung oder Fassungslosigkeit bei mir auslöst. Diesen Bericht über das Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden kann man jedoch nicht unkommentiert stehen lassen.

Am 28. Mai 1992 bedroht ein aufgebrachter Mob vor dem Asylbewerberheim im Stadtteil Schönauer Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, um vor Gewalt und Verfolgung in ihrer Heimat zu flüchten. Im Bericht damals hieß es: „Durch den Einsatz der Polizei seien Übergriffe auf Heimbewohner verhindert worden.“

Nun erklärt uns der Sprecher der Strafverfolgungsbehörde, es habe sich nicht um Gewalttäter gehandelt, sondern um angetrunkene Bürger. Sind Menschen, die andere an Leib und Leben bedrohen also

keine Gewalttäter? Und sind Bürger für ihr Handeln nicht verantwortlich? Die Polizei nahm sogar 27 dieser Bürger fest, da sie im Verdacht standen, die Menge aufzuwiegeln, also die Situation noch zu verschärfen. Wenn ein Bürger seinen Nachbarn bedroht oder beleidigt, muß er ja auch mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen.

Mit solchen Entscheidungen, derartige Straftaten nicht zu verfolgen, werden alle, die Lichterketten veranstalten und um Aufklärung und Versöhnung mit ausländischen Mitbürgern bemüht sind, um die Früchte ihrer Arbeit gebracht, da Straffreiheit in diesem Fall zur Nachahmung geradezu ermuntert.

Wenn Staatsanwaltschaft und Polizei den Angriff auf ein Asylbewerberheim nicht als verfolgungswürdige Straftat bezeichnen, als was sehen sie es dann?

Daniel Ayasse

Rassismusgegner von Mannheimer Staatsanwaltschaft und Richter kriminalisiert - WIR PROTESTIEREN!

Am frühen Morgen des 2. April fand bei einem Mannheimer Gewerkschafter, der sich gegen den zunehmenden Rassismus in Deutschland engagiert, eine Hausdurchsuchung statt, anschließend wurde eine erkennungsdienstliche Behandlung vorgenommen (Photos, Fingerabdrücke). Der Vorwurf: Sachbeschädigung. Laut Durchsuchungsbefehl wollte man Plakate sicherstellen, die sich gegen die Fremdenfeindlichkeit wenden ("Stoppt Rassismus!").

Wir werten diese Aktion der Justiz als einen dreisten Anschlag, einen Einschüchterungsversuch, gerichtet gegen alle, die sich für das uneingeschränkte Recht auf Asyl einsetzen.

Grundsätzlicher: Dies empört uns umso mehr, als es in der jüngsten Zeit auch in Mannheim zu Angriffen auf ausländische Mitmenschen gekommen ist.

Selbst eine angebliche Sachbeschädigung rechtsextremistischer Plakate durch Überkleben würde unseres Erachtens nicht rechtfertigen, dafür das wesentlich höher einzustufende Recht auf die Unversehrtheit der Wohnung zu verletzen. Wir fragen: Wie will die Mannheimer Staatsanwaltschaft und Richter Bauer es begründen, mit dem vagen Vorwurf einer Sachbeschädigung einen Durchsuchungsbefehl auszustellen?

Wir fragen weiter: Wäre es in einer Stadt wie Mannheim, die stolz ist auf antifaschistische Traditionen, nicht wichtiger, jene zu belangen, die offensichtlich unbehelligt mit Plakaten wie "Asylbetrüger raus!" und ähnlichem Volksverhetzung betreiben, statt Menschen, die sich gegen diese Hetze wenden, zu kriminalisieren?

Wir erwarten, daß die in Mannheim politisch Verantwortlichen schnell Stellung nehmen zu diesem ungeheuerlichen Vorgehen der Justizbehörden und öffentlich diesem Vorgehen Einhalt gebieten!

Wir fordern die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens!



Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen auf der Schönau: die Landesunterkunft für Asylbewerber in der Lilienthalstraße. Bild: Keese

„Schnell weit weg von Mannheim“

In der Gendarmeriekaserne grassiert die Angst

Mengi Masala ist noch einmal davongekommen: In Zaire entwischte er Mobutus Mordbuben in letzter Sekunde. Der 30jährige Afrikaner aus Kinshasa ließ die Familie zurück und flüchtete nach Deutschland. Er landete in der Gendarmeriekaserne auf der Schönau. Dort sitzt er nun, ist zur Untätigkeit verdammt und wartet, ob sein Asylgesuch Erfolg haben wird. Zum Frust gesellt sich neuerdings die Furcht vor den Deutschen.

Wie Masala ergeht es etwa 200 weiteren Ausländern, ein Viertel davon sind Kinder, aus etwa 20 Ländern der Erde: Seitdem wildgewordene junge Deutsche in der Lilienthalstraße gegen die Asylbewerber demonstrierten und handgreiflich zu werden drohten, grassiert in den Behelfsunterkünften die Angst.

Heimleiter Manfred Benz räumt deprimiert ein: „Alle wollen schnell weg.“ Er steht vor einem Scherbenhaufen und versucht dennoch zu kitten, was längst in die Brüche gegangen ist: Das Vertrauen in „die Deutschen, in Deutschland als ein entwickeltes Land“, ist mit den unrühmlichen Ereignissen vor den Toren der Kaserne flöten gegangen. Nicht nur bei Mengi Masala, der allerdings im Gegensatz zur Mehrzahl der Asylbewerber, die am liebsten fluchtartig aus Mannheim ver-

schwinden möchten, schon froh wäre, wenn er wenigstens aus dem notdürftig verbarrakadierten Trakt der Kaserne ausziehen könnte.

Für die Sicherheit der Bewohner – in erster Linie Jugoslawen, Rumänen, Türken, verschiedene afrikanische Nationalitäten – wird aber gesorgt: Das Areal ist nachts bewacht. Und tagsüber ließen sich aufgebraachte Fremdenhasser bisher an der Kaserne nicht blicken. Dort sind die Ausländer mehr oder weniger auf sich gestellt, ihrer Tristesse überlassen, während Heimleiter Benz, ein Kollege und eine weibliche Bürokratie die Verwaltung der drei Blocks vom Mittelgebäude aus organisieren, von den Bewohnern und den wenigen Besuchern übrigens sorgfältig abgeschottet.

Mit 70 Mark Taschengeld pro Monat mogeln sich die Asylbewerber über die Runden. Benz: „Von diesem Geld müssen sie alle Extras bestreiten. Hygieneartikel ebenso wie Getränke oder Rauchwaren.“ Wer will, kann sich ab und zu ein paar Mark hinzuverdienen. Mit Reinigungsarbeiten in den Kasernen zum Beispiel, die von einer angeheuerteten Putzkolonne ganz offensichtlich nicht ausreichend bewältigt werden: Ein Gang über den Hof und durch die Treppenhäuser der drei Blocks offenbart erhebliche hygienische Defizite.

Auch wenn es auf den Gängen stellenweise ätzend riecht, ist Heimleiter Benz mit dem Allgemeinzustand der sanitären Anlagen in der Landesunterkunft zufrieden: Auf den Stockwerken seien genügend

WCs und Duschen vorhanden. Ausreichend und gut sei auch das Essen: Es wird von einem Heilbronner Menü-Service geliefert. Morgens und abends kalt, mittags gibt es für jeden eine warme Mahlzeit aus der Großküche. Essen allein ist freilich nicht das, was Kinder brauchen: Die hätten ihre helle Freude an Spielsachen. Benz wäre für ein paar Spenden aus der Bevölkerung dankbar: „Spielsachen fehlen uns sehr.“

Erste zaghafte Reaktionen der hilfsbereiten, mitfühlenden „schweigenden Mehrheit der Deutschen“ hat Benz schon wahrgenommen. Es meldeten sich schon verschiedentlich Mannheimer Frauen und Männer, die ihre Hilfe anboten, um den Asylbewerbern das nervtötende Warten zu erleichtern. Ansonsten freilich, gesteht Benz, „daß ich mich für meine deutschen Landsleute geschämt und entschuldigt habe“. Die Ereignisse der letzten Tage „haben hier viele gar nicht verstanden“. Die Menschen seien jetzt „verängstigt und verschreckt“.

Jivcovic Safet zum Beispiel, ein 30jähriger Jugoslawe aus dem Kosovo, der ein großes Zimmer mit seiner jungen Frau, Geschwistern und der Oma teilt, hat die Nase voll: Er will mit den Seinen „schnell weit weg von Mannheim“. Die Familie kam zu siebt in Deutschland an, mittlerweile zählt sie acht Personen: Als jüngstes Mitglied gesellte sich vor wenigen Tagen Safets Tochter Kristina hinzu, die in Mannheim das Licht der Welt erblickte.

11.6.92

saw

Antifaschisten werden kriminalisiert

MM 23/6/92

Zum Thema: Verbotene Demonstration

Es scheint immer mehr an der Tagesordnung, daß Menschen, die ihre Meinung öffentlich kundtun möchten, mit Gewalt daran gehindert werden. Tragen diese Menschen dann noch schwarze Kleidung, werden sie sofort als „Terrorchaoten“ bezeichnet und als solche gejagt.

Trotz von der Stadt Mannheim erlassenen Demonstrationsverbot war es für die Antifaschisten, die sich am 6. Juni auf dem Paradeplatz in Mannheim versammelten, wichtig, ihre Solidarität gegenüber den Flüchtlingen in Mannheim-Schönau öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Die Kundgebung verlief friedlich und ohne Aggressivität, bis dann die Polizei nach Ablauf eines fünfminütigen Ultimatums zum Angriff überging und diesen mit Brutalität ausführte. Liest und hört man dagegen die Berichterstattungen über den sogenannten „heißen Samstag“, so könnte man meinen, daß es wieder einmal die „linken Chaoten“ waren, die die Randalen suchten. Die zunehmend rigide Vorgehensweise der Polizei sowie die Berichterstattungen in den Medien lassen unschwer erkennen, daß der antifaschistische Widerstand, der die Opfer, d. h. Flüchtlinge und Asylsuchende, vor weiteren rassistischen Übergriffen schützen möchte, zunehmend kriminalisiert wird und die Rolle des Täters auferlegt bekommen soll.
Susanne Ritter, Hemsbach

Brandanschlag auf Asylheim

Niemand verletzt / Geringer Sachschaden

KaFo 24.9.97

Von einer schweren versuchten Brandstiftung geht die Polizei nach einem Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in der Lilienthalstraße in der Nacht zum Montag aus. Dabei wurde zum Glück niemand verletzt.

Die meisten Asylbewerber dürften den gegen sie gerichteten Anschlag kaum bemerkt haben. Sie schliefen, als etwa gegen 2.20 Uhr unbekannte Täter einen vermutlich mit Kraftstoff getränkten Fahrradreifen anzündeten und von der Lilienthalstraße aus über den rund drei Meter hohen Zaun vor das Verwaltungshaus des Gebäudekomplexes warfen. Der Brandsatz fiel in den Schacht eines Kellerfensters.

Ein Wachmann bemerkte den Feuerschein. Zunächst vermutete er einen Kurz-

schluß an einem Scheinwerfer. Als er nachschaute, stellte er den Brand fest. Mit zwei Eimern Wasser löschte er das Feuer, bevor es einen größeren Schaden anrichten konnte. Gestern kündete nur eine rußgeschwärzte Stelle an der Mauer von der Tat.

Das war allerdings vorläufig die einzige Spur, die die Täter hinterlassen haben. Aufgrund von Hinweisen auf einen in der Kattowitzer Zeile zu dem Zeitpunkt fahrenden Pkw vermutet die Polizei, daß die Brandstifter mit einem Fahrzeug flüchteten. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Vor vier Monaten mußte die Polizei mit starken Kräften die Bewohner des Heimes vor gewalttätigen Jugendlichen schützen. Seitdem steht es wie auch andere Heime in der Stadt unter ständiger Beobachtung.

Politiker waren gewarnt

MM 23/6/92

Zum Bericht „Brennpunkt Schönau“

Wir können den Schwarzen Peter gar nicht weitergeben, weil wir ihn in der Asylfrage noch nie gehabt haben. Alle Schönauer Kommunalpolitiker und alle Schönauer Parteien sowie viele besorgte Bürger haben in einer Bürgerversammlung – in Anwesenheit des stellvertretenden Regierungspräsidenten Dr. Scheurer – und lange vor der Umfunktionierung der Gendarmeriekaserne in eine Sammelunterkunft vor möglichen Konfrontationen gewarnt. Der massive Druck von allen Seiten wurde jedoch ignoriert.

Daß viele Schönauer die Konfrontation vorhergesehen haben, beweist auch meine Rede am 1. Mai über das Asylproblem, die wie folgt lautete:

Die Politiker reden gerne von Bürgernähe, ihre Asylantragspolitik ist bürgerfern. Seit Monaten streiten sie über CDU-, CSU-, FDP- oder SPD-Lösungen. Der Bürger wartet aber nicht auf irgendeine Parteilösung, sondern auf eine Lösung des Problems. Wir brauchen eine Drosselung des Asylantragsstroms und eine effektive Abschiebung derer, die keine Asylanträge sind. Geschieht nichts, dann gibt's neue Krawalle, die niemand wünschen kann und unserem Ruf im Ausland schaden. Mitschuldig daran wären dann die, die geschworen haben, unser Land vor Schaden zu bewahren.

August Mehl, 1. Vorsitzender Kultur- und Interessengemeinschaft Mannheim-Schönau e. V.

Gegen Gewalt und Fremdenhaß

Richter und Staatsanwälte vor der Gendarmerie-Kaserne

Die Gendarmerie-Kaserne auf der Schönau ist durch die Krawalle vom Mai dieses Jahres bis über die Grenzen Mannheims bekannt geworden. Mit einer Mahnwache wollten 40 Richter und Staatsanwälte aus dem Raum Mannheim, Ludwigshafen, Darmstadt, Heidelberg und der Pfalz ein Zeichen setzen. Ein Zeichen gegen die aufkommende Gewaltbereitschaft und für die friedliche Lösung des Asyl-Problems.

„Worte öffnen Fäuste“, betonte Klaus Hennemann, Richter am Arbeitsgericht Heidelberg. „Es kann nicht angehen“, so

- ANZEIGE -

Zum 1. Advent stillvoll schmücken mit



Cheliusstr. 15 · Tel. 06 21 / 33 10 99

Hennemann, „daß mit klammheimlicher Freude zugehört wird, wie die Gewalt entsteht und geschürt wird.“ Deshalb habe sich der „alternative Juristentag“ in Biberach vor vier Wochen für diese Aktion entschieden. 200 Richter und Staatsanwälte hatten in ihrem „Richter-Ratschlag“ be-

schlossen, am Buß- und Bettag ein humanitäres Zeichen zu setzen. „Wir dürfen nicht wegschauen, wenn die Kinder und Enkel die Fehler ihrer Eltern wiederholen“, so der Richter. „Richten heißt auch Frieden stiften.“ Und vor dem Hintergrund der Nazi-Vergangenheit dürfe sich auch ein Richter nicht aus der Verantwortung ziehen.

Einer, der sich nicht heraushält, ist auch Pastoralreferent Hermann Rütermann. Im Mai dieses Jahres gründete er den „Flüchtlingskreis Schönau“, der sich, in Wort und Tat, der Asylbewerber in der Gendarmerie-Kaserne annimmt. Gemeinsam mit einer Gruppe von Richtern und Journalisten besuchte er noch am selben Vormittag eine Flüchtlingsfamilie in der Sammelunterkunft. Ein Tisch, Stockbetten, ein paar Stühle und ein Kühlschrank. Neun Personen, davon sieben Kinder, leben seit zwei Monaten dicht zusammengepfercht in der kargen Unterkunft. „Als christliche Kurden“, wie Rütermann erklärte, „waren sie in ihrer Heimatstadt im Süd-Osten der Türkei gleich doppelt verfolgt.“ Seit sie in Mannheim sind, haben sie wieder Angst. Rütermann sieht das Versagen auch von offizieller Seite. „Es wurde nie um Verständnis für diese Menschen geworben.“ 210 Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei und aus Algerien leben zur Zeit in dem Übergangslager.

Ein monatliches Treffen mit Bewohnern aus dem Stadtteil soll die Grenzen überwinden helfen. Gegen eine weitere Belegung des Asylbewerberheims spricht sich der Pastoralreferent aus. „Eine Überbelegung sorgt für neuen sozialen Spreng-

Demo-Verbot war rechtens

VGH billigt Beschluß nach Schönau-Krawallen

Ein knappes Jahr nach den Vorfällen um das Asylbewerberheim auf der Schönau hat die Stadt Mannheim vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) Recht bekommen: Danach durfte eine für den 13. Juni angekündigte Pro-Asyl-Demonstration verboten werden.

In seinem gestern veröffentlichten Beschluß betont der Mannheimer VGH, daß eine Demonstration trotz friedlicher Absichten der Veranstalter untersagt werden darf, wenn erhebliche Ausschreitungen gewaltbereiter Gruppen drohen. Bei dieser Einschätzung in bezug auf Mannheim stützt sich der 1. Senat auf die Vorfälle Ende Mai/Anfang Juni 1992 sowie auf Erkenntnisse der Polizei.

Blenden wir zurück: Seit dem 26. Mai war das Asylbewerberheim Schönau – zeitweise unter Einsatz von Gewalt – Treffpunkt unangemeldeter Versammlungen von Demonstranten, die teils gegen, teils für Asylbewerber Stimmung machten. In der Nacht vom 2. auf 3. Juni gerieten diese Meinungskundgebungen außer Kon-

trolle, ein Polizist wurde verletzt. Nach Erkenntnissen der Polizei mischte unter den Asyl-Befürwortern eine Gruppe extrem gewaltbereiter Personen aus Frankfurt mit, die zum Teil Waffen und Schlagwerkzeuge mit sich führte: Funkgeräte ließen auf einen hohen Organisationsgrad schließen.

Eine für den 6. Juni geplante Demo wurde verboten, am Tag darauf kam es am Paradeplatz zu schweren Ausschreitungen mit mehreren Verletzten.

Im Vorfeld der für den 13. Juni geplanten Demonstration wurde der Polizei bekannt, daß mit dem Anmarsch linksextremistischer Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet zu rechnen war. Daraufhin griff die Stadt zum Äußersten – die Demo wurde ebenfalls verboten. Völlig zu Recht, meint der VGH. Angesichts der Gefahrenprognose dürften Ordnungsamt sowie OB Widder davon ausgehen, „weder durch die Erteilung von Auflagen noch durch sonstige polizeiliche Maßnahmen die zu erwartenden Gewalttätigkeiten effektiv verhindern“ zu können. Bei der großen Zahl von Teilnehmern hätten auch Straßenkontrollen keine Sicherheit gebracht. Daher sei das „vorbeugende Verbot als ultima ratio“ nicht zu beanstanden (Az. 1 S 118/93).



Mahnwache vor der Unterkunft für Asylbewerber.

Bild: Hund

MANNHEIM

Seite 16

Anregungen und Beschwerden

Hetzjagd

Zum Thema: Polizeieinsatz bei der Demo

Als Teilnehmer an der Demonstration in der Mannheimer Innenstadt bin ich empört über Ihre Berichterstattung, insbesondere aber über den Kommentar von Herrn Heilmann. Ich möchte vorwegschicken, daß ich weder ein bewaffneter „Demo-Profi“ noch der „Randale“ wegen nach Mannheim gekommen bin, sondern vielmehr meiner Besorgnis über die Ereignisse auf der Schönau Ausdruck verleihen wollte, eine, wie ich meine, durchaus legitime Motivation, die ich im übrigen mit den anderen Teilnehmern gemeinsam hatte.

Herr Heilmann war offensichtlich nicht in der Innenstadt zugegen, sonst würde er nicht von einem „liberalen Staat“ sprechen, dessen „Freizügigkeit“ mißbraucht worden sei. Denn was dort stattfand, hatte mit diesen Prinzipien nichts zu tun, es war eine brutale Hetzjagd auf sich fried-

lich verhaltende Menschen, deren Mißbrauch der Freizügigkeit darin bestand, sich entgegen eines aus ihrer Sicht unhaltbaren Demonstrationsverbotes auf dem Paradeplatz zu versammeln, um gegen rassistisch motivierte Übergriffe zu protestieren.

Falsch und daher unhaltbar ist in diesem Zusammenhang auch jede Darstellung, die behauptet, daß die Polizei sich veranlaßt sah, gegen die Teilnehmer vorzugehen, nachdem einige Fensterscheiben zu Bruch gegangen waren. Tatsache ist, daß die erste, alles in Gang setzende Aggression allein von der Polizei ausging, von den Versammelten ging keinerlei Provokation aus, es wurde auch, wie in vielen Berichten unterstellt wird, keine Konfrontation mit der Polizei erwünscht. Hierauf wurde die Einsatzleitung der Polizei im übrigen von den Demonstrierenden per Megaphon hingewiesen.

Man muß es ganz deutlich sagen: Es ging der Polizei nicht darum, Gewalttaten zu verhindern oder Gewalttäter zu fassen, ihr Vorgehen war im Gegenteil von vornherein auf Eskalation und Gewaltanwendung ausgerichtet, um die Teilnehmer zu provozieren, zu demoralisieren und zu kriminalisieren. Es wurde wahllos auf Frauen und Männer, zum Teil auch auf Passanten und Beobachter, eingedrückt, ebenso wahllos wurden Menschen unter Knüppelinsatz festgenommen, von einem gezielten Vorgehen kann keine Rede sein.

Wer dies anders darstellt, war entweder nicht dabei oder ihm geht die Rechtfertigung und der bedingungslose Schutz von Maßnahmen und Gewalt des Staates vor der körperlichen Unversehrtheit seiner engagierten und kritischen, aber friedlichen Bürger.

Sven Bogmann, Heidelberg

Lehrstunde in Staatsbürgerkunde

Zur Berichterstattung über Ausschreitungen

Ich kann zwar zum Verlauf der Demonstration am 6. 6. 1992 nichts sagen, da ich nicht dabei war, aber zwei Punkte sind mir im nachhinein aufgefallen, die mir zu denken geben. Zum einen sprechen Sie in Ihrem Bericht von ca. 300 Demonstranten, die meisten in schwarzer Kluft und viele davon verummmt. Erstaunlicherweise ist auf keinem der Bilder ein schwarz gekleideter Demonstrant zu sehen, ganz zu schweigen von verummmten Demonstranten. Da stellte sich mir die erste Frage: Waren tatsächlich so viele Verummmt dabei oder haben die sich immer versteckt, wenn fotografiert wurde?

Zum zweiten soll der Anlaß für das Eingreifen der Polizei vor allem Steine werfende Demonstranten gewesen sein, wodurch mehrere Schaufensterscheiben zu Bruch gegangen seien. Ich war am nächsten Tag dort, von Sensationslust getrieben. Meine Enttäuschung war allerdings groß, da ich in der gesamten Fußgängerzone keine einzige kaputte Schaufensterscheibe entdecken konnte. Danach stellte sich mir die zweite Frage: Sind denn tatsächlich Schaufensterscheiben zu Bruch

gegangen oder haben die Mannheimer Glaser in Windeseile eine Feiertagschicht eingelegt?

Der Anlaß für meine Anwesenheit in den Quadraten am Samstagabend war die Befürchtung meines 13jährigen Sohnes, der an diesem Abend Thekendienst im JUZ hatte, daß selbiges an diesem Abend von Neonazis überfallen werden könnte. Entsprechende Gerüchte kursierten bereits die ganze vorhergehende Woche.

Als ich kurz nach 20 Uhr beim JUZ eintraf, war es bereits von starken Polizeikräften eingekesselt. Erst nach energischem Nachfragen meinerseits wurde mir erlaubt, meinen Sohn zu sprechen, der zu diesem Zeitpunkt zusammen mit ca. 40-50 anderen Jugendlichen im JUZ festgehalten wurde. Für diese Maßnahme gab es keinen Anlaß und vor allem keine Begründung von seiten der Polizei. Glücklicherweise wurde meinem Sohn erlaubt, das Gebäude zu verlassen. Andere minderjährige Jugendliche, die nicht an der Demonstration teilgenommen hatten, sondern sich nur wie jeden Samstag im JUZ getroffen hatten, wurden noch bis 22 Uhr festgehalten. Einige wurden sogar vor-

übergehend festgenommen und erst am nächsten Morgen freigelassen, ohne daß eine konkrete Anklage gegen sie erhoben wurde. Dieses Vorgehen erfüllt m. E. den Tatbestand der Freiheitsberaubung.

Als Ergebnis der gesamten Aktion kann sich die Polizei rühmen, mehrere Dutzend minderjährige Jugendliche verhaftet zu haben, die sich friedlich im JUZ getroffen hatten. Das Vorgehen der Polizei war mit Sicherheit eine sehr eindrucksvolle Lehrstunde in angewandter Staatsbürgerkunde, die die betroffenen Jugendlichen nicht so schnell vergessen werden. Es trug auch sicherlich dazu bei, bei ihnen das Vertrauen in diesen Staat und seine Organe zu stärken.

Als betroffener Elternteil finde ich das Vorgehen skandalös und will an dieser Stelle bemerken, daß m. E. die volle Verantwortung für die Vorfälle und deren Eskalation bei Herrn Widder und dem Einsatzleiter der Polizei Herrn Grentrop liegt. Die beiden Herren sollten sich über den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel in einer stillen Minute ein paar grundlegende Gedanken machen.

Klaus Schnepf

5. Presseberichte und Flugblätter zu 3. Solidarisierung und Repression

Probleme nicht unter den Tisch kehren

Ma Ma 28.5.92

Beirat will sich verstärkt um Asylbewerber in Gendarmerie-Kaserne kümmern

Friede, Freude, Eierkuchen – nichts davon auf der Schönau. Es gibt eine Drogenszene, es gibt dort draußen auch einen Alkoholsumpf und es gibt noch einen ganzen Rattenschwanz hausgemachter Probleme sowie seit fünf Monaten eine neue Schwierigkeit. Das Land hat eine Unterkunft für Asylbewerber in den Gendarmerie-Kasernen eingerichtet, dort kriselt's und kracht's zuweilen. Ein naturgegebenes Spannungsverhältnis zu den Schönauern hat sich entwickelt, aber kein gottgewolltes: CDU-Stadträtin Regina Trösch, im Glauben fest und voll guten Mutes, will zwischen den Fronten vermitteln.

Als Vorsitzende des Beirates, der die Interessen von Kasernenbewohnern und Stadtteilern ausgleichen will, hat sie nicht die Absicht, die Konflikte unter den Teppich zu kehren. Trösch will alles, was sich an Ärger, Verstimmung und Zorn aufgestaut hat, offen auf den Tisch bringen. Demnächst sollen die Anwohner im Umfeld der Gendarmerie-Kasernen auf einer Bürgerversammlung ihrem Herzen Luft machen.

Und rund um den Kasernenhof hat sich bei manchen Schönauern Aggression angesammelt. Lärm in der Nacht, Trinkgela-

ge auf dem Spielplatz, da wird auch noch zu später Stunde so manche Flasche auf dem Hof der Kerschstein-Grundschule geköpft, und die leere Bottle zerschellt anschließend in scharfe Tretminen. Munition für all jene, die gegen die Gendarmerie-Leute sowieso schon Groll hegen...

Aber, so Regina Trösch, es gibt nicht nur den fremdenfeindlichen Schönauer, es gibt in ihrem „kleinen, mutigen Stadtteil“ auch Menschen vom herzlichen Schlag: Sie schleppten im kalten Januar, als die ersten Flüchtlinge einquartiert wurden, Säcke mit warmen Kleidern und Spielsachen für die Neuen an. Viele begannen, sich aktiv im Beirat zu engagieren, statt über die Zustände zu lamentieren: „Nun sind sie da, jetzt machen wir das Beste draus“, das ist denn auch die Richtung einer pragmatisch denkenden Stadtteilpolitikerin und ihrer Mitstreiter.

Aber weil mit schönen Reden allein das komplizierte Räderwerk des Miteinander nicht besser läuft, sucht der Beirat den direkten Draht zu denen, die da zum Faulenzen verurteilt sind. Denn das Landeslager (gegenwärtig leben dort 215 Leute aus 20 Nationen, hauptsächlich aus dem Ostblock und aus Afrika) ist nur Durchlaufstation, hier bleiben die Neuankömmlinge, bis sie an die Kommunen weitergereicht werden können. Und die Mehrzahl der Transitbewohner, so wissen Regina Trösch und Heimleiter Benz, stehen unter Angststreß, einige kurz vor dem nervlichen Zusammenbruch. In letzter Zeit

mußte Benz drei Männer nach Wiesloch einweisen lassen. Einer war kollabiert, als ihn die Nachricht vom gewaltsamen Tod seines Bruders erreichte.

Keiner war da, der ihn auffangen konnte. Die Betreuungssituation ist noch immer nicht geregelt, da die Liga der freien Wohlfahrtsverbände und das Land wegen der Finanzierung im Clinch liegen. Einstweilen, bis die Kostenseite geregelt ist, macht ein Helfer vom Caritasverband so gut es eben geht Notdienst im Landeslager.

Ein kurzer Aufenthalt, viele bleiben nur einige Tage, kaum Zeit zum Kennenlernen, geschweige denn, die Neuankömmlinge zu integrieren. Aber immerhin Gelegenheit, ihnen vielleicht ein bißchen Abwechslung zu bieten. Eine Fahrradschmiede, wo alte Drahtesel auf Vordermann gebracht werden, will der Beirat jetzt im Kasernengelände einrichten. Ein Kinderspielplatz wäre sicherlich kein übertriebener Luxus. Auch der Aufenthaltsraum sollte mit alten Couchgarnituren wohnlich bestückt werden, meint Regina Trösch, damit die Leute nicht aus dem Haus auf die Straße getrieben werden. Dies und das anzuleiern, ein bißchen Beschäftigung ins tatenlos-graue Leben auf der Wartebank bringen, dann könnte das Zusammenleben fast glatt funktionieren, glaubt der Beirat. Freilich nie ganz reibungslos, denn bei Deutschen wie bei Ausländern, überall gebe es halt „solche und solche“.

räu

Die Parteien schalten sich ein

SPD und Grüne reagieren auf die Unruhen in Schönau

Die SPD-Stadträte Max Nagel und Peter Kurz waren gestern zum wiederholten Mal auf der Schönau, um sich vor Ort über die Lage vor der Asylunterkunft zu informieren. Frieder Brender und Yvette Bödecker (beide Grüne) sind ebenfalls mehrfach im Stadtteil gewesen, und Regina Trösch (CDU) ist als Vorsitzende des Beirates für das Heim im Dauereinsatz, um zu vermitteln.

Die Parteien reagieren auf die Unruhen, die seit Tagen um das Durchgangslager für Asylbewerber in der Gendarmerie-Kaserne auf der Schönau herrschen. Der SPD-Kreisverband äußert sich betroffen über die Übergriffe und fordert „alle demokratischen Kräfte“ auf, für den Schutz der ausländischen Einwohner einzutrete-

ten. Die Sozialdemokraten mahnen das Land, insbesondere das Regierungspräsidium in Karlsruhe an, die gegebenen Zusagen für die Landessammelunterkunft hinsichtlich der Ausstattung und der Belegung einzuhalten. Bei der Zuweisung sollten möglichst Familien berücksichtigt werden.

Der künftige Landtagsabgeordnete Nagel will den designierten SPD-Innenminister Frieder Birzele nach Mannheim einladen, damit vor Ort die Probleme der Kommune und der Polizei mit der Asylunterbringung besprochen werden können. Peter Kurz ergänzt: „Unabhängig von den aktuellen Ereignissen ist uns aber schon seit Monaten klar, daß wir uns um die sozialen Brennpunkte der Stadt intensiver kümmern müssen.“

Wie die Mannheimer SPD haben auch die Grünen einen Forderungskatalog an

das Regierungspräsidium in Karlsruhe geschickt. Yvette Bödecker in einem Brief an den Präsidenten, Dr. Karl Miltner: „Die Mannheimer Presse spricht mittlerweile – zu Recht – angesichts der zum Schutz der Flüchtlinge notwendigen Polizeipräsenz von einem belagerten Stadtteil.“ Es sei jetzt dringend geboten, die Bedingungen in der Landesunterkunft zu ändern. Maximal 100 Asylsuchende statt derzeit über 200 sollten dort untergebracht werden. Bödecker fordert, daß im Heim Kochgelegenheiten vorhanden sein müssen, damit sich die Bewohner selbst verpflegen können. Das sei bei kommunalen Unterkünften selbstverständlich. „Seit Anfang Januar leben Flüchtlinge in der Gendarmerie-Kaserne, die vom Land zugesagten zwei Stellen für die Sozialbetreuung sind jedoch immer noch nicht besetzt“, schreibt die Stadträtin an Miltner. tan



Gespannte Ruhe vor dem Asylbewerberheim in der Lilienthalstraße: Durch massiven Einsatz verhinderte die Polizei Gewalttätigkeiten von angereisten Störern. Bild: Neusch

Chaoten stören Verständigung

Gespräche in der Kirchengemeinde „Guter Hirte“

Bürger, „die helfen wollen“ und Asylbewerber aus ganz Mannheim hatten die Schönauer Kirchengemeinde „Guter Hirte“ am Mittwochabend zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen.

Nur ein paar Meter vom Asyl-Brennpunkt, der Landessammelunterkunft in der Grenadierstraße auf der Schönau entfernt, stand die Durchführung unter schlechten Vorzeichen.

Angesetzt und organisiert worden war die Veranstaltung schon lange vor den Auseinandersetzungen, weshalb Pastoralreferent Hermann Rütermann auch gleich zu Beginn sagte, diese Vorkommnisse würden nicht zum Diskussionsgegenstand werden: „Wir wollen mit den Asylbewer-

bern über deren Probleme reden und konkret Abhilfe schaffen.“ Trotzdem konnten sich auch in diesem Kreis einige Mitglieder der Autonomen Szene festsetzen, die sich auch prompt auf eine Konfrontation mit rechten Chaoten, die mittlerweile vor das Gemeindezentrum gezogen waren, einließen.

Nach ersten Gewalttätigkeiten auf der Straße versuchten die Autonomen, unter den Teilnehmern der Gesprächsrunde Ruhe zu schüren und damit diese versöhnliche Versammlung zu sprengen. Einer beinahe entstehenden Panik unter Asylanten und Schönauern konnte Rütermann erfolgreich entgegenwirken. Dennoch verhinderte nur das schnelle Benachrichtigen der Polizei ein erneutes Eskalieren der Situation. knl

Die armen Demonstranten . . .

23.6.92

Zum Thema: Polizeieinsatz

Als ich heute morgen den Artikel von Frau Dr. Köhler im „MM“ vom 17.6.92 las, kamen mir fast die Tränen, „die unschuldigen, zitternden Demonstranten und die gewalttätige, brutale Polizei“ – wirklich ein Bild zum Heulen.

Sehr geehrte Frau Dr. Köhler, haben diese Demonstranten eigentlich auch gezittert, als sie Schlag, Hieb- und Stichwaffen, Eispickel(!) und Steine in ihrem Auto verstaute, als sie mit dem festen Vorsatz aus ihren Wohnorten abfuhren, in Mannheim einen „Scherbenhaufen“ zu hinterlassen und Gewalt anzuwenden, wo immer sich die Möglichkeit zeigen würde – natürlich alles zum Wohle der Asylanten!!

Das Verbot des OB richtete sich niemals und zu keinem Zeitpunkt gegen friedliche Demonstranten, sie allein waren die Leidtragenden dieser Auseinandersetzung, weil durch Chaoten, die Sie in Ihrem Artikel hochjubeln, ihre ehrliche, friedliche

Absicht in ein böses Licht geriet. Sie alle, die friedlichen(!) Demonstranten benötigen keine Vermummung und können ihr Gesicht offen zeigen, sie benötigen ihre Hände bestenfalls dazu, ein Spruchband zu halten und nicht, um Steine zu werfen und Menschen zu verletzen, sie pöbeln weder Polizeibeamte mit dummen Sprüchen an, noch gehen bei ihrem Gang durch die Straßen Fensterscheiben zu Bruch.

Aber all dies scheint Frau Dr. Köhler von ihrer Dachterrasse nicht gesehen zu haben, ihr Blickwinkel muß sehr einseitig gewesen sein. Vielleicht sollte sie einmal darüber nachdenken, daß sie das ruhige Lesen und Liegen auf ihrer Dachterrasse auch unseren Ordnungskräften in dieser Stadt verdankt, die uns die meisten dieser Chaoten vom Leibe halten, die sich sonst vielleicht aus Langeweile und um wenigstens ein bißchen Gewalt anzuwenden mit uns und Frau Dr. Köhler beschäftigen würden. Renate Ohm

MORGEN

Dienstag, 23. Juni 1992 / Nr. 142

Die hier abgedruckten Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor, um möglichst vielen Lesern Gelegenheit zu geben, ihre Meinung darzulegen. Nicht alle Zuschriften können veröffentlicht werden. Briefe mit beleidigenden

Formulierungen werden nicht abgedruckt. Wir bitten um Verständnis dafür, daß wir eingehende Zuschriften nicht zurücksenden. Unsere Adresse: Leserforum – Anregungen und Beschwerden, Mannheimer Morgen, Lokalredaktion, Am Marktplatz, Postfach 121 231, 6800 Mannheim 1.

Zweierlei Maß

Zum Thema: Asylbewerberheim Schönau

Wir waren bisher immer sehr zufriedene Mannheimer-Morgen-Leser, können uns aber mit der derzeitigen Berichterstattung zum Thema Asylbewerberwohnheim Schönau und gewalttätige Demonstrationen am Pfingstamstag nicht mehr abfinden. Schon das Vokabular des Mannheimer Morgen bezieht eindeutig Stellung: D. h. Rechtsradikale werden verharmlost zu Burschen mit Stöcken, betrunkenen Bürgern und Demonstranten gegen Rassismus werden allesamt über den Kamm der „Autonomen“ geschert. Unserer Meinung nach gehört zu einem liberalen Journalismus z. B. auch ein Interview mit einem Asylbewerber der Schönau (Also wie fühlen sich die Menschen, die seit Wochen unter ständiger Bedrohung und Angst leben?).

Obwohl wir Gewalt auf beiden Seiten verurteilen, fragt man sich, warum die Polizei nicht schon damals vor dem Asylbewerberwohnheim die unangemeldete Demonstration der 400 Rechtsradikalen (ob betrunken oder nicht) mit genau der Härte, die jetzt am Samstag an den Tag gelegt wurde, bekämpft hat.

Der Mannheimer Morgen symbolisiert mit seiner Art von Berichterstattung einen großen Teil unserer Gesellschaft, d. h. wir haben immer noch nicht gelernt, vorurteilsfrei, unabhängig von Hautfarbe und Staatsangehörigkeit, mit Respekt auf unsere Mitmenschen, auch die einer anderen Kultur, zuzugehen.

Wann begreifen die Bürger, daß die Debatte um Asylbewerber nur einen Sündenbockfall darstellt, weil diese das schwächste Glied der Kette sind? Warum richten die Bürger ihre Aggressionen nicht gegen die Politiker?

Welche Bürger haben mit den Asylsuchenden (Menschen, die ihre Heimat verlassen haben – und das macht niemand gerne) schon einmal ein Wort gewechselt? Vielleicht müßten sie dann feststellen, daß ihre Probleme eigentlich recht ähnlich sind – ohne Arbeit, kleine Wohnung, zu wenig Geld.

Samina Shah und vier weitere Unterschriften

Kein Krawall-Tourismus

Zur Berichterstattung über die Demonstration

In meiner Tätigkeit als Journalist wurde ich Augenzeuge der Demonstration in der Mannheimer Innenstadt und der Auflösung der Veranstaltung durch die Polizei. Leider findet sich in Ihren Berichten kein Hinweis auf das äußerst brutale Vorgehen der Polizisten. Entgegen verschiedener Presseverlautbarungen habe ich weder Übergriffe der Demonstranten auf die Polizei noch eingeschlagene Fensterscheiben beobachtet. Vielmehr sah ich, wie mehrere Hundertschaften von Polizeibeamten die auf dem Paradeplatz versammelten Demonstranten in einem Sturmangriff auseinandertrieben. Dabei wurde mit nicht angebrachter Härte unter Schlagstockeinsatz vorgegangen. Selbst ein stark am Kopf blutender, am Boden liegender Mann wurde noch getreten. Als ich diese Szene fotografierte, wurde ich sofort festgenommen, meine Kameraausrüstung mir entrissen und der Film vernichtet. Erst nach drei Stunden kam die Order der Mannheimer Polizeipressestelle, mich wieder aus der Haft zu entlassen. Die IG Medien hat Beschwerde beim Polizeipräsidium eingelegt.

Ich sehe übrigens nichts Verwerfliches darin, wenn sich junge Menschen aus allen Teilen Deutschlands gegen Ausländerfeindlichkeit engagieren und nach Mannheim reisen, wo das Problem momentan am Beispiel Schönau akut wird. Das zeugt von politischer Wachsamkeit und nicht von Krawall-Tourismus. Seien wir froh, daß es Bürger mit Zivilcourage gibt, die gegen den Haß ankämpfen. Überreaktionen von staatlicher Seite enden auf langer Sicht in Eskalation. Durch die Verweigerung des legitimen Demonstrationsrechts wird Staatsfeindschaft und Abtauchen in den Untergrund provoziert.

Thomas Kretschmer, München

Die Quittung

Zum Thema: Asylanten auf der Schönau

Die Hauptschuld betrifft die Politiker, Oberbürgermeister Widder und die Polizei. Wir sind die Steuerzahler und die Asylanten und Ausländer haben die Rechte. Die Quittung werden wir 1994 bekommen. Bernd Sachs

MANNHEIM

Seite 17

Der „Mannheimer Morgen“ hat über die Demonstrationen am Pfingstsonntag und in der darauffolgenden Woche nach bestem Wissen und Gewissen berichtet. Wie immer bei solchen Anlässen, gehen besonders bei den unmittelbar Betroffenen die Wogen der Emotionen hoch. Daß sich an Kommentaren ein Meinungsstreit entzündet, ist selbstverständlich. Die in der Berichterstattung angezweifelte Tatbestände – zum Bei-

spiel ob es vermummte und bewaffnete Demonstranten, ob es zerbrochene Scheiben gab – wurden im nachhinein auch durch Fernsehaufnahmen bestätigt. Es gehört jedoch zu unserem demokratischen Selbstverständnis, daß wir in unserem Leserforum für alle eine Plattform bieten. Die heute veröffentlichten Meinungen schließen das Leserforum zu diesem Thema ab.

Antifaschisten werden kriminalisiert

Zum Thema: Verbotene Demonstration

Es scheint immer mehr an der Tagesordnung, daß Menschen, die ihre Meinung öffentlich kundtun möchten, mit Gewalt daran gehindert werden. Tragen diese Menschen dann noch schwarze Kleidung, werden sie sofort als „Terrorchaoten“ bezeichnet und als solche gejagt.

Trotz von der Stadt Mannheim erlassenen Demonstrationsverbot war es für die Antifaschisten, die sich am 6. Juni auf dem Paradeplatz in Mannheim versammelten, wichtig, ihre Solidarität gegenüber den Flüchtlingen in Mannheim-Schönau öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Die Kundgebung verlief friedlich und ohne Aggressivität, bis dann die Polizei nach Ablauf eines fünfminütigen Ultimatums zum Angriff überging und diesen mit Brutalität ausführte. Liest und hört man dagegen die Berichterstattungen über den sogenannten „heißen Samstag“, so könnte man meinen, daß es wieder einmal die „linken Chaoten“ waren, die die Randalen suchten. Die zunehmend rigide Vorgehensweise der Polizei sowie die Berichterstattungen in den Medien lassen unschwer erkennen, daß der antifaschistische Widerstand, der die Opfer, d. h. Flüchtlinge und Asylsuchende, vor weiteren rassistischen Übergriffen schützen möchte, zunehmend kriminalisiert wird und die Rolle des Täters auferlegt bekommen soll. Susanne Ritter, Hemsbach

Politiker waren gewarnt

Zum Bericht „Brennpunkt Schönau“

Wir können den Schwarzen Peter gar nicht weitergeben, weil wir ihn in der Asylfrage noch nie gehabt haben. Alle Schönauer Kommunalpolitiker und alle Schönauer Parteien sowie viele besorgte Bürger haben in einer Bürgerversammlung – in Anwesenheit des stellvertretenden Regierungspräsidenten Dr. Scheurer – und lange vor der Umfunktionierung der Gendarmeriekaserne in eine Sammelunterkunft vor möglichen Konfrontationen gewarnt. Der massive Druck von allen Seiten wurde jedoch ignoriert.

Daß viele Schönauer die Konfrontation vorhergesehen haben, beweist auch meine Rede am 1. Mai über das Asylproblem, die wie folgt lautete:

Die Politiker reden gerne von Bürgernähe, ihre Asylantenpolitik ist bürgerfern. Seit Monaten streiten sie über CDU-, CSU-, FDP- oder SPD-Lösungen. Der Bürger wartet aber nicht auf irgendeine Parteilösung, sondern auf eine Lösung des Problems. Wir brauchen eine Drosselung des Asylantenzustroms und eine effektive Abschiebung derer, die keine Asylanten sind. Geschieht nichts, dann gibt's neue Krawalle, die niemand wünschen kann und unserem Ruf im Ausland schaden. Mitschuldig daran wären dann die, die geschworen haben, unser Land vor Schaden zu bewahren.

August Mehl, 1. Vorsitzender
Kultur- und Interessengemeinschaft
Mannheim-Schönau e. V.

Sa. 6. Juni 18.00 Uhr
Schönau (Mannheim) Lilienthalstr.

AUFRUF ZUR VERTREIBUNG DES DEUTSCHEN MOBS AUS DEN STRASSEN VON SCHÖNAU

Hoyerswerda steht nicht mehr allein. Erneut verbreiten Hunderte von deutschen Bürgern + (Bürgerinnen?) in dem Mannheimer Stadtteil Schönau bei den BewohnerInnen eines dort gelegenen Flüchtlingsheims Angst und Schrecken. Seit dem 25. Mai belagern sie jeden Abend, nach ordentlich verrichtetem Alltag, unter Volksfeststimmung die ehemalige Kaserne in der Lilienthalstrasse. In Schönau wird der Übergang vom „Protestwähler“ zum „Protestschläger“ praktiziert.

Nur weil die Bullen es diesmal für ratsam hielten, das Heim zu schützen kam es nicht zu weiteren bzw. schwereren Angriffen.

Wir wollen den Männern und Frauen in dem Flüchtlingsheim unsere Solidarität zeigen und den herrschenden Konsens der Ablehnung, der Pogromstimmung versuchen zu durchbrechen. Weiter ist unser politisches Ziel, diesen deutschen Mob zu zerstreuen und von den Straßen Schönaus zu vertreiben. Eingestandenermaßen geht es dabei nur um Einschüchterung, die rassistische Denkstruktur der Bevölkerung ändern wir dabei nicht. Es gibt aber keinerlei Entschuldigungen für diejenigen die sich in einer solchen „Volksmasse“ befinden. In einer solchen Menschenmenge verkommt der Unterschied zwischen Schaulustigen und jenen, die offen aggressiv rassistisch agieren zur Bedeutungslosigkeit. Es muß deutlich werden, daß Rassismus nicht mehr ohne persönliche Risiken ausgelebt werden kann!

Infos über das Frankfurter Antirassistische Notruftelefon: 069-70 33 37

Seit letzten Donnerstag versammeln sich täglich mehrere hundert Menschen vor dem Sammelager in Mannheim-Schönau, um die dort untergebrachten Flüchtlinge anzugreifen. Die Zusammensetzung war in den ersten Tagen völlig gemischt. Deutsche, Türken, Schwarze GI's, Junge, Alte und viele Besoffene. Nach mehreren Polizeieinsätzen haben sich die AnwohnerInnen anscheinend zurückgezogen. Jetzt bestimmen Jugendliche die zum großen Teil mit Knüppeln bewaffnet sind die Situation. Nach verschiedenen Gegendemonstrationen, die ab Dienstag auch von bewaffneten Gruppen angegriffen wurden versuchen die Polizei und die Medien einen Konflikt zwischen rechts und links daraus zu machen.

REBELLION IST GERECHTFERTIGT

Aber so gehts nicht!

Die Dummheit und Feigheit mit der einige SchönauerInnen versucht haben ihre Wut auf die Verhältnisse gegen Schwächere auszuleben ist absolut widerwärtig. Es gibt gute Gründe auf die Straße zu gehen. Wohnungsnot, Mieten, Löhne - kurz gesagt das Gefühl ständig was weggenommen zu kriegen. Es gibt auch gute Gründe gegen die Scheiße hier mit Gewalt vorzugehen. Das Gelaber von Demokratie kann sowieso niemand mehr hören. Die Herrschenden machen eh was sie wollen. Um sie von irgendwas zu überzeugen braucht's mehr als eine Wahl. Wir gehen davon aus, daß auch in Schönau einige dieser Gründe eine Rolle gespielt haben.

Aber Aggression, die sich statt gegen die Herrschenden, gegen die Schwächsten in dieser Gesellschaft richtet, ist entweder die Unfähigkeit sich gegen die Richtigen zu wehren, oder die Feigheit des kleinen Mannes "gegen oben ducken - gegen unten treten".

Es bieten sich viele Ziele an: Makler, Chefs, Politiker, Banken, Bullen etc.

Sie sind es, die die Mieten erhöhen und den sozialen Wohnungsbau vernachlässigen. Sie sind es, die Steuergelder für Rüstungs- und Prestigeobjekte verpulvern. Und sie sind es auch, die Arbeitsplätze wegrationalisieren und vom alltäglichen Rassismus profitieren.

Es ist vollkommen klar, daß die Unterbringung von über 200 Menschen auf engstem Raum, die darüber hinaus noch aus verschiedenen Kulturkreisen kommen, zu Spannungen führt. Es ist nachvollziehbar, wenn es zu Problemen zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung kommt. Sei es durch Anmache, Lärmbelästigung etc. Aber das entschuldigt gar nichts!

Die Asylpolitik in der Bundesrepublik ist bewußt darauf ausgerichtet, zu spalten. Die Herrschenden wollen verhindern, daß sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegen sie richtet. Da liegt es nahe die Wut gegen die Flüchtlinge zu bündeln. Die Einrichtung von Sammelagern ist bewußte Politik um solche Situationen wie in Schönau hervorzurufen. Die Zeitungen sind voll von Hetzartikeln gegen Flüchtlinge. Die Diskussion der Politiker soll immer wieder Haß schüren. Nach Hoyerswerda gab es regelrechte Aufforderungen Asylantenheime anzugreifen. Und die Herrschenden lachen sich ins Fäustchen. Solange die "unten" sich gegeneinander ausspielen lassen, brauchen die "oben" nichts zu befürchten.

DEMO SAMSTAG 18.00 UHR
MA-SCHÖNAU LILIENTHALSTR.

MORGEN

Nr. 142 / Dienstag, 23. Juni 1992

Anregungen und Beschwerden



Tischlein deck dich: Kein Märchen

Beile und Messer, Würgehölzer und Baseball-Schläger, Hämmer und Schraubenzieher, Lacksprühdosen und als Molotow-Cocktails präparierte Glühbirnen, eine Steinschleuder und Schreckschuß-Pistolen im Dutzend, Knie- und Ellenbogen-

schützer, Gasmasken, Vermummungen und Tücher - all das gehörte zu den Mitbringseln von Demonstranten, die von der Polizei bei der Einfahrt nach Mannheim kontrolliert wurden.

Bild: Thomas

Einen anderen Staat

Zu den Ereignissen vom Pfingstsonntag

Die Vorgänge in der Mannheimer Innenstadt am Pfingstsonntag sind zutiefst deprimierend. Die Berichterstattung der Medien, MM, RNF, S 3, ist es ebenso. Die Opfer - die Flüchtlinge - kommen kaum vor. OB Widder macht sich Sorgen um seine „lieben Schönauer“, so als ob letztere etwas zu erleiden hätten, was sie nicht in den letzten 40 Jahren US-amerikanischer Belegung der Gendarmeriekaserne klaglos - es waren ja unsere „Freunde“ - erlitten haben.

Wo wird einmal der Gedanke geäußert, daß die als „Chaoten, Randalierer, Terror-demonstranten“ u. ä. diffamierten jungen Leute zunächst einmal ihre Solidarität mit den eingeschüchternen Flüchtlingen zum Ausdruck bringen wollen - und das unter Opfer von Zeit und Geld, ja, jetzt sogar von körperlicher Unversehrtheit?

Was schließlich veranlaßte die Mannheimer Polizeiführung, ein paar hundert junge Menschen, die angesichts des fragwürdigen, wenn auch formalrechtlich abgesicherten, Demoverbotes ratlos, wie sie ihrer Meinung Ausdruck verleihen sollten, herumstanden, in einer eines demokratischen Staates unwürdigen Weise zu-

sammenzuknüppeln? Daß die CDU sich beeilt, ihre „Solidarität“ - besser wäre Kumpanei - mit der Mannheimer Polizei auszudrücken, überrascht nicht, bei ihrem rechten Unterdrückungsregimes stets entgegengebrachten Verständnis.

In den verschiedensten Kommentaren zu den beschämenden Ereignissen folgt dann meist zur Rechtfertigung der polizeilichen Prügelorgie die - durch nichts belegte - Unterstellung, die Demonstranten wollten „einen anderen Staat“. Ist der Gedanke eigentlich so abwegig, wenn man sieht, wie dieses durch seine jüngste Geschichte hochbelastete Deutschland derzeit der ganzen Welt in aufdringlicher Weise seine Soldaten andient - Geld spielt keine Rolle! -, gleichzeitig außerstande zu sein vorgibt, ein paar -zigtausend Flüchtlinge, an Leib und Leben bedroht, menschenwürdig und sicher unterzubringen? Einen anderen Staat als den, dessen Repräsentanten mit ihrem verantwortungslosen Geschwätz von der „Asylantenflut“ unangenehme Zeitgenossen - wie eben jetzt auch auf der Schönau - ermuntern, Flüchtlinge in allen nur denkbaren Formen zu drangsalieren?

Herbert Wolf, Ludwigshafen

Beim Namen genannt

Zum Artikel „Anmelder der Demo zieht sich zurück“

Nahezu mit Entsetzen las ich den Artikel in dem drei Personen, die die Anmeldung der Demonstration unterzeichnet hatten, namentlich mit Adresse und z.T. sogar mit ihrer beruflichen Betätigung aufgeführt waren.

Diese Angaben geben keinerlei Aufschluß über die geplante Veranstaltung und deren Hintergrund. Sie schaden einzig und allein den Genannten und wirken darüber hinaus abschreckend. Als politisch engagierte Person muß man demzufolge damit rechnen, derart der Öffentlichkeit preisgegeben zu werden. Des Weiteren werden die Genannten geradezu denunziert, da sie ja in einem Atemzug mit den ach so häufig erwähnten „Radikalen“ und „Chaoten“ genannt werden. Von den privaten Schwierigkeiten und Gefahren ganz zu schweigen. Es ist hinlänglich bekannt, daß Rechte solche Informationen nur zu gerne sammeln und für Attacken nutzen.

Sabine Bockwoldt

Eine starke Hand

Zum Thema: Schönau

Trotz der beispiellosen Leistung vom Samstag, bei der OB Widder ganze Berufsbezüge wegen einer verbotenen Demonstration per Verfügung lahmlegte, wird das nicht die richtige Würdigung finden und Kritiker auf den Plan rufen.

Vergessen wird, daß man uns Bewohnern große Freiräume ließ. Schließlich hätte man auch noch verfügen können, daß die Bevölkerung die Luftschutzräume aufsucht, Sandsäcke vor die Kellerfenster legt, daß die Brücken gesprengt und die Kinder evakuiert werden.

Daß man aber nur 1200 Polizisten benötigte um 189 Berufs-Chaoten festzunehmen, wird völlig verkannt. Wir brauchen eben eine starke Hand und ein Magnet Mannheim braucht seinen Quadrate-Napoleon.

Hans Gebhardt, Mannheim

Mannheimer wollten friedlich demonstrieren

Protestmarsch gegen Ausländerfeindlichkeit durch die Stadt/ Konfrontation mit Polizei geschlichtet

Von unserem Redaktionsmitglied
Peter W. Ragge

Immer wieder unterbrochen von Wortwechseln zwischen auswärtigen Demonstranten und Mannheimern, welchen Weg sie denn nun einschlagen sollten, schlängelte sich am Samstag dreieinhalb Stunden lang eine spontane Demonstration durch Innenstadt, Neckarstadt und Jungbusch. Erst kurz vor Mitternacht kam es zu einer Konfrontation mit der Polizei, die aber friedlich endete.

Los geht es am Paradeplatz, wo schon den ganzen Nachmittag über einige junge Leute, darunter viele aus dem Umfeld des Jugendzentrums (JUZ) in O 4, 8, lagern. Kurz nach 19 Uhr wird ein rotes Transparent entrollt, wenden sich mehrere Sprecher per Megaphon gegen Ausländerfeindlichkeit, kritisieren das Demonstrationsverbot und den Polizeieinsatz am vergangenen Wochenende. Uniformierte Polizei ist zunächst gar nicht zu sehen, dann taucht ein Streifenwagen auf.

„Hoch die internationale Solidarität“ skandierend, ziehen die rund 200 Demonstranten durch die Breite Straße zur Alten Hauptfeuerwache. Am Neuen Meßplatz stößt Rainer Baschwitz, ehemals Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Gemeinderat und einer der Sprecher der Initiative „Freie Flüchtlingsstadt Mann-

heim“, zu der Gruppe. Rolf Suthmann, Chef des Innenstadt-Reviers und hier der Einsatzleiter, leiht ihm sein Megaphon, es kommt zu ersten Debatten. Einige wollen hier schon eine Schlußkundgebung abhalten, andere weitermarschieren – Richtung Norden. „Nazis vertreiben, Ausländer bleiben“ schallt nun durch die Schimper, dann die Carl-Benz-Straße. Da wird wieder kurz debattiert. „Geht's da nach Schönau?“, fragen einige auswärtige Autonome immer wieder, während ein Motorradfahrer Nachrichten von der Spitze des immer größer werdenden Demonstrationstrahls an Leute weiter hinten übermittelt.

Am Neuen Meßplatz empfangen starke Polizeikräfte die Protestierer. Die Wagen sind vergittert, bei den Beamten hängt der Schlagstock am Gürtel. „Weiterlaufen“ drängen dennoch einige in schwarzer Kluff. „Kameras weg“, rufen sie beim Auftauchen von Fotografen, ziehen Halbtücher vor die Nase und Kapuzen über den Kopf. Ihr Ziel ist die Schönau. „Wollt ihr in die Polizeiknüppel laufen?“, fragt Baschwitz erregt und plädiert für eine Rückkehr in die Innenstadt. Es gibt hitzige Wortgefechte über den Sinn der Demo, auch gegenseitige Beleidigungen. „Bleibt doch das nächste Mal zu Hause“, schreiben die Mannheimer die Fremden an, die weiter Richtung Norden drängen. Doch da steht die Polizei, und gerade kommt wieder ein Einsatzwagen dazu. Also machen die Demonstranten doch kehrt, einige freilich murrend.

„Wir sind doch friedlich, oder?“, rufen

die Protestierer den Anwohnern an den Fenstern in der Gärtnerstraße zu. Manche winken, „Nehmt Eure Hände zum Schaffen“, reagierten andere erbost. Am alten Volksbad in der Mittelstraße gehen Solidaritätsgrüße zu den dort untergebrachten Asylbewerbern, und immer wieder wird die „Internationale Solidarität“ beschworen. Ständiger Begleiter jetzt aber auch: die Polizei, mit Videofahrzeugen ebenso wie mit massiven Kräften in den Seitenstraßen; sichtbar, jedoch zurückhaltend.

Über die Kurpfalzbrücke und den Luisenring geht es in den Jungbusch. In der Böckstraße plötzlich gellende Pfiffe, die Menge bleibt stehen. Aus einer Wohnung im zweiten Stock hängt eine deutsche Flagge. Ein auswärtiger Demonstrant klettert die Fassade hoch, reißt sie herunter. Johlend wird das schwarz-rot-goldene Tuch verbrannt. „Nie wieder Deutschland“, lautet nun der Sprechgesang.

Spürbar langsamer bewegt sich der auf inzwischen über 1000 Menschen angewachsene Zug durch die H- und G-Quadrate auf den Paradeplatz zu. Dort sprechen auch ausländische Redner, wird der friedliche Verlauf der Demo als Erfolg gefeiert. Der „einzige politisch und kriminell Gewalttäter“ sei der Oberbürgermeister, der „sofort abgesetzt“ gehöre, schimpft die Rednerin eines „Frauenbündnisses“. Bielefelder Demonstranten („Wir haben es geschafft, durchzukommen“) schicken von einem neu aussehenden Benz-Kleinbus Rockmusik als „musi-

kalische Grüße“ durch die Lautsprecher und gegen 23 Uhr scheint die Sache zu Ende.

Rund 50 meist auswärtigen Demonstranten war es bislang aber offenbar zu langweilig. Sie ziehen plötzlich Richtung Polizeipräsidium, wollen die Festgenommenen befreien. „Tod dem Staatsterrorismus“ und „Bullenstaat“ sind ihre Parolen. Die Polizei reagiert schnell, umstellt das gesamte Quadrat L 6, Hunde bellen, „Schlagbereitschaft herstellen“, kommt als Kommando aus den Funkgeräten. Die Beamten setzen die Helme auf, streifen die Handschuhe über, halten Schutzschilder und die langen Schlagstöcke griffbereit.

Mit Hilfe der Polizei wird der Lautsprecherwagen der Demonstranten vom Paradeplatz in die Bismarckstraße gelotst. Da appellieren, ja flehen die Mannheimer an die Auswärtigen, den bisher „hohen politischen Erfolg“ jetzt nicht durch eine Gewaltaktion zu gefährden, während die Fremden offensichtlich auf Konfrontation aus sind. Über eine halbe Stunde dauert der Nervenkrieg. Dann haben die Verhandlungen, die Heiner Dribbusch, einer der Anmelder der verbotenen Demonstration, und Rechtsanwalt Günter Urbanczyk mit Polizeieinsatzleiter Suthmann führen Erfolg. Die Beamten lassen fünf Festgenommene sofort, den Rest sukzessive im Lauf der Nacht frei. Alles atmet auf, und jetzt wird auch wieder über die Fußball-EM geschertzt. Kurz nach Mitternacht ist der Spuk vor L 6 zu Ende.



Abschluß spät in der Nacht: Am Paradeplatz wurde zum Ende der friedlich verlaufenden Demonstration der Rücktritt von Oberbürgermeister Gerhard Widder gefordert. Von hier aus gingen viele Demonstranten nach Hause, während sich einige – meist auswärtige – Protestierer auf den Weg zum Polizeipräsidium machten. Bild: Keese

HOYERSWERDA IN MANNHEIM ??

Donnerstag Nacht vergangene Woche gab es in Mannheim-Schönau ein weiteres Beispiel für die zunehmende rassistische und faschistische Stimmung in der Bevölkerung. Am Donnerstag nämlich eskalierte der schon seit Dienstag und Mittwoch aufgeheizte Zustand am Flüchtlingssammellager in der ehemaligen Kaserne in Schönau. Nach einer traditionsbewußten Vatertagsfeier versuchten ca. 400 Schönauer BürgerInnen das Sammellager anzugreifen. Als Vorwand diente das inzwischen widerlegte Gerücht einer Vergewaltigung durch einen Flüchtling aus Ghana. Die Situation spitzte sich so sehr zu, daß Spezialeinheiten der Polizei aus Darmstadt und Frankfurt das Gelände abriegelten, die jedoch schon Sonntag Nacht wieder abzogen.

Die hauptsächlich aus Jugoslawien stammenden Flüchtlinge trauen sich nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr aus ihrem umgitterten, gefängnisähnlichen Lager heraus. Grundsätzlich verstehen sie nicht die politische Situation in Deutschland und sind dadurch nicht in der Lage, zwischen Freunden und Feinden zu unterscheiden. Deswegen wurde am Samstag mit einer Gegenveranstaltung versucht, den Menschen eine moralische Unterstützung zu geben, und Kontakt aufzunehmen.

Wir rufen für Samstag, den 6.6.1992 zu einer bundesweiten
Demonstration in Mannheim-Schönau auf !!!

Beginn: 18.00 Uhr

Treffpunkt: Lilienthalstraße, ehemalige Grenadierkaserne

Zahlreiche Teilnahme ist schon allein deswegen wichtig, weil am Samstag in Landau (Nähe Mannheim) ein ebenso bundesweites Fascho-Treffen mit Konzert und voraussichtlich 400-500 Leuten stattfinden wird.

Wir empfinden es als wichtig, auf diese immer alltäglichere Situation der Mobilmache gegen AsylbewerberInnen mit heftigen Widerstand zu reagieren. Diese mit Hoyerswerda auf jeden Fall vergleichbare Lage droht zur Gewohnheit zu werden.

DESHALB - WIDERSTAND - SOFORT

Ab sofort wird vor der Kaserne ein Schutz rund um die Uhr organisiert. Auch hier ist zahlreiche Teilnahme dringend nötig !

KONTAKTADRESSEN:

Jugendzentrum in SV. O 4,8 Mannheim Innenstadt Tel: 0621 102510,
Pumuckl-Kneipenkollektiv L 14 Ma-Innenstadt Tel: 0621 1565740,
Antifa-Infotelefon Ma. (nur Anrufbeantworter) Tel: 0621 21705,
Infotelefon Frankfurt Tel: 069 703337;

POLIZEITERROR VERHINDERT SOLIDARITÄTSAKTION

Samstag, 6.6.92, 19.20 Uhr, Paradeplatz in Mannheim.

Anlässlich der gewalttätigen, rassistischen Angriffe auf das Flüchtlingsmehrwahlheim in MA -Schönau, die seit dem 26.05.92 anhalten, hatten sich ca. 250-300 Menschen auf dem Paradeplatz versammelt. Sie wollten gegen diese rassistische Gewaltdemonstrationen und ihre Solidarität mit den Flüchtlingen zum Ausdruck zu bringen. Eine für die Schönau angemeldete Demonstration war verboten worden.

Zweimal forderte die Polizei die Kundgebungsteilnehmer auf, den Platz zu räumen, zuletzt unter Androhung von Gewalt, wenn dies nicht innerhalb von 5 Minuten passiere. Die 5 Minuten waren noch nicht einmal ganz verstrichen und die Kundgebungsteilnehmer gerade im Begriff den Platz zu verlassen, da kam der Einsatzbefehl der Polizei. Die bis dahin völlig friedliche Versammlung wurde unter den Augen der in großer Zahl anwesenden Bevölkerung auf's brutalste überfallen. Knüppelgarde, Hunde- und Reiterstaffel stürmten auf den Platz. Die in Panik geratenen Menschen versuchten zu fliehen. Zumeist vergeblich. Willkürlich wurde von der Polizei niedergeknüppelt, umgestoßen, gewaltsam festgehalten, abgeführt. Wer sich seiner Verhaftung widersetzte, wurde von mehreren Polizisten gleichzeitig in die Mangel genommen.

Bilanz des Polizeieinsatzes:

Nach offiziellen Berichten gab es mindestens 7 Verletzte, die sofort notärztlich behandelt werden mußten. Darunter ein Journalist, der den Vorgang beobachtet hatte. Er war von einem Polizeihund angefallen und schwer verletzt worden. Die Zahl der leichter Verletzten liegt weit höher. Darüberhinaus gab es über 140 Festnahmen.

Dieser brutale Polizeieinsatz ist durch nichts zu rechtfertigen. Das "Verbrechen" das die Staatsmacht zu dieser Gewaltorgie "herausforderte", war einzig und allein die Tatsache, daß Menschen es trotz Verbot gewagt hatten, das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen. Die in ver-

schiedenen Medien und in der Presse geäußerten Behauptungen, die Gewalt sei von den Kundgebungsteilnehmern ausgegangen ist schlichtweg falsch. Sie soll offenkundig nur zur nachträglichen Rechtfertigung des brutalen Polizeieinsatzes und zur Stimmungsmache gegen sogenannte "linke Randalierer" dienen. Wie so oft, versuchen insbesondere die "unabhängigen Berichtersteller" des "Mannheimer Morgen", durch bewußte Falschdarstellung, die eigenen Leser für dumm zu verkaufen, bzw. deren Meinung im Sinne der offiziellen Berichterstattung zu beeinflussen.

Mit dem Verbot der Demonstration durch OB Widder und die Stadt Mannheim wurde der Vorwand zum "Eingreifen" der Polizei geliefert. Gleichzeitig soll damit auch der Widerstand gegen die andauernden Übergriffe auf die Flüchtlinge isoliert und kriminalisiert werden.

Wir dürfen nicht zulassen, daß Terror gegen Andersdenkende und Rassismus noch mehr an Boden gewinnen.



Ob Deutschland oder USA - die Bilder gleichen sich

Geist der Gewalt am Pfingstwochenende

Blutige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten in der Innenstadt

Von unserem Redaktionsmitglied
Jan Cerny

Am Pfingsttag beherrschte der Geist der Gewalt die Mannheimer Innenstadt. Mehrere hundert Demonstranten und etliche Hundertschaften der Polizei lieferten sich auf dem Paradeplatz, den Planken und in den Seitenstraßen schwere Gefechte. Im Laufe der rund dreistündigen Auseinandersetzungen nahm die Polizei 142 Personen in Gewahrsam. Fünf Demonstranten und zwei Polizisten wurden verletzt, darunter auch ein Demonstrant, der nach Angaben der Polizei zuvor mit Steinen geworfen hatte und bei der Festnahme einen Armbruch erlitt. Ein Mann wurde von einem Polizeihund in den Arm gebissen.

Samstag 19 Uhr: Belagerungszustand auf dem Paradeplatz. In der Ecke zwischen den Planken und der Post stehen dicht gedrängt rund 300 Demonstranten, die meisten in schwarzen Mänteln, etliche von ihnen vermummt und bekundend lautstark ihre Solidarität mit Ausländern und Asylbewerbern. Andere Parolen sind gegen die Polizei gerichtet. Mehrere hundert mit Helmen, Schutzschildern und Schlagstöcken ausgerüstete Polizisten umringen die aufgebrachten Demonstranten.

Polizeidirektor Rudolf Grentrup, der den Einsatz leitet, fordert die Demonstranten über ein Megaphon auf, sich zu zerstreuen, ansonsten werde die Polizei einschreiten. Ein Pfeifkonzert ist die Antwort, niemand rührt sich. Spätestens jetzt ist klar, daß die Situation in wenigen Minuten eskalieren wird.

Bis dahin hat die Polizei einige Dutzend Personen, zumeist schon an der Stadtgrenze, in Gewahrsam genommen. Der "heiße Samstag" hatte sich abgezeichnet. Am Freitag waren in Frankfurt Flugblätter aufgetaucht, die zur Demonstration "gegen den Rassismus in Mannheim" aufriefen. Zudem war befürchtet worden, daß Teilnehmer einer Versammlung der rechtsextremen DVU in Landau einen Abschieber nach Mannheim unternehmen würden.

Daraufhin trommelte die Mannheimer Polizei Verstärkung zusammen. Während

des Samstags erreichten Mannschaftswagen aus Nordbaden, aber auch aus Tübingen und Freiburg die Kurpfalzmetropole. Gleichzeitig trafen aus allen Richtungen die Demonstranten ein. Gleich nach den Autobahnausfahrten mußten viele sich einer eingehenden Kontrolle unterziehen, so zum Beispiel am Planetarium und bei der Autobahnausfahrt in Sandhofen. Dabei beschlagnahmte die Polizei die ersten Schlagstöcke, Feuerwerkskörper, Abschußvorrichtungen für Farbpulver und Vermummungsutensilien. Einige Fahrzeuge wurden sichergestellt, die Insassen in Gewahrsam genommen.

Unterdessen beschäftigten sich die Gerichte mit dem Widerspruch gegen das Demonstrationsverbot. Der Aktionskreis gegen Rassismus auf der Schönau hatte bei der Stadt die Erlaubnis zu einer Demonstration am Asylbewerberheim in der Lillenthalstraße beantragt. Das Treffen wurde untersagt. Der Aktionskreis wandte sich daraufhin an das Verwaltungsgericht Karlsruhe, die Richter bestätigten aber das Verbot. Auch eine von Rechtsanwalt Günter Urbanczyk eingereichte Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim hatte keinen Erfolg. Der 1. Senat

stimmte dem Widerspruch ab. Später informiert der Polizei-Pressesprecher, daß in den Räumen Gummiprügelei verteilt worden seien.

Gefährlich wird es für die Beamten, als sie in einer Seitenstraße einschreiten, in der die Störer von einem Lkw mit Stangen versorgt werden. Dabei wird ein Polizist durch einen kräftigen Tritt in den Unterleib außer Gefecht gesetzt. Der Gewalttäter wird überwältigt.

Kurz nach 21 Uhr scheint die Innenstadt langsam wieder zur Ruhe zu kommen. Auf den Planken und in den Seitenstraßen bilden sich kleinere Gruppen von Demonstranten, die auf den Oberbürgermeister und die Polizei schimpfen. Nur noch wenige Chaoten legen sich mit den Ordnungskräften an und werden gleich in Gewahrsam genommen. Gegen 22 Uhr herrscht zwar noch gespannte, aber immerhin Ruhe.

Die 142 festgenommenen Personen wurden auf Arrestzellen in Mannheim und Umgebung verteilt (Ludwigshafen und Heidelberg). Nach Angaben der Polizei befanden sich nur knapp 20 einheimische Störer aus dem Frankfurter Raum, einige sogar aus Köln, Münster, Hamburg und Freiburg. Bei den Festnahmen stellten die Beamten mehrere Schlagstöcke, einen Baseballschläger, drei Beistoffsprüngeräte, ein Schmetterlingsmesser, einen Dornenstichtest und einen Ellenbogen- und Knieschutz-Garnituren sicher.

Inzwischen befinden sich alle Festgenommenen wieder auf freiem Fuß, darunter auch die rund 70, die wegen Gewalttaten einschlägig bekannt sind. Gegen 76 Personen wurden Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet, bei einigen kommen Sachbeschädigung und Gewalttaten dazu.

Am Sonntag und Montag blieb es in der Innenstadt und am Asylbewerberheim auf der Schönau ruhig.

Weiterer Bericht auf Seite 18
und Bilder auf Seite 19

nat stellte in seinem Beschluß vom Samstag vormittag fest, daß der Antragsteller die Einschränkung der Stadt Mannheim nicht widerlegt hat, daß die vorgesehene Demonstration zu einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit führen würde.

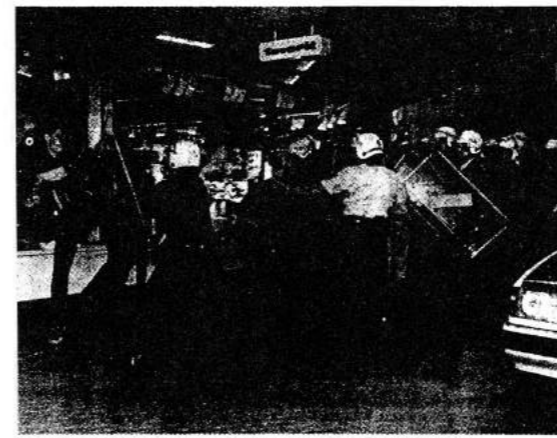
Noch am späten Nachmittag versuchten die Organisatoren eine Genehmigung zu einer Ersatzdemonstration in der Innenstadt zu bekommen, um - wie sie später erklärten - zu einer Entschärfung der Lage beizutragen. Von Oberbürgermeister Gerhard Widder kam dazu ein klares Nein.

Inzwischen wimmelt es in der Stadt von angereisten Demonstranten, darunter offensichtlich sogenannte Autonome aus dem linken politischen Spektrum. Sie ziehen durch mehrere Straßen in Richtung Paradeplatz. Die ersten etwa 20 Personen werden von der Polizei gegen 18 Uhr zwischen den Quadraten S 6 und T 6 eingekesselt. Wer sich nicht ausweisen will oder kann, wird festgenommen.

Eine Stunde später ist der Paradeplatz belagert. Auch eine zweite Aufforderung der Polizei, die Demonstration aufzulösen, geht in Pfiffen unter. Gegen 19.20 Uhr kommt das Kommando: Mit Schlagstöcken in den Händen stürmen die Polizisten vor. Einige Demonstranten suchen ihr Heil in der Flucht Richtung Planken. Andere kommen nicht weit, liegen auf dem Boden oder befinden sich fest im Polizeigriff. Einige erreichen nur der Schlagstock. Während der Festnahmen flüchten sich panikartig in umliegende Lokale.

Jetzt stürmen Polizeikräfte in die Planken, gefolgt von der Reiterstaffel. Vor dem Quadrat P 4 treiben sie rund 80 Personen zusammen und kesseln sie ein. Die Demonstranten verhaken sich an den Armen, formieren sich zu einem dichten Pulk.

Etliche Demonstranten, darunter Verletzte, suchen Zuflucht im Jugendzentrum in Selbstverwaltung in O 4. Bis die Polizei das Haus erreicht, ist das Tor fest geschlossen. Als erstes entfernen die Beamten ein Plakat, mit dem zu der Demonstration aufgerufen wird. Trotz mehrmaliger Aufforderung öffnet niemand. Mit einem Rammbock verschaffen sich die Uniformierten Zutritt und holen die eingeschloss-



den Planken prallten gewalttätige Demonstranten mit der Polizei zusammen.



Die ersten Demonstranten nahm die Polizei auf dem Paradeplatz fest.

Für uneingeschränktes Asylrecht! Schaut nicht weg – greift ein!

Die PDS/Linke Liste Mannheim betrachtet das Eingreifen der Polizei gegenüber einer Antirassismus-Demonstration am Samstag, dem 6. Juni, in Mannheim mit Unverständnis und Empörung. Das durch den Mannheimer SPD-Oberbürgermeister Widder ausgesprochene Demonstrationsverbot im gesamten Stadtgebiet stellt eine schwerwiegende Einschränkung des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit dar.

Eine friedliche Versammlung auf dem Mannheimer Paradeplatz wurde ohne Anlaß mittels massivem Knüppelinsatz und berittener Polizei auseinandergetrieben. Die anschließende Sturmung des Mannheimer Jugendzentrums in Selbstverwaltung durch eine Sondereinheit der Bereitschaftspolizei dient offenbar dem Ziel, diesen Treffpunkt kritischer Jugendlicher in der Öffentlichkeit zu kriminalisieren. 142 Rassismuseegner wurden festgenommen. Das Ausmaß sowie die Art und Weise der Auseinandersetzung mit Kritikern der inhumanen Asylpolitik erinnern an Polizeistaatmethoden.

Die Verantwortung für die Eskalation liegt eindeutig bei den Politikern, die mit Internierungslagern und Schnellverfahren das Grundrecht auf Asyl aushöhlen. Die Stimmungsmache der CDU im Landtagswahlkampf, aber auch die Haltung von Teilen der SPD, wie dem Mannheimer SPD-Oberbürgermeister Widder, der seit Monaten eine Grundgesetzänderung fordert, bereiten geistig die Ausschreitungen gegen das

Flüchtlingsheim in Mannheim-Schönau vor. Die Schaffung eines Flüchtlingsghettos in einer ehemaligen Kaserne, zudem in einem Stadtteil mit vielen ungelösten sozialen Problemen, verschärft die Lage zusätzlich.

Seit fast zwei Wochen befinden sich Flüchtlinge dort in einem regelrechten Belagerungszustand. Die Politik der Sammellager, die eher Gefängnissen gleichen, ist ein Teil der Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen, mit der das Recht auf Asyl beseitigt werden soll. Wir unterstützen deshalb die Forderungen an den Mannheimer Gemeinderat und an Landes- und Bundesregierung:

- Für Grundversorgung und menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge.
- Stellung von Telefonverbindungen, geeigneter Kochgelegenheiten, Sozialräume und -dienste.
- Einbeziehung aller Stadtteile in die notwendige Flüchtlingsversorgung.
- Schluß mit der dauernden Unterversorgung der sog. "sozialen Brennpunktgebiete"!

Wir rufen auf, die Demonstrationen und Kundgebungen der Mannheimer RassismuseegnerInnen am Samstag, dem 13. Juni, zu unterstützen und sich nicht durch staatliche Organe provozieren zu lassen!

PDS/Linke Liste Mannheim

Keine Angriffe gegen Flüchtlinge - auf der Schönau und anderswo

Wer schweigt, macht sich mitschuldig

Was sich auf der Schönau vor der Flüchtlingsunterkunft in der ehemaligen Gendarmeriekaserne seit Donnerstag, dem 28. Mai, an Haß und Gewalt gegen Flüchtlinge geäußert hat, war bisher ohne Beispiel. Mehrere hundert Mannheimerinnen und Mannheimer, überwiegend Männer aus dem Stadtteil, bedrohten auf aggressivste Art und Weise die im Flüchtlingslager lebenden Menschen. Es herrschte eine

regelrechte Pogromstimmung. Nur massive Polizeipräsenz verhinderte in diesem Falle, daß Parolen wie : " Weg mit den Asylantenschweinen " , " Fackelt denen doch das Haus ab " etc., in die Tat umgesetzt werden konnten. Menschen, die sich mit den Flüchtlingen solidarisierten, wurden aus der Menge heraus beschimpft und bedroht.

**Demonstration: Samstag, 13. Juni,
18 Uhr
Straßenbahndienststelle Schönau**

Die Vorkommnisse auf der Schönau sind durch nichts, auch nicht durch den Verweis auf soziale Probleme zu entschuldigen. Es kann und darf dafür kein Verständnis geben. Geradezu infam ist es, wenn OB Widder und auch der Mannheimer Morgen den Eindruck erwecken, die rassistischen Angriffe seien von den Flüchtlingen selbst provoziert worden. So werden die Opfer zu Tätern gemacht, es ist zum Kotzen.

Typisch ist, daß weder der MM noch OB Widder die rassistische Aggression selbst zum Thema machen. Stattdessen werden jetzt die Menschen, die sich den Angriffen auf die Flüchtlinge entgegenstellen, als die eigentliche Gefahr bezeichnet. So stimmt dann auch wieder das Feindbild. Völlig unterschlagen wird, daß die Anwesenheit von Menschen aus Mannheim und von ausserhalb, die sich mit den Flüchtlingen solidarisieren, von den Flüchtlingen selbst begrüßt wird. Dies kann von allen, die an den betreffenden Tagen dabei waren, bestätigt werden. Die Solidari-

tätsbekundungen vor der Flüchtlingsunterkunft mit den rassistischen Angriffen gleichzusetzen, ist eine Unverschämtheit.

Was auf der Schönau und anderswo zum Ausdruck kommt, sind tiefsitzende rassistische und nationalistische Denkmuster. Daß diese sich jetzt nicht nur bei organisierten Neonazis, sondern auch bei Teilen der "normalen" Bevölkerung immer offener äußern, zeigte sich letztes Jahr nicht nur in Hoyerswerda. Das Klima, in dem die verbalen und gewalttätigen Aggressionen gegen Flüchtlinge und Einwanderer stattfinden, wurde u.a. durch die breite Diffamierungskampagne zum Asylrecht geschaffen, in der alle sozialen Probleme in der BRD auf die Flüchtlinge und Einwanderer abgewälzt werden. Von der Teilhabe der BRD an der Ausbeutung und am Elend in anderen Ländern ist nicht die Rede, stattdessen wird ein verstärktes Großmachtstreben nach aussen gekehrt. Eine Politik, die den angeblich besonderen Wert der "Nation" betont und in der



Aufruf an die Mannheimer Bevölkerung



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
für den Samstagabend wurde eine Demonstration in Schönau angemeldet, die nach vorliegenden Informationen aus Gründen der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit verboten werden mußte. Die Sorge über die Gefährdung der öffentlichen Ordnung gründet sich auf die uns bekannten, in anderen Städten getroffenen Vorbereitungen auf die Demonstration. Trotz Verbot ist mit einer großen Zahl auswärtiger Teilnehmer zu rechnen. Die Polizei ist darauf vorbereitet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie erneut sehr eindringlich darum:

<ul style="list-style-type: none"> ● Bewahren Sie Ruhe und lassen Sie sich nicht provozieren. ● Folgen Sie den Hinweisen der Polizei und erleichtern Sie deren Arbeit, indem Sie Ansammlungen und Aktionen fernbleiben. 	<ul style="list-style-type: none"> ● Haben Sie bitte Verständnis für Umleitungen und Verkehrsbehinderungen durch Polizeikontrollen. Diese dienen Ihrer Sicherheit. ● Geben Sie der Gewalt in Mannheim keine Chance.
---	---



Carsten Jäger
Oberbürgermeister



Kurt Feldmann
Polizeipräsident

13/6.92

Wohlstand immer nur für einige wenige und in Abgrenzung und Konkurrenz zu anderen propagiert wird, bildet den Nährboden für rechtsextremistische Parolen.

Durch das immer breitere Aufgreifen der Forderung nach Änderung des Grundgesetzes, wie sie von der CDU/CSU initiiert wurde, oder zum Beispiel durch die berüchtigten Zählappelle für Flüchtlinge im SPD-regierten Schleswig-Holstein werden die Rechtsextremen und Neonazis geradezu bestärkt und rassistische und chauvinistische Parolen erst recht salonfähig.

Nach den Ereignissen auf der Schönau hat sich die Situation dramatisch verschärft,

niemand kann zur Zeit sagen, wann es wieder zu Aggressionen gegen die Flüchtlinge kommt. Es ist jetzt in Mannheim höchste Zeit, ein erneutes Zeichen gegen den Rassismus und für die Solidarität mit den Flüchtlingen und Einwanderern zu setzen.

Alle Menschen, die nicht länger tatenlos zusehen wollen, sind jetzt gefordert, öffentlich Stellung zu beziehen. Rassismus und Chauvinismus müssen geächtet werden, bei der Arbeit, im Wohngebiet, in der Gesellschaft überhaupt.

Wir treten ein für:

Uneingeschränktes Recht auf Asyl !

Bleiberecht für Alle !

Gleiche Rechte für Alle !

Schaut nicht weg - greift ein !

Aktionsbündnis gegen Rassismus

Aktuell: (Montag, 8.6.)

Um von den eigentlichen politischen Inhalten unseres Protestes - nämlich den rassistischen Angriffen auf die Flüchtlinge und deren Hintergründe - abzulenken, ist OB Widder offensichtlich jedes Mittel recht. Als erstes verbot er eine für den letzten Samstag (6.6.) geplante Demo auf der Schönau. Daraufhin sollte, um einer Konfrontation mit der Polizei aus dem Weg zu gehen, in der Innenstadt eine spontane Protestdemonstration stattfinden. Auch diese wurde von OB Widder persönlich verboten. Die auf dem Paradeplatz friedlich versammelten Menschen wurden von der Polizei brutal zusammengeknüppelt. Im Zuge der weiteren polizeilichen "Maßnahmen" an diesem Abend (Hunde - und Pferdeinsatz, weitere Knüppelinsätze, Behinderung ärztlicher Hilfe) wurden mindestens 15 Menschen zum Teil schwer verletzt (Hundebisse, Knochenbrüche, Kopfverletzungen) und ca. 150 Menschen festgenommen.

Das JUZ wurde grundlos von Sondereinsatzkommandos gestürmt, weil es in das politische Konzept von OB Widder paßte.

V.i.S.d.P. : Aktionsbündnis gegen Rassismus
c/o Forum der Jugend Mannheim

Rathaus berät Sicherheit der Stadt

Sorge vor neuen Ausschreitungen in der Innenstadt

Von unserem Redaktionsmitglied Jan Cerny

In einer nichtöffentlichen Sondersitzung informierte gestern Oberbürgermeister Gerhard Widder den Ältestenrat im einzelnen über die schweren Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei am Pfingstwochenende.

Am Samstag hatte die Polizei - wie in der gestrigen Ausgabe berichtet - mit starken Kräften eine verbotene Demonstration in der Innenstadt aufgelöst. Dabei waren 142 Personen festgenommen worden. Mindestens sieben Personen erlitten bei den handgreiflichen Konfrontationen Verletzungen, darunter auch zwei Polizisten.

Widder legte dem Ältestenrat eine 30 Seiten starke Dokumentation der Ereignisse der letzten Wochen vor. Anschließend schilderte er, vom Polizeipräsidenten Knut Feldmann und dem Einsatzleiter, Polizeidirektor Rudolf Grentrup, unterstützt, den Ablauf der Auseinandersetzungen auf dem Paradeplatz und dessen

- ANZEIGE -

OPTIK SIEGERT
Brillen und Kontaktlinsen
Hauptstr. 71 · Tel. (06 21) 79 20 56
6800 Mannheim-Feudenheim

Umgebung. Bis auf die Grünen haben alle Parteien die Entscheidung der Stadtverwaltung, die Demonstration zu verbieten, gutgeheißen. Der Gemeinderat kann nur im nachhinein Stellung nehmen, die Handelnden sind in solchen Fällen die Stadtverwaltung in Person des Oberbürgermeisters und die Polizei.

Widder informierte die Stadträte zugleich darüber, daß das Demonstrationsverbot in der Lilienthalstraße weiterhin bestehen bleibt. Er ließ offen, ob es auf die Innenstadt ausgedehnt wird. Für den

kommenden Samstag planen die Grünen eine Demonstration in den Quadraten, ob es dabei bleibt, soll in Gesprächen zwischen der Stadtverwaltung und den Grünen heute geklärt werden. Zudem hat gestern das Mannheimer „Aktionsbündnis gegen Rassismus“ mit Plakaten für eine Demonstration am kommenden Samstag auf der Schönau geworben.

Wie gestern auch schon berichtet, hatte Rechtsanwalt Günter Urbanczyk eine Strafanzeige gegen Widder erstattet, in der er ihm als Verantwortlichen für den Einsatz der Polizei am Samstag Körperverletzung im Amt und Freiheitsberaubung vorwirft. Der Oberbürgermeister meinte dazu, das gebe ihm „die Gelegenheit zur Aufklärung des Gesamtzusammenhanges“.

Nach der Sitzung des Ältestenrates meldeten sich auch die Gemeinderatsfraktionen zu Wort. Die SPD ließ nach einer Absprache mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Herbert Lucy, der sich derzeit in Kur befindet, verlauten, daß sie sich vorbehaltlos hinter alle Maßnahmen Widders stelle. „Mit allem Nachdruck“ wendet sich die Fraktion sowohl gegen „bierselige Krakeeler, die nicht wissen, was sie tun, als auch gegen organisierte Unruhestifter und Gewalttäter“. Die SPD-Fraktion fordert den OB auf, das Demonstrationsverbot in unmittelbarer Nähe der Asylunterkunft aufrechtzuerhalten.

Das Demonstrationsverbot in der Innenstadt wird nachträglich auch von der CDU-Fraktion unter Vorsitz von Dr. Hans Martini gebilligt. Zugleich bedankt sie sich bei der Polizei, die „in den letzten Tagen ihrer Pflicht nachgekommen ist“.

Die DKP meint, es sei die Pflicht der Stadtverwaltung, die Asylsuchenden zu schützen, der Polizeieinsatz sei aber auf die Dauer keine Lösung. Vielmehr seien Maßnahmen zur Stadtteilentwicklung auf der Schönau erforderlich.

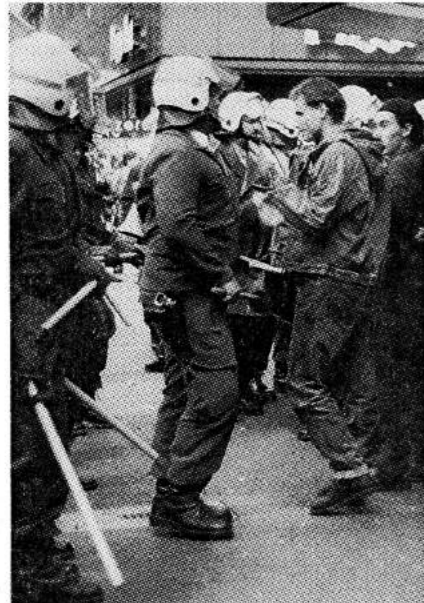
Die Republikaner machen Bund, Land und Stadt für die Auseinandersetzungen verantwortlich. Sie hätten dabei versagt, das „Problem der Scheinasylanten“ zu lösen.



„Spontane Versammlung“ auf dem Marktplatz

Zu einer sogenannten „spontanen Versammlung“ kamen gestern nachmittag rund 100 junge Menschen auf dem Paradeplatz zusammen. Aus den an die Passanten verteilten Flugblättern ging hervor, daß es sich um Mitglieder unterschiedlicher Gruppen wie „Aktionsbündnis gegen Rassismus“, „Frauen helfen Frauen“ und aus dem Jugendzentrum in feines Megaphons schilderten sie die Ereignisse bei den Zusammenstößen von Demonstranten und Polizei am Pfingstsonntag aus ihrer Sicht. Zugleich äußerten sie Unzufriedenheit mit der Berichterstattung des „Mannheimer Morgen“. Zwischen zwei Bäumen und am Marktplatz-Denkmal hängten sie Transparente auf und zerstreuten sich wieder.

jan/Bild: Neusch



Demonstranten im Gespräch mit der Polizei.



„Mama, Mama“, rief ein Ausländer bei der Festnahme auf den Planken.



Das Ende der Ausschreitungen: Einige Demonstranten ließen sich von der Polizei dazu überreden, die Stätte in Richtung Wasserturm zu verlassen.

Mannheim

Dienstag, 9. Juni 1992



Gewaltsam löste die Polizei am Samstag die nicht genehmigte Demonstration auf dem Paradeplatz auf. (Foto: dpa)

Demonstration gewaltsam aufgelöst

Sieben Verletzte nach Versammlung auf Paradeplatz am Samstag – 142 Festnahmen

Sieben Verletzte, über 140 Festnahmen und eingeschlagene Fensterscheiben - das ist die Bilanz der Polizeiaktion, mit der am Samstagabend eine Demonstration in der Innenstadt gewaltsam aufgelöst wurde. Mit der abendlichen Randalereichen die Auseinandersetzungen um das Asylbewerberheim auf der Schönau einen Höhepunkt.

Gegen die rund 300 Demonstranten, von denen ein Großteil nach Polizeiangaben von auswärts angereist war, wurden starke Polizeikräfte eingesetzt. Die Demonstration für die Solidarität mit Asylbewerbern - so hatte der „Aktionskreis gegen Rassismus auf der Schönau“ sie angekündigt - sollte nach dem Willen der Demonstranten eigentlich auf der Schönau in der Nähe des Asylbewerberheimes in der Gendarmerie-Kaserne laufen. Hier sind jedoch Demonstrationen seit Tagen verboten (wir berichteten). Auch die für Samstag geplante Demo wurde von der Stadt untersagt, was der Verwaltungsgerichtshof Mannheim am Samstag mittag bestätigte. Daraufhin dirigierte die Veranstalter die Teilnehmer auf den Paradeplatz um, obwohl der Oberbürgermeister auch diese Kundgebung sofort untersagt hatte. Schon im Laufe des Nachmittags hatte die Polizei bei Vorkontrollen an den Autobahnausfahrten vor allem auswärtige Teilnehmer festgestellt, die - so die Polizei - dem

nen seien. Gegen 19 Uhr versammelten sich die Demonstranten am Paradeplatz. Als gegen 19.20 Uhr die ersten Sachbeschädigungen bekannt wurden und die Teilnehmer trotz mehrfacher Aufforderung die Versammlung nicht auflösten, griffen die aus Baden-Württemberg zusammengezogenen Kräfte gewaltsam ein und räumten den Paradeplatz.

Auch danach versuchten immer wieder größere Gruppen in der Fußgängerzone, Straftaten zu begehen. Als Polizisten dagegen einschritten, daß Störer von einem Lastwagen aus mit Stangen versorgt wurden, trat einer der Demonstranten einem Polizisten in den Unterleib. Die Krawallmacher warfen Steine und Flaschen gegen Polizisten, schlugen die Fenster der Stadtparkasse in O 4 sowie von einer Konditorei und drei Versicherungen ein.

Insgesamt wurden zwei Polizeibeamte verletzt, ein Demonstrant erlitt einen Armbruch, ein Mann wurde von einem Polizeihund gebissen. Weil sich die Demonstranten immer wieder ins Jugendzentrum in O 4 zurückzogen, wurde auch dieses geräumt und anschließend geschlossen.

142 Personen wurden in Notarreste eingeliefert. Der überwiegende Teil war aus dem gesamten Bundesgebiet angereist, darunter - so die Polizei - wegen Demonstrationsstraftaten bereits bekannte Störer aus Hamburg, Freiburg und Frankfurt. Bei der Ab-

stöße, Feuerwerkskörper, einen Baseballschläger, drei Reizstoffsprüngeräte, ein Schmetterlingsmesser und einen Dornenringgürtel. Gegen 22 Uhr war es wieder ruhig in der Innenstadt, die Polizei verstärkte die Streifen auf der Schönau und in der Innenstadt. Die Festgenommenen wurden am Sonntag wieder auf freien Fuß gesetzt.

Mehrere Gruppen haben inzwischen das harte Eingreifen der Sicherheitskräfte bei der Demonstration kritisiert. So erklärte Stadtrat Frieder Brender für die Grünen, allein Oberbürgermeister Widder sei für die Auseinandersetzung und damit auch die vielen Verletzungen verantwortlich. Er sei mit dem Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit unsensibel umgegangen. Die Polizei sei bei ihrem Einsatz „mit äußerster Brutalität“ vorgegangen. OB Widder habe Gesprächsangebote mit dem Aktionskreis gegen Rassismus am Samstag abgelehnt. Ähnlich äußerten sich der Aktionskreis selbst und das Frauencafé.

Demgegenüber betont die Stadt in einer Presseerklärung, die Vorgänge rund um die Sammelunterkunft und der Inhalt der Flugblätter mit dem Aufruf zur Kundgebung hätten darauf hingedeutet, daß die Teilnehmer der Demonstration vor Gewalt nicht zurückschrecken würden. Die Stadtverwaltung habe daher zum Schutz der Bevölkerung die Demonstration

Protest gegen Übergriffe auf Asylbewerber *Süddeutsche 9.6.92*
Demonstration endet in Krawall
Sieben Verletzte und 142 Festnahmen in Mannheim

Mannheim/Leipzig (AP/dpa/Reuter) – In der Mannheimer Innenstadt sind bei der Auflösung einer nicht genehmigten Demonstration sieben Personen, darunter zwei Polizisten, verletzt und 142 vorläufig festgenommen worden. Wie die Mannheimer Polizei am Sonntag mitteilte, hatte sich die Kundgebung am Vorabend trotz Verbots mit 300 bis 400 Teilnehmern aus der autonomen Szene formiert. Auslöser waren befürchtete Übergriffe auf ein Asylbewerberheim im Mannheimer Stadtteil Schönau.

Die Demonstration sollte ursprünglich in Schönau stattfinden, war aber untersagt worden. Laut Polizeibericht dirigierten die Veranstalter anreisende Kundgebungsteilnehmer daraufhin in die Innenstadt. Dort wurde die Demonstration gewaltsam aufgelöst, nachdem Farbschmierereien und eingeschlagene Scheiben gemeldet worden waren. Im Anschluß an die Mannheimer Vorfälle veranstalteten in Göttingen etwa 100 Personen eine Sympathiekundgebung für die Mannheimer Demonstranten. Dabei warfen sie mit Steinen und Signalmunition nach den Beamten, verletzten aber niemanden.

Unbekannte Täter verübten in der Nacht zum Sonntag einen Brandanschlag

auf ein Asylbewerberheim in Liebertwolkwitz bei Leipzig. Eine Brandflasche durchschlug ein Fenster und entzündete ein Zimmer, in dem drei Asylbewerber schliefen, teilte ein Polizeisprecher mit. Der Brand konnte durch die Heimbewohner gelöscht werden.

Sechs Jugendliche sind in der Nacht zum Sonntag überfallen und verletzt worden, als sie an einem Baggersee bei Seehausen (Kreis Osterburg) zelteten. Wie die Polizeiinspektion Stendal mitteilte, schlugen die Angreifer mit Knüppeln auf die Schlafenden ein. Später wurde ein 20-jähriger rumänischer Asylbewerber als Hauptverdächtiger festgenommen. Er sei von den Jugendlichen provoziert worden und später mit Verstärkung zurückgekehrt, teilte die Polizei mit.

In Thüringen kam es in der Nacht zum Samstag zu einer Massenschlägerei mit Rechtsradikalen. Nach Angaben der Polizei stürmten etwa 15 Anhänger der rechten Szene eine Tanzveranstaltung in Pfielbach im Landkreis Apolda und provozierten die Schlägerei. Vier Personen seien verletzt worden, davon eine schwer. Bei einem Überfall von Skinheads auf eine Diskothek in Altschwerin bei Malchow wurden 13 Personen verletzt.

Krawalle in der Innenstadt *Phosphor 4.6.92*

Eskalation der Gewalt

Von Ute Janik

Steinwerfende Demonstrationen, klirrende Fensterscheiben, prügelnde Polizisten - in Szenen offener Gewalt mündete am Samstagabend der seit Tagen dauernde Konflikt um das Asylbewerberheim auf der Schönau. Mit Straßensperren und Versammlungsverboten hatte die Stadt seit Mitte vergangener Woche versucht, jedes Ausweiten der Unruhen zu vermeiden und die Flamme der Aggression, die da am Lodern war, möglichst klein zu halten. Jetzt ist es doch zu gewaltsamen Zusammenstößen gekommen, und das mitten in der Stadt. Die meisten der Krawallmacher waren von auswärts angereist.

Dennoch handelt es sich keineswegs um ein „importiertes“ Problem. Denn der Konflikt um die Sammelunterkunft für über 200 Menschen in der Gendarmerie-Kaserne hatte seit langem geschwelt. Als er erstmals am Freitag vor einer Woche offen ausbrach, waren es mehrere hundert aufgebrachte Schönauer, die ausländerfeindliche Parolen skandierten und einen Bewohner zu Unrecht einer Gewalttat verdächtigten, weil sie einen Sündenbock brauchten. Es war dumpfe Aggression, die sich da im sozialen Brennpunkt Schönau Bahn brach, wo bei der Landtagswahl im April 16,6 Prozent der Bevölkerung Republikaner gewählt haben, weitere 2,3 Prozent NPD. Vor Wochenfrist mußten Polizisten die ausländischen Einwohner vor den Feindselig-

keiten der Mannheimer schützen. Daß es zu Protesten gegen diese ausländerfeindlichen Aktionen kommen würde, war zu erwarten und ist ohne Frage berechtigt.

Schon bei den neuerlichen Unruhen in der Nacht zum Mittwoch war allerdings abzusehen, daß es einem Großteil der Demonstranten gegen diese Übergriffe kaum um die Asylbewerber selbst ging, die Zuspruch und Solidaritätsbeweise wahrlich nötig hätten. Militante Krawallmacher sahen hier vielmehr die Gelegenheit, ihr Mütchen zu kühlen. Die harte Linie des Oberbürgermeisters, der die für Samstag angekündigte Kundgebung ohne weitere Debatten untersagte, ist daher zu vertreten, auch wenn dies alle, die lediglich mit friedlichen Mitteln ihre Solidarität ausdrücken wollten, mitbetrifft. In Mannheim wird die Diskussion darüber weitergehen, ob das massive Eingreifen der Polizeikräfte Schlimmeres verhütet oder die Konfrontation erst richtig angeheizt hat. Dazu ist zu sagen: Wer Feuerwerkskörper und Messer im Gepäck hat, wird sicher kein friedfertiges Sit-in planen. Daß der „Aktionskreis gegen Rassismus“ die Demonstration in der Innenstadt als Teil einer „Deeskalierungsstrategie“ bezeichnet hat, macht ihn unglaubwürdig. Da die Kundgebung ausdrücklich untersagt war, konnte sie letztlich nur zu einer Eskalation der Gewalt führen. Den Asylbewerbern nützt das am allerwenigsten.

MORGEN

Nr. 131 / Dienstag, 9. Juni 1992

MANNHEIM

Seite 19

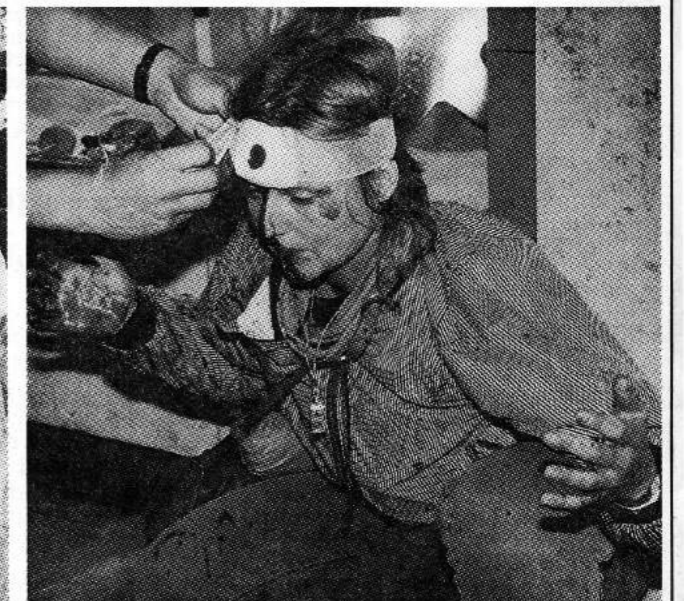
Bilder einer Eskalation



Gespannte Erwartung vor der Konfrontation auf dem Paradeplatz.



Nicht loslassen wollte ein Polizeihund, der sich in den Arm eines Demonstranten verbiß.



Vor Ort verarztet wurde eine Demonstrantin, die bei den Zusammenstößen am Kopf verwundet wurde.